

---

## AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

### Faktoren der Kinderlosigkeit in Ostdeutschland

*Katharina Heisig, Marius Kröper und  
Tim Scheurer*

### Schwarzarbeit in Ost-, West- deutschland und Slowenien – Ein Vergleich

*Grega Ferenc*

### Bleibender Eindruck: Nicht vertriebene Sudetendeutsche prägen die politische Landschaft in Tschechien bis heute

*Jakub Grossmann, Štěpán Jurajda und  
Felix Rösel*

### Konformität in der DDR und Lebensverhältnisse nach der Wende

*Max Deter und Martin Lange*

---

## IM BLICKPUNKT

### Die Wohnsitzauflage für Ge- flüchtete: Ein starker Eingriff mit unklarem Ergebnis

*Albert Landsberger*

---

## DATEN UND PROGNOSEN

### ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

---

## AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Wie hat die Förder- politik Sachsens auf veränderte Rahmenbe- dingungen reagiert? – Eine Analyse für den Zeitraum 2010 bis 2020

*Joachim Ragnitz*



**ifo Dresden berichtet**

ISSN 0945-5922

29. Jahrgang (2022)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,  
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: Druckhaus Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

**Im Internet:****<http://www.ifo-dresden.de>**

Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

**AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE**

**Wie hat die Förderpolitik Sachsens auf veränderte Rahmenbedingungen reagiert? –  
Eine Analyse für den Zeitraum 2010 bis 2020**

**3**

*Joachim Ragnitz*

Wirtschafts- und förderpolitische Maßnahmen sind stets mit sich verändernden Rahmenbedingungen abzugleichen. In diesem Beitrag wird gezeigt, dass es im Freistaat Sachsen in den vergangenen zehn Jahren durchaus vielfältige Anpassungen in der Förderpolitik gegeben hat. Dennoch gibt es eine ganze Reihe von historisch gewachsenen Förderprogrammen, die nicht mehr zu den heutigen und künftigen Herausforderungen passen. Es erscheint sinnvoll, den Schwerpunkt der Förderung stärker auf solche Programme zu legen, die helfen können, die negativen Folgen des demografischen Wandels abzufedern. Andere Programme – insbesondere im Bereich der Beschäftigungspolitik – sollten hingegen auch in Erwartung sich verengender fiskalischer Spielräume reduziert werden.

**Faktoren der Kinderlosigkeit in Ostdeutschland**

**10**

*Katharina Heisig, Marius Kröper und Tim Scheurer*

Diese Studie untersucht Faktoren der Kinderlosigkeit in Ostdeutschland. Für unsere Analyse verwenden wir Daten des deutschen Beziehungs- und Familienpanels pairfam. Wir betrachten dabei Frauen und Männer zwischen 45 und 49 Jahren, um annähernd endgültige Kinderlosigkeit zu messen. In unserem Sample liegt die Kinderlosigkeitsquote in Ostdeutschland bei rund 15,3%; für Frauen bei 12,8% und für Männer bei 18,0%. Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass die wichtigsten Einflussfaktoren von endgültiger Kinderlosigkeit in Ostdeutschland folgende sind: eine hohe relative Wichtigkeit von Hobbies, Freunden und Beruf, ein geringerer Anteil an Personen mit Kindern im Bekannten- und Freundeskreis, eine geringere ideale Kinderanzahl, Befürchtungen gegenüber Kindern und Elternschaft, sowie – in stark begrenztem Ausmaß – eine größere Geschwisteranzahl.

**Schwarzarbeit in Ost-, Westdeutschland und Slowenien – Ein Vergleich**

**19**

*Grega Ferenc*

Mithilfe von Umfragedaten aus den Eurobarometern 2014 und 2019 der Europäischen Kommission wird untersucht, welche Faktoren die Wahrscheinlichkeit beeinflussen, dass ein Mensch unangemeldet arbeitet. Studien auf dem gesamteuropäischen Niveau auf der Angebotsseite zeigten, dass diese Wahrscheinlichkeit sinkt, wenn die Bürger\*innen die Strafen sowie die Wahrscheinlichkeit, dass sie ertappt werden, als höher einschätzen. In diesem Beitrag werden jedoch zwei Regionen und ein Land miteinander verglichen, die jeweils einen anderen historischen Hintergrund haben. Die Ergebnisse zeigen, dass ein höheres Entdeckungsrisiko in Westdeutschland Personen signifikant von Schwarzarbeit abhält, in Slowenien und Ostdeutschland hingegen ist dieser Einfluss insignifikant. Die Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in die Mitbürger\*innen sind jedoch in allen Regionen statistisch signifikant. Ferner wird klar, dass die solidaritätsgetriebene Schwarzarbeit eine wichtige Rolle unter Freunden, Verwandten und Nachbarn spielt, da genau sie die primären Konsument\*innen solcher Dienstleistungen sind.

<b>Bleibender Eindruck: Nicht vertriebene Sudetendeutsche prägen die politische Landschaft in Tschechien bis heute</b>	<b>27</b>
<i>Jakub Grossmann, Štěpán Jurajda und Felix Rösel</i>	

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mehr als 3 Mill. Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei vertrieben. Rund 100 000 unverzichtbare Industriebeschäftigte sowie 100 000 sudetendeutsche Antifaschisten blieben jedoch. Ihr Schicksal war bisher weitgehend unbeleuchtet. Wir zeigen, dass in Regionen mit vielen zurückgebliebenen deutschen Antifaschisten die Kommunistische Partei Tschechiens bis heute stärker verankert ist. Die deutschen Antifaschisten engagierten sich frühzeitig für den Kommunismus und gaben über Parteistrukturen und innerhalb von Familien ihre Werte weiter. Nichtvertriebene können damit eine neue Mehrheitsgesellschaft nach ethnischen Säuberungen mitprägen, auch wenn sie selbst zur Minderheit gehören.

<b>Konformität in der DDR und Lebensverhältnisse nach der Wende</b>	<b>31</b>
<i>Max Deter und Martin Lange</i>	

In diesem Beitrag betrachten wir die Lebensverhältnisse von ehemaligen Unterstützer\*innen und Gegner\*innen des DDR-Regimes über einen Zeitraum von fast drei Jahrzehnten und analysieren, wie sich Lebenszufriedenheit, Arbeitsmarkterfolg und politische Präferenzen im wiedervereinigten Deutschland entwickeln. Unsere Analysen zeigen, dass diejenigen, die in der Friedlichen Revolution für das Ende der Autokratie demonstrierten, im neuen System vergleichsweise zufriedener sind und sich besser auf dem Arbeitsmarkt zurechtfinden. Unterstützer\*innen des Systems, also ehemalige Mitglieder der SED sowie Beschäftigte im staatlich-sensiblen Bereich werden dagegen wesentlich unzufriedener nach der Wende und verlieren ihre ökonomischen Privilegien.

## IM BLICKPUNKT

<b>Die Wohnsitzauflage für Geflüchtete: Ein starker Eingriff mit unklarem Ergebnis</b>	<b>36</b>
<i>Albert Landsberger</i>	

Die 2016 eingeführte Wohnsitzauflage stellt einen starken Eingriff in die Freizügigkeit Geflüchteter dar. Sie erlaubt Geflüchteten, den ihnen zugeteilten Wohnsitz nur innerhalb eines begrenzten geografischen Gebietes zu wechseln. Gerechtfertigt wird dieser Eingriff unter anderem mit dem Ziel besserer Integration und der Vermeidung von Segregation. In diesem Jahr sieht sich auch Sachsen, durch den Krieg in der Ukraine, erneut mit einer großen Welle an Geflüchteten konfrontiert. Ein Anlass, im Lichte der Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Wohnsitzauflage die möglichen Auswirkungen auf die ukrainischen Geflüchteten zu untersuchen. Die Auflage kann durch die dauerhafte Unterbringung von Geflüchteten in Regionen mit weniger Landsleuten den Integrationsdruck tatsächlich erhöhen. Jedoch geschieht dies auf Kosten der Arbeitsmarktintegration. Zudem finden Geflüchtete, die in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit untergebracht werden, deutlich langsamer in Arbeit.

## DATEN UND PROGNOSEN

<b>ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen</b>	<b>41</b>
<i>Niels Gillmann und Ernst Glöckner</i>	

## AUS DEM ifo DRESDEN

<b>ifo Veranstaltungen</b>	<b>44</b>
<b>ifo Veröffentlichungen</b>	<b>44</b>
<b>ifo Vorträge</b>	<b>45</b>
<b>ifo in den Medien</b>	<b>45</b>
<b>ifo intern</b>	<b>46</b>

Joachim Ragnitz\*

# Wie hat die Förderpolitik Sachsens auf veränderte Rahmenbedingungen reagiert? – Eine Analyse für den Zeitraum 2010 bis 2020

Wirtschafts- und förderpolitische Maßnahmen sind stets mit sich verändernden Rahmenbedingungen abzugleichen. In diesem Beitrag wird gezeigt, dass es im Freistaat Sachsen in den vergangenen zehn Jahren durchaus vielfältige Anpassungen in der Förderpolitik gegeben hat. Dennoch gibt es eine ganze Reihe von historisch gewachsenen Förderprogrammen, die nicht mehr zu den heutigen und künftigen Herausforderungen passen. Es erscheint sinnvoll, den Schwerpunkt der Förderung stärker auf solche Programme zu legen, die helfen können, die negativen Folgen des demografischen Wandels abzufedern. Andere Programme – insbesondere im Bereich der Beschäftigungspolitik – sollten hingegen auch in Erwartung sich verengender fiskalischer Spielräume reduziert werden.

## EINLEITUNG

Förderpolitische Maßnahmen stehen in einer Marktwirtschaft stets unter einem besonderen Rechtfertigungsdruck. Aus ordnungspolitischer Sicht sollte sich der Staat aus privatwirtschaftlichen Aktivitäten zwar weitgehend heraushalten, um allokativen Verzerrungen zu vermeiden. Dennoch gibt es Ausnahmen von dieser Regel, so insbesondere im Falle eines Marktversagens oder bei Existenz von (positiven) externen Effekten, also einem Auseinanderfallen von privatem und sozialem Nutzen, sowie bei der Bereitstellung öffentlicher Güter (beispielsweise dem Bau und dem Unterhalt von Verkehrswegen). In diesen Fällen ist der Einsatz öffentlichen Geldes nicht nur sinnvoll, sondern oft auch geboten. Vielfach dient Förderung aber auch lediglich der Bedienung von Partikularinteressen der Empfänger\*innen, und ist insoweit abzulehnen.

Um dem Ausnahmecharakter von Förderpolitiken zu entsprechen, wird eine Begrenzung und insbesondere eine zeitliche Befristung von Fördermaßnahmen empfohlen. Begründungspflichtig wäre dann nicht die Abschaffung, sondern die Einführung bzw. Fortführung von Förderprogrammen. Problematisch ist es hingegen, wenn trotz veränderter Rahmenbedingungen einmal eingeführte Förderprogramme unbegrenzt fortgeführt werden oder wenn Förderungen dazu dienen, eine quasi-institutionelle Finanzierung von auf Dauer angelegten Strukturen sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund hat die Niederlassung Dresden des ifo Instituts die Veränderungen im Förderhaushalt des Freistaats Sachsen über einen Zeitraum von zehn Jahren (2010-2020) näher untersucht.<sup>1</sup> Es sollte insbesondere geprüft werden, inwieweit in diesem Zeitraum tatsächlich grundlegende Veränderungen in der Ausrichtung der Förderpolitik vorgenommen wurden, denn der Untersuchungszeitraum war nicht nur durch zwei Regierungswechsel (2014: Wechsel von einer CDU/FDP-Regierung zu einer CDU/SPD-Regierung; 2019: Wechsel zu einer Koalition aus CDU/SPD/GRÜNE) und daraus folgenden Veränderungen der politischen Prioritäten, sondern

auch durch veränderte (wirtschafts-)politische Herausforderungen und Rahmenbedingungen (Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise 2009; Übergang zu weitgehender Vollbeschäftigung; Veränderungen der EU-Förderbedingungen u. a.) geprägt. Man sollte also erwarten, dass sich dies auch in der Förderpolitik niederschlagen hat.

## FÖRDERUNG BLEIBT ZWISCHEN 2010 UND 2020 AUF HOHEM NIVEAU

Im Jahr 2010 gab es im Freistaat insgesamt 267 aktive Förderrichtlinien (FRL), die mit Haushaltsmitteln von 2,225 Mrd. Euro unterlegt waren. Schwerpunkte stellten dabei die Förderbereiche Wirtschaftsförderung (18,7%), Verkehr und städtische Räume (mit jeweils rund 15%) dar (vgl. Tab. 1). Vergleichsweise wenig Geld (6,9%) war trotz einer Arbeitslosenquote von mehr als 12% für Fördermaßnahmen im Bereich Beschäftigungspolitik eingeplant; allerdings verteilten sich die Mittel auf eine relativ große Anzahl von Förderrichtlinien.

Haushaltsansätze und tatsächliche Auszahlungen können sich in erheblichem Maße unterscheiden, weil aufgrund von Verzögerungen im Projektablauf Ausgaben zum Teil erst in späteren Jahren anfallen bzw. in den Vorjahren bewilligte längerfristige Projekte auch im laufenden Jahr noch zu Auszahlungen führen. Die Höhe der Auszahlungen ist insoweit aussagekräftiger; sie kann aber durch Sondereffekte (wie z. B. Konjunktur- und krisenbedingte Mehrausgaben im Nachgang der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 oder im Zuge der Corona-Pandemie 2020) verzerrt sein und lässt deswegen nur eingeschränkte Rückschlüsse auf die politischen Intentionen zu. Die Höhe der Auszahlungen verdeutlicht aber, in welchem Maße der Haushalt eines Jahres tatsächlich durch Ausgaben für die Förderpolitik belastet ist und in welchem Umfang Dritte (i. e. L. Bund und EU) zur Finanzierung der einzelnen Förderprogramme

\* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

beitragen. Zusammen mit ausschließlich landesseitig finanzierten Programmen belief sich die Belastung des Staatshaushalts durch die Förderpolitik im Jahr 2010 nur auf knapp 0,9 Mrd. Euro, bei Auszahlungen in einer Gesamthöhe von beinahe 2,2 Mrd. Euro.

Im Jahr 2020 war die Zahl der aktiven Förderrichtlinien mit 286 deutlich höher als zehn Jahre zuvor; allerdings ist zu berücksichtigen, dass darin auch 14 Förderprogramme (mit einem Volumen von rund 0,9 Mrd. Euro) enthalten sind, die infolge der Corona-Pandemie aufgelegt worden sind und deswegen ursprünglich nicht eingeplant waren. Ohne diese außerplanmäßigen Programme ist die Zahl der gültigen Förderrichtlinien in beiden Jahren in etwa gleich hoch.<sup>2</sup> Die pandemiebedingten Mehrausgaben haben aber dazu beigetragen, dass die Auszahlungen für Fördermittel im Jahr 2020 um rund 1,4 Mrd. Euro höher ausfielen als ursprünglich veranschlagt (vgl. Tab. 2). Vor allem in den Förderbereichen Wirtschaftsförderung (+784 Mill. Euro) und Bildung (+134 Mill. Euro) wurden deutlich mehr Fördermittel ausgereicht als ursprünglich geplant. Auch deswegen erscheint es sinnvoller, sich bei einem Vergleich der Jahre 2010 und 2020 nicht auf die ausgezahlten, sondern vielmehr auf die geplanten Förderausgaben zu konzentrieren.

Die insgesamt im Haushaltsplan veranschlagten Mittel lagen im Jahr 2020 etwas niedriger als zehn Jahre zuvor, bei insgesamt deutlich angestiegenem Haushaltsvolumen (vgl. Abb. 1). Förderung hat insoweit relativ an Bedeutung verloren, nicht zuletzt auch wegen einer wirtschaftlich erfolgreichen Entwicklung des Freistaats, die u. a. zum Verlust an zweckgebundenen Zuweisungen der EU und des Bundes geführt hat. Die tatsächlichen Auszahlungen sind demgegenüber zum Ende des Untersuchungszeitraums hin deutlich angestiegen, insbesondere in Folge der Corona-Pandemie und der mit ihr verbundenen Hilfsprogramme für Unternehmen und andere Einrichtungen in Sachsen.

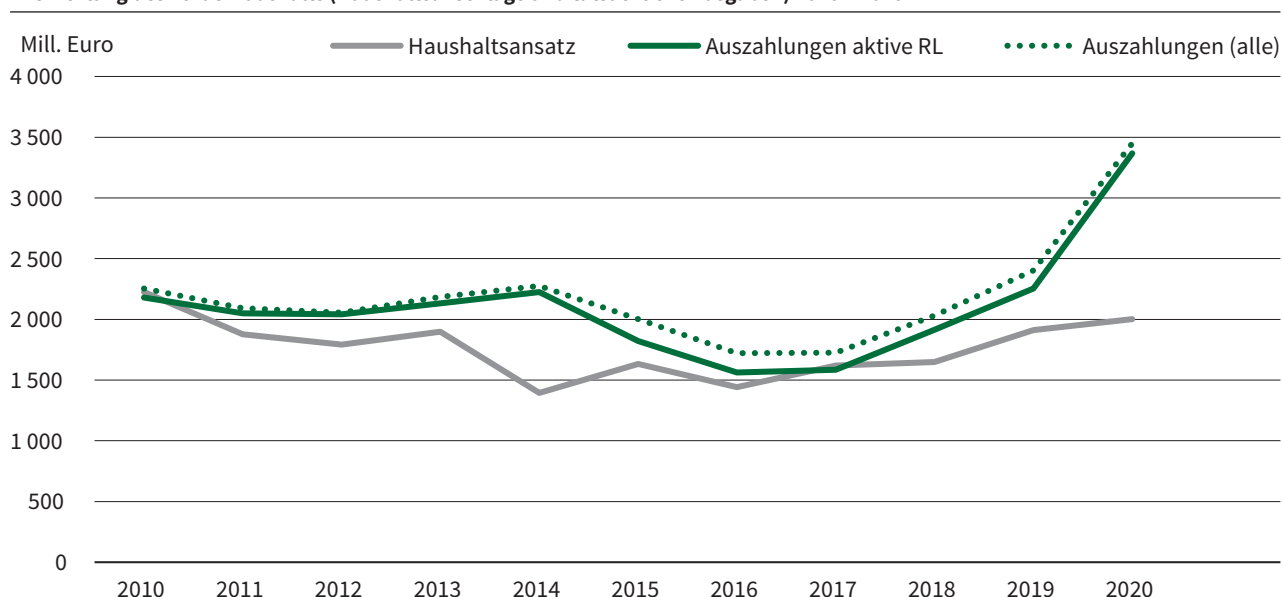
## DEUTLICHE VERSCHIEBUNGEN ZWISCHEN DEN FÖRDERBEREICHEN

In Abbildung 2 sind zusätzlich die Veränderungen von Haushaltsanschlüssen bzw. Auszahlungen in den einzelnen Förderbereichen dargestellt (zu beachten sind dabei die unterschiedlichen Skalen auf der Ordinate). Temporär niedrige Ausgaben in den Jahren 2015 und 2016 sind insbesondere in den Bereichen Förderpolitik und Entwicklung des ländlichen Raumes festzustellen; dies ist stark auf Einschränkungen bei EU-Strukturfondsmitteln (EFRE, ESF und ELER) beim Übergang zur neuen Förderperiode zurückzuführen. Gleiches gilt wohl auch für den zeitweiligen Einbruch der Förderausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung. Die auffälligen „Sprünge“ in den Bereichen Kultur und Gesellschaft (2010 auf 2011, Haushaltsansätze), Verkehr (2015 auf 2016) sowie in fast allen Förderbereichen im Jahr 2020 dürften hingegen auf Sondereffekte zurückzuführen sein (Überführung von Förderrichtlinien in den normalen Haushalt, Auswirkungen der Corona-Pandemie). Im Mittelzuwachs des Förderbereichs Klima- und Ressourcenschutz ab 2013 spiegelt sich primär die Beseitigung der Schäden des Hochwassers 2013 (zu einem großen Teil finanziert aus dem Aufbauhilfefonds) sowie die danach aufgestockte Förderung von investiven Maßnahmen des Hochwasserschutzes wider. Da die Mittelansätze diese Hilfen nicht beinhalten, kommt es zu der erheblichen Diskrepanz zwischen tatsächlichen Ausgaben und geplanten Ausgaben in diesem Förderbereich.

Alles in allem zeigen die Verschiebungen zwischen den einzelnen Förderbereichen auch bei den geplanten Ausgaben, dass die Politik auf veränderte Herausforderungen und Probleme durchaus reagiert zu haben scheint. Ob dies in ausreichendem Ausmaß der Fall gewesen ist, lässt sich auf Basis der hier herangezogenen Unterscheidung von Förderbereichen allerdings noch nicht klären.

Abb. 1

Entwicklung des Förderhaushalts (Haushaltsansätze und tatsächliche Ausgaben) 2010 – 2020



Quelle: Datenbank FÖMISAX, Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 1

## Förderprogramme (Haushaltsanschlüsse und Auszahlungen) nach Förderbereichen 2010

Förderbereiche	Haushaltsplan 2010		Auszahlungen 2010		Davon: Landes- mittel	Anzahl aktive FRL
	(in Mill. Euro)	(in %)	(in Mill. Euro)	(in %)		
01 Beschäftigungspolitik	154,2	6,9	158,9	7,3	39,1	51
02 Bildung	207,7	9,3	386,5	17,7	133,2	27
03 Entwicklung des ländlichen Raumes	181,9	8,2	148,5	6,8	37,1	22
04 Entwicklung städtischer Räume	334,2	15,0	327,8	15,0	170,2	38
05 Forschung und Technologie	174,5	7,8	163,9	7,5	44,3	8
06 Gesundheits- und Sozialwesen	169,0	7,6	177,6	8,2	133,9	36
07 Klima- und Ressourcenschutz	175,4	7,9	172,2	7,9	71,6	21
08 Kultur und Gesellschaft	75,7	3,4	18,3	0,8	18,2	31
09 Verkehr	336,3	15,1	260,0	11,9	72,0	11
10 Wirtschaftsförderung	416,3	18,7	365,4	16,8	148,1	22
11 Brücken in die Zukunft	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0
Zusammen	2 225,3	100,0	2 179,1	100,0	867,8	267

Quelle: Datenbank FÖMISAX, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 2

## Förderprogramme (Haushaltsanschlüsse und Auszahlungen) nach Förderbereichen 2020

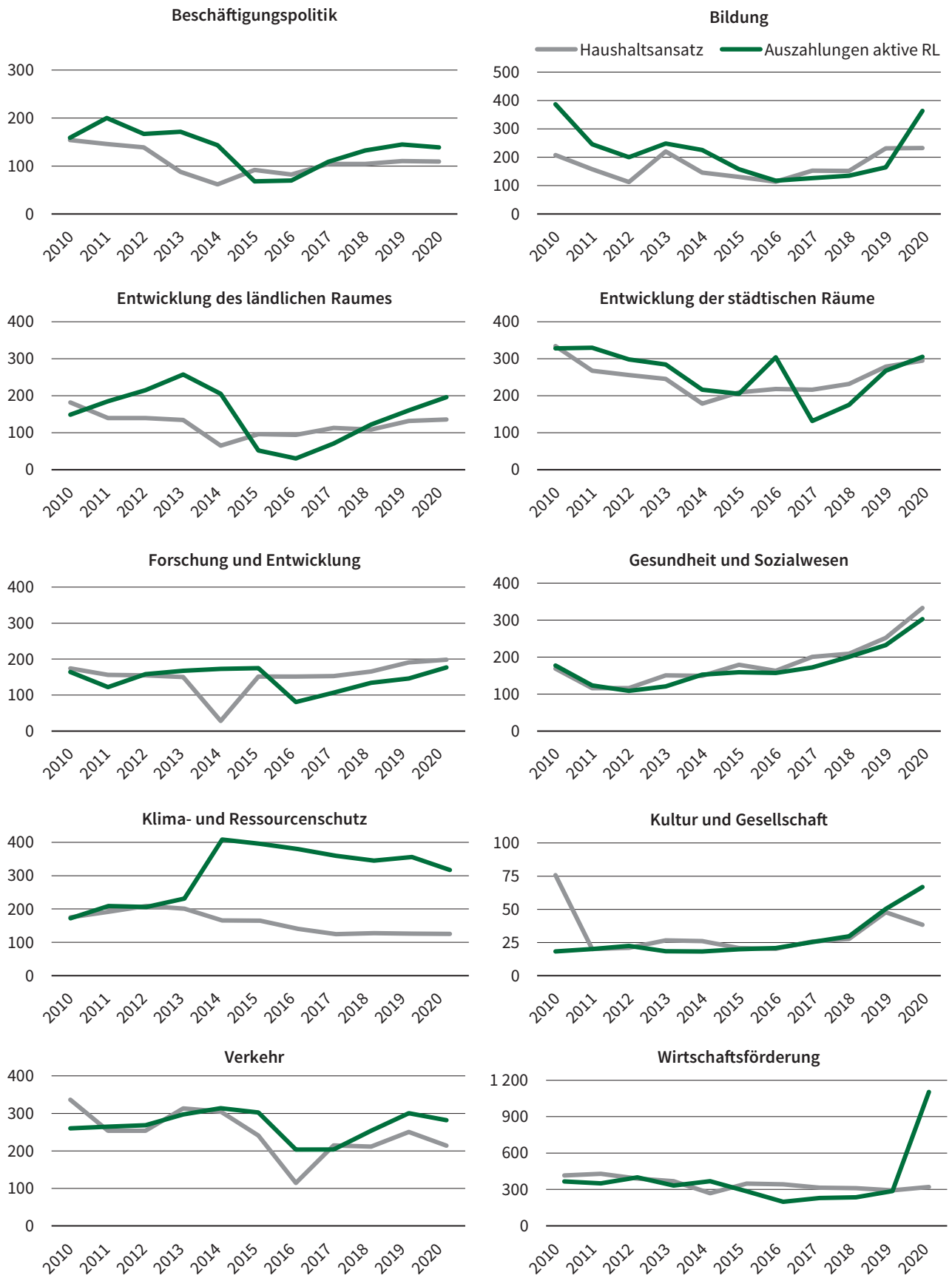
Förderbereiche	Haushaltsplan 2020		Auszahlungen 2020		Davon: Landes- mittel	Anzahl aktive FRL
	(in Mill. Euro)	(in %)	(in Mill. Euro)	(in %)		
01 Beschäftigungspolitik	109,3	5,5	139,0	4,1	52,0	28
02 Bildung	232,4	11,6	363,1	10,8	284,0	31
03 Entwicklung des ländlichen Raumes	135,6	6,8	196,4	5,8	58,6	14
04 Entwicklung städtischer Räume	295,1	14,8	305,6	9,1	164,0	31
05 Forschung und Technologie	198,3	9,9	176,8	5,3	64,7	20
06 Gesundheits- und Sozialwesen	332,9	16,6	302,7	9,0	286,1	44
07 Klima- und Ressourcenschutz	125,1	6,3	317,1	9,4	56,3	30
08 Kultur und Gesellschaft	38,4	1,9	66,8	2,0	65,4	51
09 Verkehr	214,1	10,7	281,5	8,4	183,0	9
10 Wirtschaftsförderung	319,6	16,0	1 103,8	32,8	962,9	26
11 Brücken in die Zukunft	0,0	0,0	113,8	3,4	83,0	2
Zusammen	2 000,8	100,0	3 366,7	100,0	2 260,1	286

Quelle: Datenbank FÖMISAX, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2

Entwicklung des Förderhaushalts (Haushaltsansätze und tatsächliche Ausgaben) 2010 – 2020



Quelle: Datenbank FÖMISAX, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut



Deutlicher lassen sich die teilweise massiven Verschiebungen in der Förderlandschaft Sachsens im Zeitraum zwischen 2010 und 2020 an der Veränderung der Zahl der Förderrichtlinien ablesen (vgl. Abb. 3). Von den 267 Förderrichtlinien im Jahr 2010 waren im Jahr 2020 nur noch 90 (wenn auch teilweise in geänderter Form) in Kraft; die damit verknüpften (geplanten) Fördervolumina reduzierten sich um 0,27 Mrd. Euro auf 0,95 Mrd. Euro im Jahr 2020. Insgesamt wurden damit 177 Richtlinien mit einem jährlichen Umfang von 1,0 Mrd. Euro (Planwerte) zwischen 2010 und 2020 aufgehoben, 196 kamen jedoch neu hinzu, die im Jahr 2020 annähernd gleich hoch dotiert waren. Berücksichtigt man, dass es auch innerhalb dieses Zeitraums Änderungen in der Zahl der Richtlinien gegeben hat, sind die Veränderungen sogar noch etwas größer: Insgesamt 241 Förderrichtlinien wurden in diesem Zeitraum neu erlassen, 210 hingegen aufgehoben.

Allerdings ist die Förderung insgesamt deutlich komplexer geworden. Dies zeigt sich zum Beispiel daran, dass sich die Zahl der Fördergegenstände in dem betrachteten Zeitraum von rund 970 auf beinahe 1 700 erhöht hat. Offenbar wurden zusätzlich gewünschte Förderungen häufig dadurch realisiert, dass bestehende Förderrichtlinien auf neue Fördergegenstände ausgeweitet wurden. Dies widerspricht nicht nur dem Prinzip der Transparenz von Haushaltspolitiken, sondern hat auch die Kleinteiligkeit der Förderung erhöht („Förderdschungel“). Zudem wird es damit erschwert, nicht länger benötigte Förderungen auch tatsächlich abzuschaffen. Dies spricht dafür, bei Vorschlägen zur zukunftsfähigen Ausgestaltung der sächsischen Förderpolitik nicht nur die Zahl der Förderrichtlinien bzw. die Höhe der Fördervolumina insgesamt in den Blick zu nehmen, sondern das Augenmerk auch auf die Zahl der förderfähigen Aktivitäten zu richten.

Umfangreiche Anpassungen wurden vor allem im Förderbereich Beschäftigungspolitik vorgenommen; von den ehemals 51 Förderrichtlinien in diesem Bereich sind bis 2020 49 weggefallen und 26 neu erlassen worden (vgl. Tab. 3 und Tab. 4).

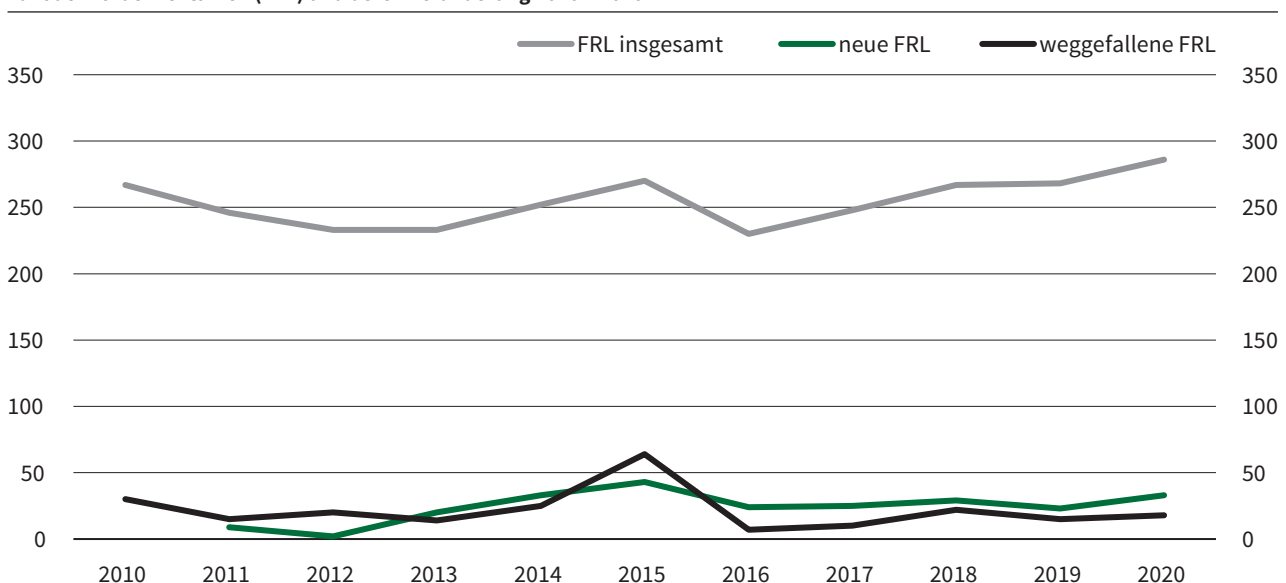
Im Bereich Entwicklung des ländlichen Raumes fielen von ursprünglich 22 Förderrichtlinien 20 fort und wurden durch immerhin 12 neue Richtlinien ersetzt. In einigen Bereichen ist die Zahl der Förderrichtlinien allerdings auch kräftig angewachsen, so vor allem bei Forschung und Technologie (14 neue Richtlinien, lediglich zwei aufgehobene Richtlinien) und im Bereich Kultur und Gesellschaft (30 neue Richtlinien, zehn weggefallene Richtlinien). Dies kann man – positiv – so interpretieren, dass die Förderpolitik im Verlauf der vergangenen zehn Jahre adäquat auf veränderte Bedarfe reagiert hat.

Von den 90 Förderprogrammen, die sowohl 2010 als auch 2020 aktiv waren, sind immerhin 51 in diesem Zeitraum aufgestockt worden (+151 Mill. Euro). In vielen Fällen handelt es sich dabei allerdings um Investitionszuweisungen bzw. um quasi-institutionelle Förderungen, bei denen die Einstufung als Förderprogramm im Einzelfall zu überprüfen wäre.<sup>3</sup> In 29 Fällen sind Förderprogramme reduziert worden (-422 Mill. Euro), ohne sie jedoch gänzlich aufzuheben. In Einzelfällen belaufen sich die Kürzungen auf 80% und mehr. Hier ist besonders zu prüfen, ob diese Programme tatsächlich noch erforderlich sind.

Da förderpolitische Maßnahmen nicht nur wegen der damit verbundenen Budgetbelastungen, sondern auch aus ordnungspolitischen Gründen einer stetigen Überprüfung bedürfen, ist auch die Laufzeit der im Untersuchungszeitraum angewandten Förderprogramme von Interesse. Erkennbar ist, dass rund ein Viertel der zwischen 2010 und 2020 geltenden Förderrichtlinien<sup>4</sup> eine Laufzeit von mehr als zehn Jahren hatte (vgl. Abb. 4). Zum Teil handelt es sich dabei um Daueraufgaben des Freistaats, die insoweit eher nicht über Förderprogramme, sondern über reguläre Haushaltstitel auszureichen wären, zum Teil aber auch um Förderungen, die ganz offenkundig als Anreizinstrument gedacht sind. Hier besteht bei einer so langen Laufzeit die Gefahr von Gewöhnungseffekten und damit mangelnder Wirksamkeit. Ähnliches gilt auch für andere Förderrichtlinien mit langer Laufzeit; so die 85 Förderrichtlinien mit einer Geltungsdauer von acht bis zehn Jahren. Genauso

Abb. 3

Zahl der Förderrichtlinien (FRL) und deren Veränderung 2010 – 2020



Quelle: Datenbank FÖMISAX, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

**Tab. 3**
**Zahl der Förderrichtlinien (FRL) und ihre Veränderungen von 2010 zu 2020**

Förderbereiche	FRL 2010	Weggefallene FRL	Beibehaltene FRL	Neue FRL	FRL 2020
01 Beschäftigungspolitik	51	49	2	26	28
02 Bildung	27	14	13	18	31
03 Entwicklung des ländlichen Raumes	22	20	2	12	14
04 Entwicklung städtischer Räume	38	26	12	19	31
05 Forschung und Technologie	8	2	6	14	20
06 Gesundheits- und Sozialwesen	36	20	16	28	44
07 Klima- und Ressourcenschutz	21	16	5	25	30
08 Kultur und Gesellschaft	31	10	21	30	51
09 Verkehr	11	7	4	5	9
10 Wirtschaftsförderung	22	13	9	17	26
11 Brücken in die Zukunft	0	0	0	2	2
zusammen	267	177	90	196	286

Quelle: Datenbank FÖMISAX, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

**Tab. 4**
**Höhe der geplanten Ausgaben in den Förderrichtlinien und ihre Veränderungen von 2010 zu 2020**

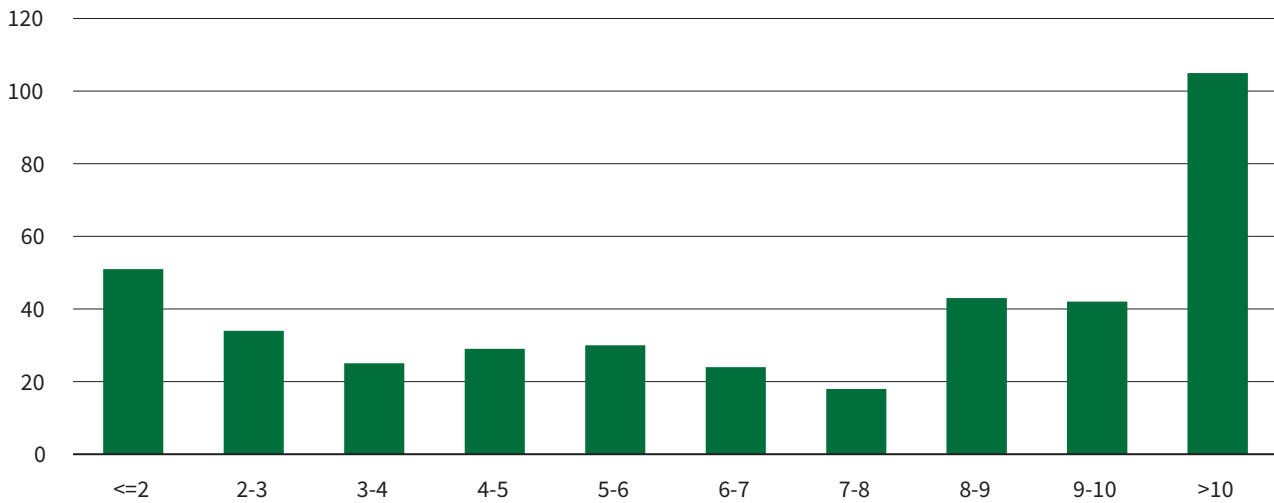
Förderbereiche	FRL 2010	Weggefallene FRL	Beibehaltene FRL	Neue FRL	FRL 2020
01 Beschäftigungspolitik	154,2	153,4	0,9	107,6	109,3
02 Bildung	207,7	52,4	9,1	68,0	232,4
03 Entwicklung des ländlichen Raumes	181,9	180,1	-0,6	134,4	135,6
04 Entwicklung städtischer Räume	334,2	79,7	-88,6	129,3	295,1
05 Forschung und Technologie	174,5	59,1	-37,8	120,6	198,3
06 Gesundheits- und Sozialwesen	169,0	51,1	23,8	191,1	332,9
07 Klima- und Ressourcenschutz	175,4	165,6	-1,0	116,4	125,1
08 Kultur und Gesellschaft	75,7	3,9	-48,3	14,9	38,4
09 Verkehr	336,3	225,1	-6,3	109,2	214,1
10 Wirtschaftsförderung	416,3	36,8	-121,5	61,7	319,6
11 Brücken in die Zukunft	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
zusammen	2225,3	1007,4	-270,2	1053,1	2000,8

Quelle: Datenbank FÖMISAX, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 4

## Zahl der Förderrichtlinien nach Geltungsdauer



Quelle: Datenbank FÖMISAX, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

viele Programme wurden allerdings auch schon nach spätestens drei Jahren wieder beendet, so dass hier eine Evaluierung (mit negativem Ergebnis) wohl vorgenommen worden ist.

## FAZIT

Die vorangehenden Ausführungen haben gezeigt, dass es in den vergangenen zehn Jahren durchaus vielfältige Anpassungen in der Förderpolitik gegeben hat. Die zuweilen geäußerte Befürchtung, dass es nicht gelingt, einmal in Kraft gesetzte Förderprogramme wieder abzuschaffen, lässt sich insoweit nicht bestätigen. Dennoch wäre im Einzelfall zu prüfen, inwieweit Anpassungen bei sich verändernden Rahmenbedingungen auch rechtzeitig eingeleitet wurden. Wichtig ist darüber hinaus eine regelmäßige Evaluation der Wirksamkeit von Förderungen, da die meisten Programme aufgelegt wurden, um damit das Verhalten der Empfänger\*innen in einer bestimmten Weise zu beeinflussen und auf diese Weise politisch vorgegebene Ziele zu erreichen.

Die Frage, inwieweit politische Ziele ein bestimmtes Förderprogramm rechtfertigen, entzieht sich wissenschaftlicher Beurteilung. Schon die Auswertung aggregierter Daten zeigt aber politische Schwerpunktsetzungen auf, die nicht unbedingt den gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen Sachsens entsprechen. Es erscheint sinnvoll, den Schwerpunkt der Förderung stärker auf solche Programme zu legen, die helfen können, die negativen Folgen des demografischen Wandels abzufedern. Dies wären zum Beispiel Fördermaßnahmen, die die Steigerung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit sächsischer Unternehmen in der Breite unterstützen oder dazu beitragen, ausreichend viele gut qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. Weniger bedeutsam erscheinen demgegenüber Förderungen, die auf eine Verbesserung der Beschäftigungschancen benachteiligter Bevölkerungsgruppen abzielen. Letzten Endes

bleibt es allerdings eine politische Entscheidung, wie die verfügbaren Mittel eingesetzt werden. In Erwartung eingeschränkter fiskalischer Spielräume ist hierbei aber wohl ein strengerer Maßstab anzulegen als es gegenwärtig der Fall ist.

In der Gesamtschau aller Förderbereiche zeigt es sich, dass ein erheblicher Anteil der vom Freistaat eingeplanten Fördergelder der Bewältigung ohnehin verpflichtend zu erfüllender Aufgaben der öffentlichen Hand dient. Hier scheint die Finanzierung über den Förderhaushalt nicht sachgerecht. In vielen Fällen werden die bereitgestellten Mittel zudem auch nur dazu verwendet, die vom Bund bzw. der EU angebotenen Fördermittel mitzufinanzieren. Ein Verzicht auf diese Mittel würde insoweit auf den ersten Blick nur zu geringen Einsparungen im Staatshaushalt führen. Angesichts der teilweise erheblichen Verwaltungskosten, die mit der Administrierung dieser Förderprogramme verbunden sind, erscheint eine kritische Überprüfung aber auch hier sinnvoll.

- 1 Eine ausführliche Darstellung findet sich im Abschlussbericht der »Kommission zur Konsolidierung von Förderprogrammen und Weiterentwicklung der sächsischen Förderstrategie« des Freistaats Sachsen, <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/40072/documents/61499>, Dresden 2022, S. 102ff.
- 2 In Einzelfällen wurden Förderungen zwischenzeitlich aus dem Förderhaushalt aus- und in den regulären Haushalt eingegliedert. In welchem Umfang dies den Vergleich der beiden Jahre verzerrt, lässt sich allerdings ohne tiefergehende Analyse nicht feststellen.
- 3 Vgl. hierzu auch den Abschlussbericht der Kommission zur Vereinfachung und Verbesserung von Förderverfahren im Freistaat Sachsen (Förderkommission I), Dresden 2019.
- 4 Einbezogen wurden nur Programme, für die in der FÖMISAX ein Enddatum angegeben oder zumindest anhand der veranschlagten Haushaltsmittel erkennbar war.

Katharina Heisig, Marius Kröper und Tim Scheurer\*

# Faktoren der Kinderlosigkeit in Ostdeutschland

**Diese Studie untersucht Faktoren der Kinderlosigkeit in Ostdeutschland. Für unsere Analyse verwenden wir Daten des deutschen Beziehungs- und Familienpanels pairfam. Wir betrachten dabei Frauen und Männer zwischen 45 und 49 Jahren, um annähernd endgültige Kinderlosigkeit zu messen. In unserem Sample liegt die Kinderlosigkeitsquote in Ostdeutschland bei rund 15,3%; für Frauen bei 12,8% und für Männer bei 18,0%. Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass die wichtigsten Einflussfaktoren von endgültiger Kinderlosigkeit in Ostdeutschland folgende sind: eine hohe relative Wichtigkeit von Hobbies, Freunden und Beruf, ein geringerer Anteil an Personen mit Kindern im Bekannten- und Freundeskreis, eine geringere ideale Kinderanzahl, Befürchtungen gegenüber Kindern und Elternschaft, sowie – in stark begrenztem Ausmaß – eine größere Geschwisteranzahl.**

## EINLEITUNG

In Deutschland sowie in vielen anderen westlichen Ländern lässt sich schon länger der Trend erkennen, dass immer weniger Kinder geboren werden (OECD 2022; Krätschmer-Hahn 2011). Dies kann Folge von zwei Entwicklungen sein: Entweder werden in einer Familie oder Partnerschaft weniger Kinder geboren oder es kommt häufiger vor, dass Personen (oder Paare) gar keine Kinder bekommen. Letzteres Phänomen wird als Kinderlosigkeit bezeichnet und ist somit ein bedeutender Faktor, der den demografischen Wandel weiter vorantreibt.

In den meisten europäischen Ländern nimmt die Kinderlosigkeit seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts stetig zu und trägt damit zur abnehmenden Fertilität bei (Sobotka 2017). Im Jahr 2018 lag die Kinderlosigkeitsquote von 50- bis 54-jährigen Frauen in Deutschland bei 20%, im Vergleich zu 16% noch im Jahr 2008. In Ostdeutschland ist der Anteil jedoch deutlich geringer und lag 2018 bei 12% (Statistisches Bundesamt 2019). Kinderlosigkeit scheint jedoch regional stark zu variieren: Aus einer Bürgerumfrage in Leipzig aus dem Jahr 2021 geht z. B. hervor, dass in der Gruppe der 35- bis 44-jährigen Frauen die Kinderlosigkeit bei 43% liegt. Im Jahr 2010 lag sie noch bei 28%. Ein gleicher Anstieg von 15 Prozentpunkten ist auch in der Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen zu finden. Hier erhöhte sich die Kinderlosigkeit im gleichen Zeitraum von 14% auf 29% (Stadt Leipzig 2021). Möglich ist hierbei, dass die große Unsicherheit durch die Corona-Pandemie, die Deutschland im Januar 2020 erreichte, die Kinderlosigkeit im Jahr 2021 beeinflusst hat und Entscheidungen für eine Geburt herauszögerte (vgl. Bujard und Andersson 2022, Sobotka et al. 2021). Um der Entwicklung hin zu einer höheren Kinderlosigkeitsquote langfristig entgegenzuwirken, sind Faktoren von Fertilität und Kinderlosigkeit, und wie diese beeinflusst werden könnten, von großer Bedeutung.

Grundsätzlich können die Gründe sowohl auf der Ebene der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Makro-Perspektive) als auch auf individueller Ebene (Mikro-Perspektive) liegen. In der bisherigen Forschung werden beide Perspektiven im individuellen und im Paar-Kontext betrachtet. Ein Großteil

der Studien betrachtet objektive Faktoren (Alter, Geschlecht, Bildung etc.), wohingegen subjektive Faktoren (Einstellungen zu Kindern, Präferenzen von Hobbies und Freizeit etc.) bisher eher eine untergeordnete Rolle spielen. Wesentlich ist außerdem, dass die Faktoren der Kinderlosigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland aufgrund der unterschiedlichen Wertesysteme hinsichtlich Familien und Arbeitsbeteiligung der Frau verschieden sein können. In dieser Studie betrachten wir zunächst die bisherige Literatur und die Faktoren, die besonders häufig endgültig Kinderlose definieren. Eine Zusammenfassung der Literatur ist in Tabelle 1 dargestellt.

Auf Basis der Literatur untersuchen wir in einer empirischen Analyse auf Grundlage des Beziehungs- und Familienpanels pairfam<sup>1</sup>, welche subjektiven – aber auch objektiven – Faktoren Kinderlosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern beeinflussen. Wir betrachten hierbei endgültige Kinderlosigkeit, indem wir als Stichprobe Frauen und Männer zwischen 45 und 49 Jahren verwenden.<sup>2</sup>

Diese Studie ist im Rahmen des gemeinsamen Projekts „Faktoren der Familiengründung, Kinderlosigkeit und Kinderreichtum“ mit dem Deutschen Familienverband, Landesverband Sachsen e. V. entstanden. Das Projekt wurde aus den Mitteln des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS) finanziert.

## BISHERIGE STUDIEN ZEIGEN DIE BESONDERE BEDEUTUNG VON INDIVIDUELLEN, ABER AUCH GESELLSCHAFTLICHEN FAKTOREN

### Männer bleiben häufiger kinderlos als Frauen

Einige Studien untersuchen, ob endgültige Kinderlosigkeit bei Frauen oder Männern häufiger vorkommt: Dies sind z. B.

\* Katharina Heisig ist Doktorandin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V., Marius Kröper ist Doktorand an der Technischen Universität Dresden und Tim Scheurer war zur Erstellung dieses Artikels studentische Hilfskraft an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tab. 1

**Hauptaussagen zu Faktoren der Kinderlosigkeit aus der Forschungsliteratur**

**Geschlecht:** Männer sind häufiger kinderlos als Frauen oder beabsichtigen häufiger, kinderlos zu bleiben.

**Alter und Altersdifferenz bei Paaren:** Der Kinderwunsch von Kinderlosen nimmt mit dem Alter ab. Je höher das Alter eine Person oder je später eine Frau heiratet, desto häufiger ist sie kinderlos. Paare mit großem Altersunterschied sind häufiger kinderlos.

**Bildung von Frauen:** Je höher der Bildungsstand, desto wahrscheinlicher ist Kinderlosigkeit – mit Ausnahme von geschlechteregalitären Gesellschaften.

**Bildung vom Mann:** Je höher der Bildungsstand, desto unwahrscheinlicher ist Kinderlosigkeit – mit wenigen Ausnahmen. Paare, in denen der Mann ein höheres Bildungsniveau als die Frau hat, sind seltener kinderlos.

**Beschäftigung von Frauen:** Je höher Arbeitszeit, berufliche Stellung und das Einkommen der Frau, v. a., wenn sie im Privatsektor arbeitet, desto häufiger ist sie kinderlos – mit Ausnahme von geschlechteregalitären Gesellschaften.

**Beschäftigung vom Mann:** Je höher berufliche Stellung und Einkommen des Mannes, desto seltener ist er kinderlos.

**Religion:** Christliche Religionszugehörigkeit macht – vorwiegend bei Frauen – Kinderlosigkeit unwahrscheinlicher.

**Partnerschaft:** Verheiratete Personen sind am wenigsten häufig kinderlos. Personen, die nicht in einer Partnerschaft sind, bleiben häufiger kinderlos als Personen in Partnerschaften.

**Soziales Umfeld:** Wenn Eltern oder Freunde ein Kind befürworten, und wenn eine Person viele Geschwister hat, ist Kinderlosigkeit unwahrscheinlicher.

**Subjektive Einschätzungen:** Werden positive Erwartungen mit der Elternschaft verbunden, kommt Kinderlosigkeit seltener vor. Eine hohe Wichtigkeit der eigenen Hobbies und Interessen macht Kinderlosigkeit wahrscheinlicher.

**Stadt und Land:** In Städten ist Kinderlosigkeit wahrscheinlicher als in ländlichen Gemeinden.

**Gesellschaftliche Rahmenbedingungen:** In Westdeutschland ist Kinderlosigkeit häufiger als in Ostdeutschland. Die Kinderlosigkeit unter Migranten ähnelt der in ihrem Herkunftsland. Kinderlosigkeit ist seltener, wenn in der Gesellschaft eine egalitäre Rollenverteilung akzeptiert ist.

Anmerkung: Die Ergebnisse der genannten Studien finden sich in größerer Ausführlichkeit im Fließtext. Für einen besseren Überblick über die Faktoren wurden die Quellen in dieser Tabelle zusammengefasst.

Quelle: Albertini und Brini (2021), Berrington (2017), Buhr und Huinink (2017), Bujard und Diabaté (2016), Burkimsher und Zeman (2017), Huber et al. (2010), Hudde (2018), Institut für Demoskopie Allensbach (2013), Jalovaara et al. (2018), Krätschmer-Hahn (2011), Kreyenfeld und Konietzka (2017), Köppen et al. (2017), Mynarska und Rytel (2019), Neyer et al. (2017), Peri-Rotem (2016), Rotkirch und Miettinen (2017), Rupp (2005) und Wirth (2014). © ifo Institut

Kreyenfeld und Konietzka (2017) für Westdeutschland, Albertini und Brini (2021) für neun europäische Länder, u. a. Deutschland, und Rotkirch und Miettinen (2017) für Finnland. Diese Studien kommen einschlägig zu dem Ergebnis, dass Männer eine höhere Kinderlosigkeitsrate aufweisen als Frauen oder zumindest häufiger beabsichtigen, kinderlos zu bleiben.

**Der Effekt des Alters und der Altersdifferenz zwischen den Beziehungspartnern**

Die Geburt eines Kindes ist biologisch bedingt – insbesondere bei der Frau – an eine bestimmte Altersspanne geknüpft. Um endgültige Kinderlosigkeit festzustellen, wird in Studien für Frauen häufig ein Alter zwischen 40 und 45 Jahren als Untergrenze, für Männer zwischen 45 bis 50 Jahren, gewählt. Insbesondere in der jüngeren Vergangenheit sind allerdings auch diese Altersgrenzen in Ausnahmefällen nicht bindend.

Die Ergebnisse von bisherigen Studien zeigen, dass es unter Personen in den mittleren Altersgruppen (etwa 25-35 Jahre) im Gegensatz zu allen anderen Altersgruppen häufiger vorkommt, dass die Geburt eines Kindes beabsichtigt wird (u-förmiger Verlauf). Personen zwischen 34 und 39 Jahren bekommen häufiger als andere Altersgruppen innerhalb der nächsten drei Jahre ein Kind, auch wenn sie ursprünglich beabsichtigten, kinderlos zu bleiben (Albertini und Brini 2021). Der Kinderwunsch nimmt

zudem mit dem Alter ab (Mynarska und Rytel 2019 und Institut für Demoskopie Allensbach 2013) und die Wahrscheinlichkeit, kinderlos zu bleiben, steigt an (Huber et al. 2010).

In einer Studie von Wirth (2014) wird zudem die Altersdifferenz zwischen den Partnern in Westdeutschland betrachtet. Die Ergebnisse zeigen, dass die Altersdifferenz zwischen beiden Partnern einen Einfluss auf Kinderlosigkeit hat, wenn ein Partner mehr als fünf Jahre älter ist als der bzw. die andere. In dem Fall ist die Wahrscheinlichkeit für Kinderlosigkeit größer.

**Der Einfluss von Bildung ist abhängig von Geschlecht und Rollenbildern**

Bisherige Studien zeigen, dass es hinsichtlich des Bildungsniveaus erhebliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt und dass die Rahmenbedingungen im Untersuchungsland eine weitere Rolle zu spielen scheinen.

Ein Großteil der Studien für Länder wie z. B. (West-) Deutschland, Österreich, die Schweiz oder Frankreich zeigt auf, dass Frauen mit einem hohen Bildungsniveau häufiger kinderlos sind (Bujard und Diabaté 2016, Berrington 2017, Köppen et al. 2017, Krätschmer-Hahn 2011, Kreyenfeld und Konietzka 2017, Burkimsher und Zeman 2017, Neyer et al. 2017, Wirth 2014). Ausnahmen sind Studien, die in Finnland (Rotkirch und Miettinen 2017), den USA (Huber et al. 2010) oder Ost-

deutschland (Kreyenfeld und Konietzka 2017) durchgeführt wurden. Hier zeigt sich eher, dass Frauen mit niedrigem Bildungsniveau am häufigsten kinderlos sind. Jalovaara et al. (2018) zeigen für Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland, dass in älteren Kohorten die Kinderlosigkeit für Frauen mit hohem Bildungsniveau am höchsten ist, sich dieses Muster aber für jüngere Kohorten umkehrt. Es ist demnach erkennbar, dass der Einfluss des Bildungsniveaus auf die Kinderlosigkeit von Frauen von den vorherrschenden Rollenvorstellungen abhängt. In Ländern mit traditionellen Rollenvorstellungen sind tendenziell Frauen mit hohem Bildungsniveau am häufigsten kinderlos. In Ländern mit progressiven Rollenvorstellungen hingegen sind es eher Frauen mit niedrigerem Bildungsniveau, die kinderlos bleiben.

Für Männer zeigt sich hingegen meist, dass ein höheres Bildungsniveau mit geringerer Kinderlosigkeit einhergeht (Jalovaara et al. 2018, Köppen et al. 2017, Krätschmer-Hahn 2011 (für ostdeutsche Männer), Rotkirch und Mieltinen 2017). Eine Ausnahme bildet eine Studie für die USA (Huber et al. 2010), in der das Gegenteil aufgezeigt wird. Der Zusammenhang ist jedoch nur schwach ausgeprägt. Zudem finden einige weitere Studien keinen Effekt des Bildungsniveaus auf Kinderlosigkeit bei Männern (Burkimsher und Zeman 2017, Krätschmer-Hahn 2011 (für westdeutsche Männer), Wirth 2014).

Wirth (2014) untersucht zusätzlich die Bildungskonstellationen der Partner. Sie zeigt, dass Paare, in denen der Mann ein höheres Bildungsniveau als die Frau aufweist, seltener kinderlos sind.

### **Die Rolle der Beschäftigung: Je nach Geschlecht unterschiedliche Ergebnisse**

Auch der Beschäftigungsstatus und die berufliche Stellung sind für Kinderlosigkeit relevant, besonders für Frauen. So steht eine zeitintensive Beschäftigung in Konkurrenz zu der Zeit, die für Kinderbetreuung benötigt wird. Eine durch die Geburt bedingte berufliche Pause kann Karrierechancen mindern und gerade bei hohen Einkommen mit hohen Opportunitätskosten verbunden sein.

Dementsprechend findet sich in den meisten Studien, dass Kinderlosigkeit bei Frauen häufiger vorliegt, wenn die Arbeitsstunden (bzw. Voll-/Teilzeit), die berufliche Stellung und das Einkommen relativ hoch sind (Wirth 2014, Krätschmer-Hahn 2011, Köppen et al. 2017, Huber et al. 2010). Außerdem stellt Wirth (2014) fest, dass Paare mit im Privatsektor angestellten Frauen häufiger kinderlos sind. Auch hier zeigt sich bei getrennten Betrachtungen von Ost- und Westdeutschland, dass ein ungünstiger Einfluss der Beschäftigung bei Frauen in Westdeutschland zwar messbar ist, nicht aber für Frauen in Ostdeutschland (Krätschmer-Hahn 2011).

Für Männer zeigt sich das Gegenteil: Männer mit höherem Berufsprestige bzw. einer höheren beruflichen Stellung sowie mit einem höheren Einkommen bleiben seltener kinderlos (Krätschmer-Hahn 2011, Köppen et al. 2017, Huber et al. 2010). Diesen Zusammenhang findet die Studie von Krätschmer-Hahn (2011) allerdings nur für ostdeutsche, nicht aber für westdeutsche Männer. Wirth (2014) kommt zum Ergebnis, dass die berufliche Stellung des Mannes keinen Einfluss auf die Kinderlosigkeit des Paares hat.

Die Geschlechterunterschiede können dadurch erklärt werden, dass bei einer klassischen Rollenverteilung mit dem Mann als Hauptverdiener und der Frau als Hauptverantwortliche für Haushalt und Kindererziehung die Hürden für die Geburt eines Kindes am geringsten sind. Verfügt der Mann über ein hohes Einkommen und eine hohe – und sichere – berufliche Stellung, eröffnet dies finanzielle Spielräume für ein Kind. Für die Frau gilt, dass das Aufgeben der Arbeitsmarktposition leichter fällt, wenn sie lediglich ein geringes Einkommen erhält und das Haushaltseinkommen dadurch nur geringfügig abnimmt.

Ergänzend dazu zeigen Studien von Buhr und Huinink (2017) sowie Albertini und Brini (2021), dass kinderlose Personen, die keine Beschäftigung haben, auch häufiger beabsichtigen, kinderlos zu bleiben. Gleichermaßen bleiben Personen mit Kinderlosigkeitsabsicht in einem Beschäftigungsverhältnis seltener kinderlos – entgegen ihrer ursprünglichen Absicht.

### **Religionszugehörigkeit macht Kinderlosigkeit unwahrscheinlicher**

Der Fokus in bisherigen Studien liegt derzeit auf christlichen Glaubensrichtungen der protestantischen und katholischen Kirche. Religionszugehörigkeit kann ausschlaggebend für Kinderlosigkeit sein, da in den Lehren der Religionen meist Normen über Familie und Elternschaft enthalten sind.

Ein Großteil der Studien findet, dass eine christliche Religionszugehörigkeit Kinderlosigkeit unwahrscheinlicher macht (Burkimsher und Zeman 2017, Peri-Rotem 2016, Krätschmer-Hahn 2011, Kreyenfeld und Konietzka 2017). Kein sichtbarer Zusammenhang zeigt sich teilweise für Männer (Kreyenfeld und Konietzka 2017) und für Ostdeutschland (Krätschmer-Hahn 2011). Zwischen protestantischen und katholischen Personen konnten keine wesentlichen Unterschiede gefunden werden. Es zeigt sich zudem die Tendenz, dass eine stärkere Verbundenheit zur Religion, vermittelt durch häufigere Teilnahme an kirchlichen Veranstaltungen, Kinderlosigkeit unwahrscheinlicher macht (Krätschmer-Hahn 2011, Peri-Rotem 2016).

### **Die Bedeutung der Partnerschaft**

Das Bestehen einer Partnerschaft ist für die meisten eine entscheidende Voraussetzung für die Elternschaft. In der Literatur wird oft auch der Institutionalisierungsgrad der Partnerschaft (verheiratet, zusammenlebend etc.) untersucht. Kinderlosigkeit kommt in Ehen wesentlich seltener vor als unter Personen, die den größten Teil ihres Lebens nicht in einer Partnerschaft waren (Kreyenfeld und Konietzka 2017, Bujard und Diabaté 2016, Wirth 2014, Berrington 2017, Rotkirch und Mieltinen 2017). Auch unter Personen, die geschieden oder verwitwet sind, lässt sich der Einfluss der früheren Ehe anhand einer deutlich geringeren Kinderlosigkeit erkennen. In nicht-ehelichen Partnerschaften sowie bei geschiedenen, getrennten oder verwitweten Paaren liegt die Kinderlosigkeit zwischen den beiden Extremen (Berrington 2017, Kreyenfeld und Konietzka 2017).

Die Partnerschaft ist auch für den Kinderwunsch von bisher kinderlosen Personen von Bedeutung. Personen in einer Partnerschaft halten am häufigsten an einem Kinderwunsch fest. Insbesondere für Männer ist das Vorhandensein einer Partnerschaft eine wichtige Determinante des eigenen Kinder-



wunsches. Personen, die nicht in einer Partnerschaft sind, geben dagegen häufiger den Kinderwunsch auf oder ändern ihre Absichten diesbezüglich (Albertini und Brini 2021, Buhr und Huinink 2017, Mynarska und Rytel 2019). Am häufigsten kommen Geburten entgegen der anfänglich beabsichtigten Kinderlosigkeit zustande, wenn innerhalb von drei Jahren eine neue Partnerschaft eingegangen wird (Albertini und Brini 2021).

Neben der aktuellen Partnerschaft können auch frühere Partnerschaften einen Einfluss auf den Kinderwunsch von Kinderlosen haben: Personen, deren aktueller Partner bereits Kinder aus früheren Partnerschaften hat, geben ihren Kinderwunsch häufiger auf (Buhr und Huinink 2017).

### **Ein kinderbefürwortendes Umfeld und viele eigene Geschwister lässt Kinderlosigkeit seltener vorkommen**

Obwohl die Entscheidung für oder gegen ein eigenes Kind allein der Person oder dem Paar selbst obliegt, ist davon auszugehen, dass das soziale Umfeld nicht irrelevant für diese Entscheidung ist. Insbesondere von Eltern und engen Freunden kann unter Umständen sozialer Druck, ein Kind zu bekommen, ausgehen. Buhr und Huinink (2017) stellen fest, dass der Kinderwunsch einer kinderlosen Person eher bestehen bleibt, wenn ein Kind auch von den Eltern der Person befürwortet oder gewünscht wird. Auch Albertini und Brini (2021) können bestätigen, dass es unter dem sozialen Druck von Eltern und Freunden wahrscheinlicher ist, dass eine Geburt eines Kindes in den nächsten drei Jahren beabsichtigt wird.

Neben den Ansichten des sozialen Umfelds sind auch die Erfahrungen aus der eigenen Kindheit relevant für die eigene Fertilitätsentscheidung. So stellen Kreyenfeld und Konietzka (2017) fest, dass Kinderlosigkeit negativ mit der Anzahl eigener Geschwister korreliert.

### **Subjektive Einschätzungen: Stellenwert von Kindern und Hobbies**

Die Entscheidung für ein Kind hängt zudem von der Wertschätzung für Kinder, Erwartungen an die Elternschaft und dem Stellenwert von eigenen Interessen ab. Individuen können sowohl positive (z. B. die Freude auf gemeinsame Erlebnisse mit den eigenen Kindern) als auch negative (z. B. Kosten und Zeitaufwand für das Aufziehen eines Kindes) Erwartungen an ein mögliches Leben mit Kindern haben.

Bisherige Studien zeigen, dass eher positive Erwartungen an die Elternschaft mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit einhergehen, kinderlos zu bleiben. Dementsprechend bleiben Personen mit eher negativ geprägten Erwartungen an die Elternschaft eher kinderlos (Buhr und Huinink 2017, Rupp 2005, Albertini und Brini 2021, Mynarska und Rytel, 2019). Je nachdem, welchen Stellenwert persönliche Interessen und Hobbies einnehmen, ist eine Person also mehr oder weniger gewillt, diese zugunsten eines Kindes zurückzustellen: Der Kinderwunsch ist umso instabiler, je wichtiger einer Person die eigenen Hobbies und Interessen sind (Buhr und Huinink 2017).

In der Untersuchung von Rupp (2005) werden zudem gewollt und ungewollt kinderlose Paare gegenübergestellt. Gewollt kinderlose Paare schätzen die meisten Aspekte der Elternschaft, zum Beispiel den Wert von Kindern oder die Ver-

einbarkeit mit Freizeit und Beruf, von Beginn an geringer bzw. negativer ein als ungewollt kinderlose Personen.

### **In Großstädten tritt Kinderlosigkeit am häufigsten auf**

Studien von Bujard und Diabaté (2016) und Krätschmer-Hahn (2011) deuten relativ eindeutig darauf hin, dass Kinderlosigkeit in ländlichen Gebieten geringer und in großen Städten höher ausfällt. Jedoch können diese Studien nicht bestimmen, ob der Wohnort direkt das Geburtenverhalten bestimmt, oder ob der Wohnort in Antizipation oder sogar erst in Folge einer Geburt gewählt wird.

Mynarska und Rytel (2019) können keinen Unterschied im Kinderwunsch von kinderlosen Personen in ländlichen und städtischen Gebieten feststellen. Eine Überschneidung zwischen dem Wohnort und anderen Charakteristika wird in den aufgeführten Studien nicht untersucht, obwohl es denkbar ist, dass es individuelle Faktoren gibt, die sowohl die Wahl des Wohnortes als auch das Geburtenverhalten beeinflussen.

### **Gesellschaftliche Rahmenbedingungen: Geschlechterrollen und Einstellungen in der Gesellschaft**

Unterschiede in der Kinderlosigkeit können sich zwischen Ländern, aber auch innerhalb eines Landes finden (z. B. Hudde 2018, Jalovaara et al. 2018, Neyer et al. 2017). Ein Sonderfall ergibt sich durch die ehemalige Teilung Deutschlands. Häufig wird dabei auf die unterschiedlichen Geschlechterrollen in Ost und West eingegangen: In Ostdeutschland ohne Berlin liegt die Kinderlosigkeitsrate dort wesentlich unter der in Westdeutschland. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die Rolle der „werkstätigen Mutter“ wesentlich etablierter ist als in Westdeutschland, und aufgrund des besser ausgebauten öffentlichen Kinderbetreuungsangebots einfacher zu realisieren ist. Der Trade-off zwischen einem erfüllenden Leben außerhalb und innerhalb der Familie fällt damit für ostdeutsche Mütter geringer ins Gewicht als für westdeutsche Mütter (Bujard und Diabaté 2016).

Bujard und Diabaté (2016) sowie Burkimsher und Zeman (2017) stellen fest, dass die Kinderlosigkeitsquote unter Migrant\*innen eher der Quote im Herkunftsland als im Untersuchungsland ähnelt. Erstere Studie zeigt, dass Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland deutlich seltener kinderlos bleiben als Frauen ohne Migrationshintergrund. Letztere Studie unterscheidet Migrant\*innen nach dem Herkunftsland: Unter Immigrant\*innen aus Westeuropa und dem angelsächsischen Raum ist Kinderlosigkeit etwas verbreiteter, während sie unter süd- und südosteuropäischen sowie türkischen Einwander\*innen deutlich niedriger als im landesweiten Durchschnitt ist.

Die Wahrnehmung von Kinderfreundlichkeit und Geschlechterrollen spielt ebenso eine Rolle. Eine Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach (2013) zeigt, dass in Frankreich der Anteil der kinderlosen Personen geringer ist als in Deutschland, und gleichzeitig auch mehr Personen das eigene Land als kinderfreundlich betrachten. Unter deutschen Kinderlosen wurden zudem positive Aspekte der Elternschaft weniger häufig wahrgenommen und die Belastungen durch Kinder häufiger erwartet als unter kinderlosen Personen in Frankreich.

Gleiches gilt für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In Frankreich wird häufiger die Meinung vertreten, dass auch Väter die Kinderbetreuung und Hausarbeit übernehmen sollten und diese nicht alleinige Aufgabe der Mutter sein sollte. Zu erwähnen ist außerdem, dass die Befragungsergebnisse aus Ostdeutschland bezüglich Geschlechterrollen eher mit Frankreich als mit Westdeutschland übereinstimmen. Hudde (2018) findet für 38 verschiedenen Länder ähnliche Ergebnisse: In Ländern, deren Gesellschaft im Schnitt geschlechteregalitärer eingestellt ist, tritt Kinderlosigkeit seltener auf. Je mehr Uneinigkeit allerdings über die Rollen beider Geschlechter herrscht, desto größer ist die Kinderlosigkeitsrate.

## MÖGLICHE FAKTOREN DER KINDERLOSIGKEIT IN OSTDEUTSCHLAND

Die bisherige Literatur zeigt auf, dass viele verschiedene Faktoren – individuell und gesellschaftlich – beeinflussen, ob eine Person kinderlos bleibt. In unserer Untersuchung fokussieren wir auf subjektive Faktoren der Kinderlosigkeit, die bisher in der Literatur weniger Beachtung gefunden haben als objektive Faktoren (Geschlecht, Bildung, Arbeitsmarktbeteiligung etc.). Infobox 1 beschreibt den verwendeten Datensatz näher. Der Fokus unserer empirischen Analyse liegt auf Ostdeutschland, da die Studienlage hierfür noch recht gering ist. Das Sample umfasst hierbei, je nach Modellspezifikation, 497 Personen zwischen 45 und 49 Jahren. Davon sind, je nach Modellspezifikation, bis zu 76 Personen kinderlos. Dies offenbart eine durchschnittliche Kinderlosigkeitsquote von 15,3%. Für Frauen beträgt diese 12,8% und für Männer 18,0%. Vergleicht man dies mit Gesamtdeutschland, sind die Quoten geringer: In Gesamtdeutschland ist Kinderlosigkeit bei 17,5% anzutreffen; betroffen sind 14,0% der Frauen und 22,1% der Männer. Demnach liegt die Kinderlosigkeit in Westdeutschland noch höher als in Gesamtdeutschland.

Folgende Variablen beziehen wir in unsere Analyse ein: Als abhängige Variable betrachten wir die *Kinderlosigkeit von über 45-jährigen Frauen und Männern*. Sie nimmt den Wert 1 (ist kinderlos) oder 0 (nicht-kinderlos) an.

Als interessierende unabhängige Variablen betrachten wir folgende: Die *ideale Kinderanzahl* misst, wie viele Kinder die befragte Person grundsätzlich bevorzugen würde. Der pairfam-Fragebogen beinhaltet zudem ein Item, das die Wichtigkeit der fünf Bereiche Beruf, Freunde, Hobbies, Kinder und Partnerschaft beinhaltet. Wir berechnen die *relative Wichtigkeit von Hobbies, Freunden und dem Beruf* so, dass die Variable Werte zwischen 0 und 1 annimmt. Je höher der Wert ist, desto wichtiger sind Freizeit, Hobbies und Beruf.<sup>3</sup> Eine weitere Variable *Befürchtung gegenüber Kindern und Elternschaft* ist ein Index und wurde aus fünf einzelnen Fragen berechnet und kann Werte zwischen 0 und 5 annehmen. Es sind folgende Aspekte enthalten: „man kann sich weniger leisten mit Kindern“, „Kinder sind eine nervliche Belastung“, „man kann berufliche Ziele mit Kindern nicht erreichen“, „mit Kindern fällt man in der Öffentlichkeit negativ auf“ und „die persönliche Freiheit ist durch Kinder eingeschränkt“. Analog dazu konstruieren wir einen Index hinsichtlich der *Befürchtungen gegenüber der Partnerschaft*. Die Aspekte dieser Variable sind folgende: „Stress in der Partnerschaft“, „Langeweile und Gewöhnung in einer Partner-

schaft“, „Ablehnung des Partners durch Familie und Freunde“, „Einschränkung durch Partner“ und „Liebeskummer und Beziehungsprobleme“. Die Variable *Anteil der Personen mit Kindern im Freundeskreis* ist eine Faktorvariable, die die Ausprägungen „weniger als die Hälfte“ (0), „ungefähr die Hälfte“ (1) und „mehr als die Hälfte“ (2) annehmen kann.

In einem Modell verwenden wir zudem eine Variable, die die *Einstellung der Eltern* widerspiegelt, ob die befragte Person sich eher um berufliche Ziele kümmern sollte. Diese ist auf einer Skala von 1 bis 5 gemessen, wobei 5 vollste Zustimmung widerspiegelt. Da die Beobachtungszahl dieser Variable nur rund ein Drittel des ursprünglichen Samples beträgt, können wir sie allerdings nicht im Hauptmodell verwenden. Zudem ist die Aussagekraft stark beschränkt, da das Sample dann nur noch rund 130 Beobachtungen umfasst.

Als Kontrollvariablen fließen folgende Faktoren in die Analyse ein: das Alter (in Jahren), das Geschlecht (0: männlich, 1: weiblich), die (Aus-)Bildungsdauer (in Jahren), der Migrationsstatus (1: trifft nicht zu, 2: Migrant\*in der ersten Generation, 3: Migrant\*in der zweiten Generation), die Geschwisteranzahl sowie die Gemeindegröße (1-7, wobei 7 eine Stadt über 500 000 Einwohnern klassifiziert) der befragten Person. In manchen Modellen verwenden wir zusätzliche Kontrollvariablen für die Arbeitsmarktsituation (1: hat eine Arbeitsstelle, 0: ist arbeitslos), das Nettohaushaltseinkommen in Euro sowie den Beziehungsstatus (0: Single, 1: in Beziehung, 2: verheiratet) der befragten Person.

Abbildung 1 zeigt deskriptiv, wie ausgewählte Faktoren und endgültige Kinderlosigkeit in Ostdeutschland zusammenhängen. Für jede der dargestellten Variablen wird gesondert nach „kinderlos“ und „nicht-kinderlos“ der Anteil der Personen in % angegeben, die eine überdurchschnittliche Antwort angegeben haben. Die Durchschnitte in unserem Sample sind in Klammern angegeben.

Für die ideale Kinderzahl liegt der Sample-Durchschnitt bei 2,15 Kindern. Die ideale Kinderanzahl von kinderlosen Ost-

### Infobox 1: Weiterführende Informationen zu Daten und Methodik

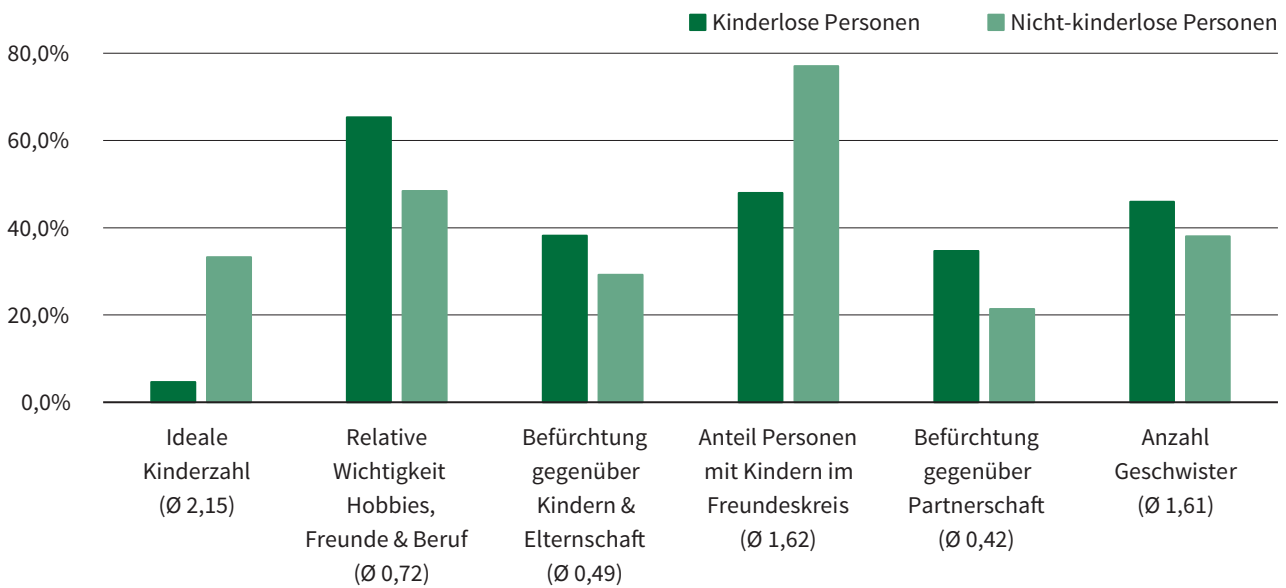
Das deutsche Beziehungs- und Familienpanel ist eine jährlich erhobene Umfrage, die sich auf Fragen zu Familie und Fertilität konzentriert und seit 2008 erhoben wird. Wir verwenden primär Daten der zwölften Befragungswelle aus dem Jahr 2021 (Brüderl et al. 2021). Eine ausführliche Darstellung der Studie findet sich in Huinink et al. (2011). Da die Fragebögen über die Jahre hinweg nicht identisch sind, ist der Panel-Datensatz nicht ausgeglichen. Deshalb berücksichtigen wir Antworten zu den uns interessierenden Fragen aus Welle 11, sofern diese nicht in Welle 12 verfügbar sind. Da für eine Analyse der endgültigen Kinderlosigkeit ein relativ hohes Alter abhängig vom Geschlecht vorausgesetzt ist, können wir nicht auf zeitigere Wellen zurückgreifen, um die Samplegröße zu erhöhen.

Wir führen mehrere Logit-Regressionen mit der abhängigen Variable Kinderlosigkeit durch. Die Robustheit der Effekte der einzelnen Variablen überprüfen wir durch gestaffeltes Hinzunehmen bzw. Herauslassen der unabhängigen Variablen von Interesse und einiger Kontrollvariablen.



Abb. 1

Faktoren, die sich zwischen kinderlosen und nicht-kinderlosen Personen in Ostdeutschland unterscheiden



Anmerkungen und Interpretationshilfe: Für jeden Faktor ist dargestellt, wie hoch der Personenanteil (in %) ist, der über dem Durchschnitt des Samples (dargestellt in Klammern) liegt. Diese Anteile sind für kinderlose und nicht-kinderlose Personen dargestellt. Für die ideale Kinderanzahl gilt z. B., dass nur 4,6% der Kinderlosen in Ostdeutschland eine ideale Kinderanzahl angegeben haben, die über der durchschnittlichen idealen Kinderzahl von 2,15 im Sample liegt. Im Gegensatz dazu haben 33,3% der nicht-kinderlosen Personen eine ideale Kinderanzahl angegeben, die über dem Durchschnitt von 2,15 liegt.

Quelle: Daten des Beziehungs- und Familienpanels pairfam, Release 12.0 (Brüderl et al. 2021), Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

deutschen ist jedoch wesentlich geringer als die der nicht-kinderlosen Ostdeutschen: nur 4,6% der Kinderlosen haben eine Zahl angegeben, die über dem Durchschnitt liegt. Im Gegensatz dazu haben 33,3% der nicht-kinderlosen Personen eine ideale Kinderanzahl angegeben, die über dem Durchschnitt von 2,15 liegt. Demnach ist eine Ursache der Kinderlosigkeit bereits in der idealen Familiengröße einer Person zu finden. Personen, die viele Kinder als Ideal ansehen, bleiben auch seltener kinderlos.

Der nächste dargestellte Faktor spiegelt die relative Wichtigkeit von Hobbies, Freunden und Beruf wider. Auch hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen kinderlosen und nicht-kinderlosen Personen. Liegt im Durchschnitt die relative Wichtigkeit dieser Bereiche bei 0,72 (Maximalwert = 1), so bewerten 65,33% der Kinderlosen diesen Bereich als überdurchschnittlich wichtig. Nicht-kinderlose Personen liegen mit ihrer Bewertung nur in 48,44% über dem Durchschnitt. Auch wenn nicht-kinderlose Personen häufig diese Bereiche als sehr wichtig bewerten, so sind sie relativ gesehen dennoch unwichtiger als für Kinderlose.

Befürchtungen gegenüber Kindern und Elternschaft sind bei kinderlosen Personen ausgeprägter als bei nicht-kinderlosen Personen. 38,16% der kinderlosen äußern ausgeprägtere Befürchtungen als der Durchschnitt, der recht niedrig bei 0,49 liegt (Skala von 0 bis 5). Bei den kinderlosen Personen äußern jedoch immerhin 29,22% ausgeprägtere Befürchtungen als der Durchschnitt.

Der Anteil mit Kindern unter den Personen im Freundes- und Bekanntenkreis unterscheidet sich hingegen stark zwischen kinderlosen und nicht-kinderlosen Personen. Die durchschnittliche Antwort in unserer Stichprobe liegt zwischen „ungefähr die Hälfte (=1)“ und „mehr als die Hälfte (=2)“ und

nimmt daher den Wert 1,62 an. Mit 47,95% haben weniger als die Hälfte der Kinderlosen mehr Bekannte und Freunde mit Kindern als der Durchschnitt, wohingegen 77,03% der Personen mit Kindern über dem Durchschnitt liegen.

Gleichermaßen wie die Befürchtungen gegenüber Kindern und Elternschaft liegt auch der Durchschnittswert bei den Befürchtungen gegenüber der Partnerschaft mit einem Durchschnitt von 0,42 recht niedrig. Allerdings äußern 34,67% der Kinderlosen größere Befürchtungen gegenüber ihrer Partnerschaft als der Durchschnitt, wohingegen dies bei nur 21,34% der nicht-kinderlosen Personen der Fall ist. Demnach sind Personen ohne Kinder unzufriedener mit ihrer Partnerschaft als Personen mit Kindern.

Weiterhin zeigen sich in der Geschwisteranzahl Unterschiede. Die durchschnittliche Geschwisteranzahl liegt bei 1,61 Geschwistern. 45,95% der Kinderlosen haben mehr Geschwister als der Durchschnitt, wohingegen dies nur auf 38,07% der Nicht-Kinderlosen zutrifft. Ostdeutsche Kinderlose haben also mehr Geschwister als Nicht-Kinderlose. Dies steht im Gegensatz zur Literatur. Ein Grund hierfür könnte sein, dass diejenigen mit vielen Geschwistern schlechte Erfahrungen, z. B. große Konkurrenz unter Geschwistern, gemacht haben.

Betrachten wir zum Vergleich Gesamtdeutschland (nicht in Abbildung 1 dargestellt), so haben kinderlose Personen weniger Geschwister als nicht-kinderlose Personen. Jedoch ist der Unterschied zwischen beiden Gruppen sehr gering (45,56% vs. 47,69% liegen in der Geschwisterzahl über dem Durchschnitt von 1,87). Hinsichtlich der anderen Faktoren unterscheidet sich Ostdeutschland nur geringfügig vom gesamtdeutschen Sample. Zum Beispiel ist der Unterschied zwischen Kinderlosen und Nicht-Kinderlosen in der relativen Wichtig-

keit von Freunden, Hobbies und Beruf sowie der Befürchtungen gegenüber Kindern und Elternschaft in Gesamtdeutschland stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland.

## OSTDEUTSCHE KINDERLOSE SIND VOR ALLEM DURCH DREI FAKTOREN GEKENNZEICHNET

Mithilfe von Logit-Regressionsanalysen untersuchen wir im Folgenden, ob die deskriptiv aufgezeigten Unterschiede einem empirischen Test standhalten oder ob diese Unterschiede auf andere Faktoren, wie Unterschiede zwischen den Geschlechtern, im Alter etc., zurückzuführen sind.

In einem ersten Modell verwenden wir alle interessierenden unabhängigen Variablen (ideale Kinderanzahl, relative Wichtigkeit von Hobbies, Freunden und Beruf, Befürchtung gegenüber Kindern und Elternschaft, Anteil Personen mit Kindern im Freundeskreis, Befürchtung gegenüber Partnerschaft, Eltern finden, ich soll mich um berufliche Ziele kümmern), wobei letztere erst in einem letzten Schritt aufgrund der geringen Beobachtungszahl dieser Variable hinzugefügt wird. Als Kontrollen betrachten wir alle individuellen, regionalen, arbeitsmarkt- und partnerschaftsbezogenen Variablen. Es zeigt sich, dass dieses Modell einen sehr hohen Erklärungswert besitzt (Pseudo  $R^2 = 0,53$ ). Jedoch schmälert die Bedeutung des Vorliegens einer Partnerschaft den Erklärungswert der anderen Faktoren so stark (Single zu sein erhöht die Wahrscheinlichkeit, kinderlos zu bleiben, stark), dass nur noch die ideale Kinderanzahl einen Erklärungswert besitzt: je geringer die ideale Kinderanzahl ist, desto wahrscheinlicher bleibt eine Person kinderlos. Dieser Effekt ist statistisch signifikant auf dem 1%-Niveau. Mit Zunahme der Variable *Eltern finden, ich soll mich um berufliche Ziele kümmern*, sinkt die Beobachtungszahl auf 113, weswegen die Schätzungen nicht mehr verlässlich interpretierbar sind. Der Effekt dieser Variable ist zudem nicht statistisch signifikant. In den folgenden Modellen verzichten wir daher auf diese Variable.

In einem zweiten Modell entfernen wir als Kontrollvariable die Partnerschaftsvariable aus unserem Modell, da sie einen Großteil der Variation in den Unterschieden zwischen den beiden Gruppen erklärt. Das Pseudo  $R^2$  sinkt dabei auf 0,49. Auch hier bleibt weiterhin die ideale Kinderanzahl statistisch signifikant. Auch die Geschwisteranzahl erklärt nun einen bedeutenden Anteil im Unterschied zwischen kinderlosen und nicht-kinderlosen Personen: Je geringer der Anteil der Personen im Freundes- und Bekanntenkreis mit Kindern ist, desto wahrscheinlicher ist Kinderlosigkeit. Die statistische Signifikanz des Arbeitsmarktstatus' sowie des Haushaltseinkommens bleiben weiterhin null bzw. nicht robust.

In unserem Hauptmodell entfernen wir daher zusätzlich die arbeitsmarktbezogene Kontrollvariable sowie das Nettohaushaltseinkommen als Kontrolle. Das Ziel ist dabei, den Erklärungsgehalt der subjektiveren Variablen messen zu können. Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse der Regressionsanalysen unseres Hauptmodells. Dabei sinkt das Pseudo  $R^2$  nur auf 0,48 ab (Hauptspezifikation in Spalte 5). Arbeitsmarkt- und einkommensbezogene Variablen scheinen demnach zumindest für Ostdeutschland keine bedeutende Rolle zu spielen.

In diesem Modell zeigt sich über alle Modellspezifikationen (1) bis (5) hinweg der Einfluss der idealen Kinderanzahl auf die

Wahrscheinlichkeit, kinderlos zu bleiben. Diese Variable sowie die enthaltenen Kontrollvariablen haben einen Erklärungswert von 0,39. Die Hauptspezifikation ist in Spalte (5) dargestellt, die alle interessierenden unabhängigen Variablen enthält. Die Beobachtungszahl ist aufgrund von fehlenden Werten etwas geringer als in Spalte (1) und liegt bei 434. Das Modell erklärt 47% der Variation.

Im Großen und Ganzen werden auch in Hinblick auf die anderen Variablen die Erkenntnisse aus der deskriptiven Analyse in Abbildung 1 bestätigt. Je wichtiger einer Person Hobbies, Freunde und Beruf sind, desto wahrscheinlicher bleibt die Person kinderlos. Je größer ihre Befürchtungen gegenüber Kindern und Elternschaft sind, desto wahrscheinlicher ist Kinderlosigkeit. Kinderlosigkeit ist ebenso wahrscheinlicher, je geringer der Anteil der Personen im Freundes- und Bekanntenkreis mit Kindern ist. Die Befürchtungen gegenüber der Partnerschaft zeigen keinen statistisch signifikanten Einfluss.

Von unseren Kontrollvariablen zeigt sich, dass eine höhere Geschwisteranzahl auch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für Kinderlosigkeit verbunden ist. Ebenso scheint es in größeren Gemeinden wahrscheinlicher zu sein, kinderlos zu bleiben. Dieser Effekt ist jedoch nicht über alle Modelle hinweg robust, deckt sich aber mit den Ergebnissen der Bürgerbefragung der Stadt Leipzig aus dem Jahr 2021, dass in der Stadt Leipzig eine weitaus höhere Kinderlosigkeit vorherrscht als in Ostdeutschland im Durchschnitt. Die übrigen Kontrollvariablen (Alter, Geschlecht, Anzahl der Jahre in Ausbildung, Migrant\*in der ersten Generation, Migrant\*in der zweiten Generation) zeigen keinen statistisch signifikanten Zusammenhang mit Kinderlosigkeit.

Da die Größe der Koeffizienten aus Tabelle 2 nicht interpretierbar ist, sind in Abbildung 2 die geschätzten marginalen Effekte aus der Modellspezifikation (5) aus Tabelle 2 dargestellt. Ein besonders deutlicher Effekt zeigt sich demnach für die relative Wichtigkeit von Hobbies, Freunden und Beruf, der idealen Kinderanzahl und des Anteils der Personen mit Kindern im Bekannten- und Freundeskreis. Der Effekt für Befürchtungen gegenüber Kindern und Elternschaft ist nahe Null. Der Effekt für die Geschwisteranzahl ist noch geringer. Zudem zeigt sich auch in Abbildung 2, dass der Effekt der Befürchtungen gegenüber der Partnerschaft statistisch nicht von Null verschieden ist.

## FAZIT

In dieser Studie haben wir die Faktoren der Kinderlosigkeit für Ostdeutschland untersucht. Die bisherige Forschungsliteratur zeigt auf, dass eine große Zahl an möglichen Faktoren Kinderlosigkeit beeinflussen können. Dies sind z. B. das Geschlecht, Alter, die Altersdifferenz zwischen Partnern, die Bildung und Beteiligung am Arbeitsmarkt sowie das Einkommen, Religion, der Stellenwert von Kindern und eigenen Interessen, das Stadt-Land-Gefälle, die Partnerschaft, der Einfluss des sozialen Umfelds („sozialer Druck“) sowie gesellschaftliche Einstellungen und Geschlechterrollen.

Für unsere Analyse für Kinderlosigkeit in Ostdeutschland verwenden wir Daten des deutschen Beziehungs- und Familienpanels pairfam. Wir betrachten Frauen über 40 und Männer über 45 Jahren. In unserem Sample liegt die Kinderlosigkeitsquote bei 15,3% (Frauen: 12,8%, Männer: 18,0%). Es zeigt sich,

**Tab. 2**

**Schätzungen für die Zusammenhänge zwischen individuellen und regionalen Faktoren und Kinderlosigkeit in Ostdeutschland**

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
<b>Interessierende unabhängige Variablen</b>					
Ideale Kinderanzahl	-1.73*** (0.22)	-1.76*** (0.23)	-1.80*** (0.24)	-1.80*** (0.25)	-1.79*** (0.25)
Relative Wichtigkeit von Hobbies, Freunden & Beruf		0.66*** (0.18)	0.60*** (0.18)	0.49*** (0.18)	0.45** (0.19)
Befürchtung gegenüber Kindern und Elternschaft			0.43** (0.17)	0.49*** (0.18)	0.45** (0.18)
Anteil Personen mit Kindern im Freundeskreis = 50% (Referenz: <50%)				-1.18** (0.60)	-1.17* (0.60)
Anteil Personen mit Kindern im Freundeskreis > 50% (Referenz: <50%)				-1.68*** (0.53)	-1.62*** (0.54)
Befürchtung gegenüber Partnerschaft					0,17 (0.18)
<b>Ausgewählte Kontrollvariablen</b>					
Geschwisteranzahl	0.33** (0.14)	0.34** (0.15)	0.32** (0.15)	0.35** (0.15)	0.35** (0.15)
Gemeindegröße	0,28 (0.17)	0.32* (0.18)	0,27 (0.18)	0,18 (0.19)	0,16 (0.20)
Konstante	-2.80*** (0.30)	-2.90*** (0.32)	-2.94*** (0.33)	-3.17*** (0.36)	-3.13*** (0.36)
Beobachtungen	444	439	439	434	434
Pseudo R <sup>2</sup>	0,37	0,41	0,44	0,47	0,48

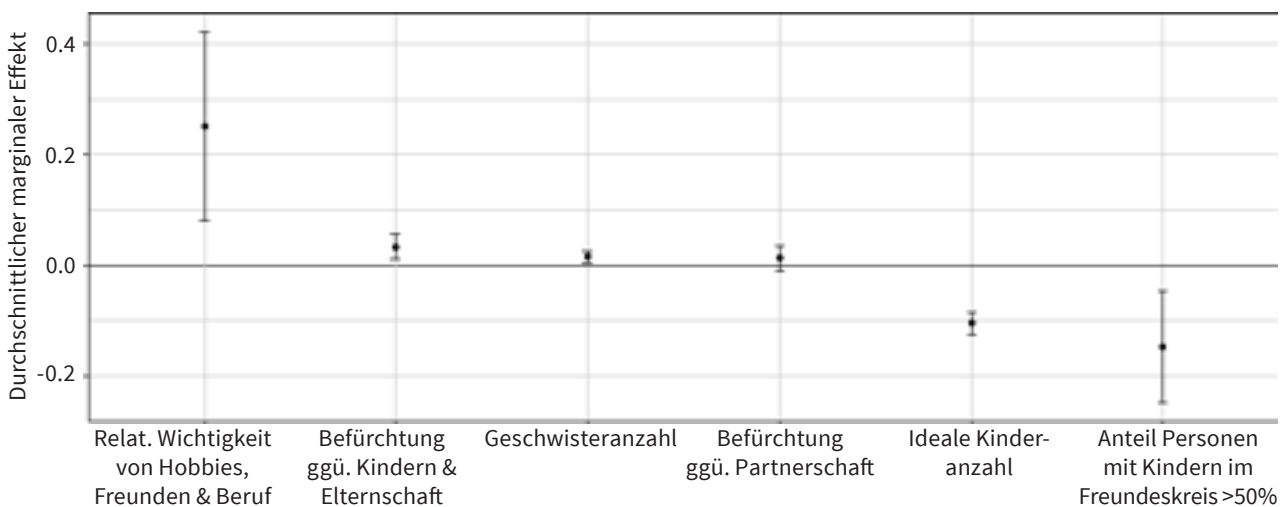
Anmerkungen: In dieser Tabelle sind Ergebnisse von verschiedenen Logit-Regressionen mit der Kinderlosigkeit als abhängige Variable dargestellt. Die Analyse enthält, neben den dargestellten, außerdem folgende Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Anzahl der Jahre in Ausbildung, Migrant\*in der ersten Generation, Migrant\*in der zweiten Generation. In allen Modellen zeigen diese Variablen keinen nennenswerten Zusammenhang mit der Kinderlosigkeit. Robuste Standardfehler sind in Klammern angegeben. Signifikanzniveaus: \*\*\* p<0,01, \*\* p<0,05, \* p<0,1.

Quelle: Daten des Beziehungs- und Familienpanels pairfam, Release 12.0 (Brüderl et al. 2021). Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

**Abb. 2**

**Marginale Effekte der Faktoren von Kinderlosigkeit**



Anmerkungen: Es sind die marginalen Effekte der Modellspezifikation aus Tabelle 2, Spalte (5) dargestellt. Schneidet eine vertikale Linie ausgehend vom Punktschätzer die horizontale Linie in der Abbildung, die einen Nulleffekt darstellt, so ist der Effekt statistisch nicht von Null verschieden.

Quelle: Daten des Beziehungs- und Familienpanels pairfam, Release 12.0 (Brüderl et al. 2021). Eigene Berechnungen.

© ifo Institut

dass folgende Faktoren (in absteigender Wichtigkeit) Kinderlosigkeit begünstigen: eine hohe relative Wichtigkeit von Hobbies, Freunden und Beruf, ein geringerer Anteil an Personen mit Kindern im Bekannten- und Freundeskreis, eine geringere ideale Kinderanzahl, Befürchtungen gegenüber Kindern und Elternschaft sowie eine größere Geschwisteranzahl. Letzterer Effekt ist jedoch sehr nahe Null.

Es kristallisieren sich demnach vorwiegend gesellschaftspolitische – anstatt finanziell beeinflussbare – Faktoren heraus, die Kinderlosigkeit in Ostdeutschland beeinflussen. Inwiefern sich diese Faktoren bspw. durch Vorbildwirkung beeinflussen lassen könnten, sollte Gegenstand von weiterführender Forschung sein. Fraglich ist zudem, ob und inwieweit die Coronapandemie die Kinderlosigkeit in Ostdeutschland kurz- oder langfristig beeinflusst hat. Auch dies sollte in zukünftigen Studien näher beleuchtet werden.

## QUELLEN

Albertini, M. und E. Brini (2021), „I've Changed My Mind. The Intentions to Be Childless, Their Stability and Realization“, *European Societies*, 23 (1), S. 119-160, Download unter <https://doi.org/10.1080/14616696.2020.1764997>.

Berrington, A. (2017), „Childlessness in the UK“, in: Kreyenfeld, M. und D. Konietzka (Hrsg.), *Childlessness in Europe: Contexts, Causes, and Consequences*, Demographic Research Monographs, Springer, Cham, S. 57-76, Download unter [https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7\\_3](https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7_3).

Brüderl, J., Drobníč, S., Hank, K., Neyer, F. J., Walper, S., Alt, P., Borschel, E., Bozoyan, C., Garrett, M., Geissler, S., Gonzalez Avilés, T., Gröpler, N., Hajek, K., Herzig, M., Huyer-May, B., Lenke, R., Lorenz, R., Lutz, K., Minkus, L., Peter, T., Phan, T., Preetz, R., Reim, J., Sawatzki, B., Schmiedeberg, C., Schütze, P., Schumann, N., Thönissen, C., Timmermann, K. und M. Wetzel (2021), *The German Family Panel (pairfam)*, GESIS Data Archive, Köln, ZA5678 Data file Version 12.0.0, Download unter <https://doi.org/10.4232/pairfam.5678.12.0.0>.

Buhr, P. und J. Huinink (2017), „Why Childless Men and Women Give Up on Having Children“, *European Journal of Population*, 33, S. 585-606, Download unter <https://doi.org/10.1007/s10680-017-9429-1>.

Bujard, M. und G. Andersson (2022), *Fertility Declines Near the End of the COVID-19 Pandemic: Evidence of the 2022 Birth Declines in Germany and Sweden*. BiB Working Paper 6/2022.

Bujard, M. und S. Diabaté (2016), „Wie stark nehmen Kinderlosigkeit und späte Geburten zu?“, *Gynäkologie*, 49 (5), S. 393-404, Download unter <https://doi.org/10.1007/s00129-016-3875-4>.

Burkimscher, M. und K. Zeman (2017), „Childlessness in Switzerland and Austria“, in: Kreyenfeld, M. und D. Konietzka (Hrsg.), *Childlessness in Europe: Contexts, Causes, and Consequences*, Demographic Research Monographs, Springer, Cham, S. 115-137, Download unter [https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7\\_6](https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7_6).

Huber, S., Bookstein, F. L. und M. Fieder (2010), „Socioeconomic Status, Education, and Reproduction in Modern Women: An Evolutionary Perspective“, *American Journal of Human Biology*, 22 (5), S. 578-587, Download unter <https://doi.org/10.1002/ajhb.21048>.

Hudde, A. (2018), „Societal Agreement on Gender Role Attitudes and Childlessness in 38 Countries“, *European Journal of Population*, 34, S. 745-767, Download unter <https://doi.org/10.1007/s10680-017-9459-8>.

Huinink, J., Brüderl, J., Nauck, B., Walper, S., Castiglioni, L. und M. Feldhaus (2011), „Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (pairfam): Conceptual Framework and Design“, *Zeitschrift für Familienforschung – Journal of Family Research*, 23 (1), S. 77-101, Download unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-376463>.

Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) (2013), *Familienbilder in Deutschland und Frankreich. Vergleich der Ergebnisse von Repräsentativbefragungen der Bevölkerung im Alter von 16 bis 49 Jahren in beiden Ländern*, Abschlussbericht, Allensbach, Download unter [https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/studien/6127\\_Familienbilder\\_D\\_F\\_Bericht.pdf](https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/studien/6127_Familienbilder_D_F_Bericht.pdf).

Jalovaara, M., Neyer, G., Andersson, G., Dahlberg, J., Dommermuth, L., Fallesen, P. und T. Lappegard (2018), „Education, Gender, and Cohort Fertility in the Nordic Countries“, *European Journal of Population* (2019), 35, S. 563-586, Download unter <https://doi.org/10.1007/s10680-018-9492-2>.

Köppen, K., Mazuy, M. und L. Toulemon (2017), „Childlessness in France“, in: Kreyenfeld, M. und D. Konietzka (Hrsg.), *Childlessness in Europe: Contexts, Causes, and Consequences*, Demographic Research Monographs, Springer, Cham, S. 77-95, Download unter [https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7\\_4](https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7_4).

Krätschmer-Hahn, R. (2012), *Kinderlosigkeit in Deutschland – Zum Verhältnis von Fertilität und Sozialstruktur*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, Download unter <https://doi.org/10.1007/978-3-531-94273-5>.

Kreyenfeld, M. und D. Konietzka (2017), „Childlessness in East and West Germany: Long-Term Trends and Social Disparities“, in: Kreyenfeld, M. und D. Konietzka (Hrsg.), *Childlessness in Europe: Contexts, Causes, and Consequences*, Demographic Research Monographs, Springer, Cham, S. 97-114, Download unter [https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7\\_5](https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7_5).

Mynarska, M. und J. Rytel (2019), „Fertility Desires of Childless Poles: Which Childbearing Motives Matter for Men and Women“, *Journal of Family Issues*, 41 (1), S. 7-32, Download unter <https://doi.org/10.1177/0192513X19868257>.

Neyer, G., Hoem, J. M. und G. Andersson (2017), „Education and Childlessness: The Influence of Educational Field and Educational Level on Childlessness among Swedish and Austrian Women“, in: Kreyenfeld, M. und D. Konietzka (Hrsg.), *Childlessness in Europe: Contexts, Causes, and Consequences*, Demographic Research Monographs, Springer, Cham, S. 183-207, Download unter [https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7\\_9](https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7_9).

OECD (Hrsg.) (2022), *OECD Family Database – Structures of Families 2.1: Fertility Rates*, Download unter [https://www.oecd.org/els/family/SF\\_2\\_1\\_Fertility\\_rates.pdf](https://www.oecd.org/els/family/SF_2_1_Fertility_rates.pdf); abgerufen am 14. September 2022.

Peri-Rotem, N. (2016), „Religion and Fertility in Western Europe: Trends Across Cohorts in Britain, France and the Netherlands“, *European Journal of Population*, 32 (2), S. 231-365, Download unter <https://doi.org/10.1007/S10680-015-9371-Z>.

Rotkirch, A. und A. Miettinen (2017), „Childlessness in Finland“, in: Kreyenfeld, M. und D. Konietzka (Hrsg.), *Childlessness in Europe: Contexts, Causes, and Consequences*, Demographic Research Monographs, Springer, Cham, S. 139-158, Download unter [https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7\\_7](https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7_7).

Rupp, M. (2005), „Kinderlosigkeit in stabilen Ehen“, *Zeitschrift für Familienforschung*, 17 (1), S. 22-40, Download unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-324048>.

Sobotka, T. (2017), „Childlessness in Europe: Reconstructing Long-Term Trends Among Women Born in 1900-1972“, in: Kreyenfeld, M. und D. Konietzka (Hrsg.), *Childlessness in Europe: Contexts, Causes, and Consequences*, Demographic Research Monographs, Springer, Cham, S. 17-53, Download unter [https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7\\_2](https://doi.org/10.1007/978-3-319-44667-7_2).

Sobotka, T., Jasilioniene, A., Alustiza Galarza, A., Zeman, K., Németh, L. und D. A. Jdanov (2021), *Baby Bust in the Wake of the COVID-19 Pandemic? First Results from the New STFF Data Series*, SocArXiv papers, Download unter <https://doi.org/10.31235/osf.io/mvvy62>.

Stadt Leipzig (Hrsg.) (2021), *Kommunale Bürgerumfrage 2021*, Download unter <https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/buergerbeteiligung-und-einflussnahme/buergerumfrage>, abgerufen am 14. Oktober 2022.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2019), *Daten zu Kinderlosigkeit, Geburten und Familien – Ergebnisse des Mikrozensus 2018*, Download unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Publikationen/Downloads-Haushalte-geburtentrends-tabellenband-5122203189014.html>, abgerufen am 5. Oktober 2022.

Wirth, H. (2014), „Kinderlosigkeit von hoch qualifizierten Frauen und Männern im Paarkontext – eine Folge von Bildungshomogamie?“, in: Konietzka, D. und M. Kreyenfeld (Hrsg.), *Ein Leben ohne Kinder*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 167-199, Download unter [https://doi.org/10.1007/978-3-531-90323-1\\_6](https://doi.org/10.1007/978-3-531-90323-1_6).

- 1 Danksagung: Diese Arbeit nutzt Daten des Beziehungs- und Familienpanels pairfam, welches von Josef Brüderl, Sonja Drobníč, Karsten Hank, Johannes Huinink, Bernhard Nauck, Franz J. Neyer und Sabine Walper geleitet wurde. Die Studie wurde von 2004 bis 2022 als Schwerpunktprogramm bzw. Langfristvorhaben durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert.
- 2 In Einzelfällen werden auch nach diesen Altersgrenzen noch Kinder geboren. Dies ist jedoch auch gegenwärtig relativ unüblich, zumindest in Hinblick auf die Geburt des ersten Kindes. Zudem würde sich unsere Datensatzgröße zu stark reduzieren, wenn wir die untere Altersgrenze noch höher ansetzen würden.
- 3 Wir verzichten bewusst auf die Dimension „Kinder und Partnerschaft“, da dies bereits zu einer Verzerrung der Ergebnisse zwischen Personen mit und ohne Kinder führen würde.

Grega Ferenc\*

# Schwarzarbeit in Ost-, Westdeutschland und Slowenien – Ein Vergleich

Mithilfe von Umfragedaten aus den Eurobarometern 2014 und 2019 der Europäischen Kommission wird untersucht, welche Faktoren die Wahrscheinlichkeit beeinflussen, dass ein Mensch unangemeldet arbeitet. Studien auf dem gesamteuropäischen Niveau auf der Angebotsseite zeigten, dass diese Wahrscheinlichkeit sinkt, wenn die Bürger\*innen die Strafen sowie die Wahrscheinlichkeit, dass sie ertappt werden, als höher einschätzen. In diesem Beitrag werden jedoch zwei Regionen und ein Land miteinander verglichen, die jeweils einen anderen historischen Hintergrund haben. Die Ergebnisse zeigen, dass ein höheres Entdeckungsrisiko in Westdeutschland Personen signifikant von Schwarzarbeit abhält, in Slowenien und Ostdeutschland hingegen ist dieser Einfluss insignifikant. Die Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in die Mitbürger\*innen sind jedoch in allen Regionen statistisch signifikant. Ferner wird klar, dass die solidaritätsgetriebene Schwarzarbeit eine wichtige Rolle unter Freunden, Verwandten und Nachbarn spielt, da genau sie die primären Konsument\*innen solcher Dienstleistungen sind.

## MOTIVATION

Schwarzarbeit ist Teil des wirtschaftlichen Lebens. Laut der Definition der Europäischen Union umfasst Schwarzarbeit alle bezahlten Tätigkeiten, die per se legal sind, allerdings nicht bei den zuständigen Behörden, etwa beim Finanzamt, angemeldet sind (Europäische Kommission 2020). Dabei kann die Bezahlung monetär oder auf *quid-pro-quo*-Basis erfolgen. Somit werden kriminelle Aktivitäten wie Drogenhandel nicht berücksichtigt, obwohl diese unter eine breitere Definition von Schwarzarbeit fallen würden. Laut den Berechnungen der Europäischen Kommission (2014) kaufte etwa jede/r zehnte Europäer\*in (11%) Güter und Dienstleistungen, die unangemeldet waren. Der Anteil blieb auch 2019 (Europäische Kommission 2020) so gut wie unverändert bei 10%. Auf der Angebotsseite stellten die Befragungen der Europäischen Kommission fest, dass 2013 etwa 5% der Befragten unangemeldete Güter und Dienstleistungen anboten, während es 2019 rund 4% waren. Sobald Schwarzarbeit von anderen Firmen eingesetzt wird, stehen Unternehmen unfairem Wettbewerb gegenüber. Gleichzeitig haben die Beschäftigten solcher Unternehmen keinen Anspruch auf Mindestarbeitsbedingungen und -löhne. Für den Staat bedeutet Schwarzarbeit auch weniger Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben, was wiederum zur verringerten Bereitstellung von öffentlichen Gütern führen kann (Bundesfinanzministerium 2022). Dennoch wird eine einfache Bezeichnung als Steuerhinterziehung dem Phänomen und seinen treibenden Faktoren nicht gerecht, da nicht jede Art von Schwarzarbeit – man denke beispielsweise an die verschiedenen Formen der Nachbarschaftshilfe – darauf gerichtet ist, staatliche Abgaben zu vermeiden.

Warum sich Menschen für das Angebot an Schwarzarbeit entscheiden, hat mehrere Gründe. Grob kann man diese in drei Kategorien einordnen, und zwar *poverty-escape*, *moonlighting* und *solidarity-based* (Pfau-Effinger 2009). Die erste Kategorie umfasst Menschen, die Schwarzarbeit anbieten, weil sie auf diese Weise der Armut entkommen wollen (daher: *poverty-*

*escape*). Diese Bürger\*innen kommen oft aus einem schwachen sozioökonomischen Umfeld, sind häufig weniger gebildet und haben aus diesen Gründen oft keinen Zugang zum formellen Arbeitsmarkt. Außerdem haben sie oft keine anderen Einkommensquellen zur Verfügung. *Moonlighting* (aus dem Englischen: Mehrfachbeschäftigung/Schwarzarbeit) beschreibt Schwarzarbeit, die als zweiter Job bzw. zweite Einkommensquelle dient. Oft wird sie von ausgebildeten Menschen (z. B. Handwerkern) durchgeführt, die neben ihrer formellen Beschäftigung in ihrer Freizeit noch zusätzlich Geld verdienen wollen, um zusätzlichen Konsum finanzieren zu können, wie etwa Urlaubsreisen oder ein neues Auto. Diese Art von Schwarzarbeit wird häufiger von Männern durchgeführt (Pfau-Effinger 2009; Renooy et al. 2004). Die *solidarity-based*-Kategorie umfasst Schwarzarbeit, welche aus Solidarität zwischen Freunden, Bekannten oder Verwandten durchgeführt wird. Dabei ist finanzieller Gewinn von zweitrangiger Bedeutung, da mehr Wert auf die Beziehungen gelegt wird. Daher ähnelt diese Art von Schwarzarbeit der unbezahlten Hilfe. Umfragedaten aus England zeigen, dass nur 30% der erfolgten Schwarzarbeit zwischen Haushalten und Arbeiter\*innen bzw. Unternehmen durchgeführt wird, die sich vorher nicht kannten. In 47% der Fälle wird der Einsatz von unangemeldeten Arbeiter\*innen mit dem Ausbau von nachbarschaftlichen Beziehungen begründet (Williams und Windebank 2005). Was die solidaritätsgetriebene Schwarzarbeit von den anderen Kategorien klar abgrenzt, ist dass sie in der Öffentlichkeit nicht unbedingt als solche wahrgenommen wird. Daher ist anzunehmen, dass diese Art von Schwarzarbeit sogar noch weiter verbreitet ist als die Messungen zeigen. Ferner ist davon auszugehen, dass solche Aktivitäten eher in ländlichen Gebieten sowie kleineren Ländern eine größere Rolle spielen, da dort persönliche Beziehungen im Vergleich zu Großstädten tendenziell eine größere Rolle spielen (Pfau-Effinger 2009).

\* Grega Ferenc ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.



Bisherige Studien zu Schwarzarbeit in der Europäischen Union und weiteren Ländern ergaben, dass sich Menschen eher risikoavers verhalten, d. h. dass sie von riskanten Aktivitäten wegschauen, wenn diese hinreichend stark sanktioniert werden (Williams und Öz-Yalaman 2021; Kluge und Libman 2017; Williams und Francic 2015; Renooy et al. 2004). Die Abschreckung durch Bußgelder und sonstige Strafmaßnahmen wurde ursprünglich von Becker (1968) entwickelt und später von Allingham und Sandmo (1972) auf Steuerhinterziehung übertragen. Laut deren Annahmen werden rational handelnde Menschen eine Tätigkeit immer meiden, wenn die potenziellen Kosten höher sind als die Vorteile. Somit könnte man theoretisch Schwarzarbeit komplett eliminieren, solange die Strafen und die Wahrscheinlichkeit, bei solchen Aktivitäten erwischt zu werden, ausreichend hoch sind. Allerdings werden immer wieder Stimmen laut, welche diese Herangehensweise kritisch hinterfragen und sich eher für holistische Maßnahmen aussprechen. Das bedeutet nicht, dass man Strafen vollkommen abschaffen sollte, sondern vielmehr, dass neben Abschreckungsmechanismen komplementäre Programme eingeführt werden sollten, welche in erster Linie das Vertrauen der Bürger\*innen in staatliche Institutionen stärken sollten. Einige Beispiele dafür wären die vereinfachte Bürokratie beim Anmelden von neuen Arbeitnehmer\*innen, Amnestieprogramme für bereits unangemeldet Arbeitende, Lotterien oder Bildungsprogramme zur Erhöhung der Steuermoral (Williams und Francic 2015; Alm und Torgler 2011). So ergaben einzelne Studien, dass professionelle und faire Interaktionen mit dem Finanzamt und Transparenz wichtige Einflussfaktoren sind, welche den Umfang von Schwarzarbeit reduzieren können. Ferner wurde gezeigt, dass zu hohe Sanktionen sogar einen umgekehrten Effekt haben können, da die Bürger\*innen das Vertrauen in staatliche Institutionen verlieren und als Zeichen des Protests zu Schwarzarbeit greifen (Farrar et al. 2017; Hartl et al. 2015; Mohdali et al. 2014).

## DATEN UND METHODIK

Ziel dieser Untersuchung ist es, die Treiber der Schwarzarbeit zu identifizieren und deren Effekt zu beschreiben. Für die Analyse wurden Daten der Eurobarometer-Befragungen der Europäischen Kommission aus den Jahren 2013 und 2019 herangezogen. Die Umfragen wurden in allen Mitgliedsstaaten der EU durchgeführt und sind sowohl national als auch auf der EU-Ebene repräsentativ (Europäische Kommission 2020 und 2014). Für Deutschland wurden dabei zwei Stichproben (für Ost- und Westdeutschland) erstellt. Die Stichproben beruhen auf einer mehrstufigen zufallsgesteuerten Auswahl und berücksichtigen dabei die Bevölkerungsdichte und die Bevölkerungsgröße. Die Erhebungen wurden alle durch persönliche Befragungen durchgeführt und erfolgten in der jeweiligen Nationalsprache. Die Analyse beschränkt sich auf die Angebotsseite der Schwarzarbeit. Da dieses Thema sensibel ist, kann man von einer höheren Dunkelziffer ausgehen, was auch die Europäische Kommission bestätigt (Europäische Kommission 2020 und 2014).

Die Auswahl der Länder bzw. Regionen erfolgt basierend auf deren unterschiedlicher historischer Entwicklung. Während Westdeutschland eine westlich orientierte Marktwirtschaft besaß, war Ostdeutschland ein Satellitenstaat der Sowjetunion

und hatte somit eine Zentralverwaltungswirtschaft (Encyclopedia Britannica 2022a). Slowenien hingegen war bis 1991 Teil der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, dem Gründerstaat der Bewegung der Blockfreien Staaten, und hatte eine sozialistische Marktwirtschaft (Encyclopedia Britannica 2022b). Aus diesem Grund ist die Analyse der Faktoren hinter Schwarzarbeit aus diesen Gebieten von besonderer Bedeutung.

In der Umfrage wurden Bürger\*innen gefragt, ob sie in den vergangenen 12 Monaten Schwarzarbeit angeboten haben. Da die Frage nur mit ja bzw. nein zu beantworten ist, kann eine Probit-Regression für die Datenauswertung angewandt werden. Daraus lassen sich die durchschnittlichen marginalen Effekte berechnen, welche als prozentuale Änderungen in der Wahrscheinlichkeit interpretiert werden können, dass ein Individuum schwarzarbeitet. Von besonderem Interesse sind die Auswirkungen von selbst eingeschätzten Strafen (Bußgelder oder Gefängnisstrafen) auf die Wahrscheinlichkeit von Schwarzarbeit, sowie die individuelle Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, dass man bei Schwarzarbeit tatsächlich erlappt wird. Die Erwartung ist, dass sowohl erhöhte Sanktionen als auch ein erhöhtes Entdeckungsrisiko zu einem Rückgang der Wahrscheinlichkeit führen, dass ein Individuum unangemeldet arbeitet (Williams und Öz-Yalaman 2021; Kluge und Libman 2017; Williams und Francic 2015). Das Gleiche gilt für den Einfluss der Steuermoral; ist diese weniger stark ausgeprägt, sollten Menschen eher dazu tendieren, unangemeldet zu arbeiten. Des Weiteren muss das horizontale Vertrauen in die Mitbürger\*innen berücksichtigt werden. Im Gegensatz zur Steuermoral, welche das vertikale Vertrauen zwischen der Bevölkerung und den staatlichen Institutionen approximiert, bezieht sich das horizontale Vertrauen auf die zwischenmenschlichen Beziehungen (Williams und Öz-Yalaman 2021; Farrar et al. 2017; Hartl et al. 2015; Mohdali et al. 2014; Alm und Torgler 2011; Kirchgässner 2011). Um dies zu approximieren, wurde gefragt, ob man jemanden persönlich kennt, der schwarzarbeitet. Eine Person sollte demnach eher dazu tendieren, schwarzzuarbeiten, wenn andere Personen aus dem direkten Umfeld dies tun. Zusätzlich wurden in das Modell sozioökonomische und eine geografische Variable integriert.

In der Umfrage aus 2013 gaben etwa 2% der westdeutschen Bürger\*innen an, sie hätten in den vergangenen 12 Monaten unangemeldete Arbeit geleistet, in Ostdeutschland lag dieser Anteil bei 4,5%. Slowenien verzeichnete mit 6,5% den höchsten Anteil. Bis 2019 stieg der Anteil der Schwarzarbeitenden im Westen leicht auf 2,5%, während er im Osten stark auf 2,6% zurückging. In Slowenien verzeichnete man einen Rückgang von 6,5% auf 4%.

## IM OSTEN DOMINIERT GASTRONOMIE, IM WESTEN HANDWERK UND GARTENPFLEGE

Abbildungen 1 und 2 zeigen die Häufigkeitsverteilung der Schwarzarbeit nach Berufsgruppen für die beiden Eurobarometer-Umfragen. Die Personen, die in den vergangenen 12 Monaten Schwarzarbeit leisteten, gaben an, in welchen Branchen sie unangemeldete Leistungen erbrachten. Dabei ist zu beachten, dass sich die Angaben zu mehr als 100% addieren, da mehrfache Antworten erlaubt waren.

Ein Blick auf die Verteilung der Schwarzarbeit nach Berufsgruppen illustriert bereits die ersten Unterschiede zwischen den Regionen (vgl. Abb. 1). Während 2013 in der ehemaligen DDR Schwarzarbeit vor allem in der Gastronomie (29% aller befragten Schwarzarbeiter\*innen) und beim Babysitting (17%) verbreitet war, waren in Westdeutschland die meistgenannten Kategorien Handwerk (15%), Gartenpflege (15%) und administrative Tätigkeiten (ebenfalls 15%). In Slowenien dominierte neben dem Verkauf von anderen Gütern (27% aller befragten Schwarzarbeiter\*innen) auch das Handwerk (18%).

2019 zeigt sich jedoch ein leicht verändertes Bild (vgl. Abb. 2). In Ostdeutschland verzeichnete die Eurobarometer-Umfrage mit 21% den Verkauf von anderen Gütern als die meistgenannte Kategorie. Wie auch sechs Jahre zuvor, wurde Schwarzarbeit häufig im Handwerk sowie in Gartenpflege und

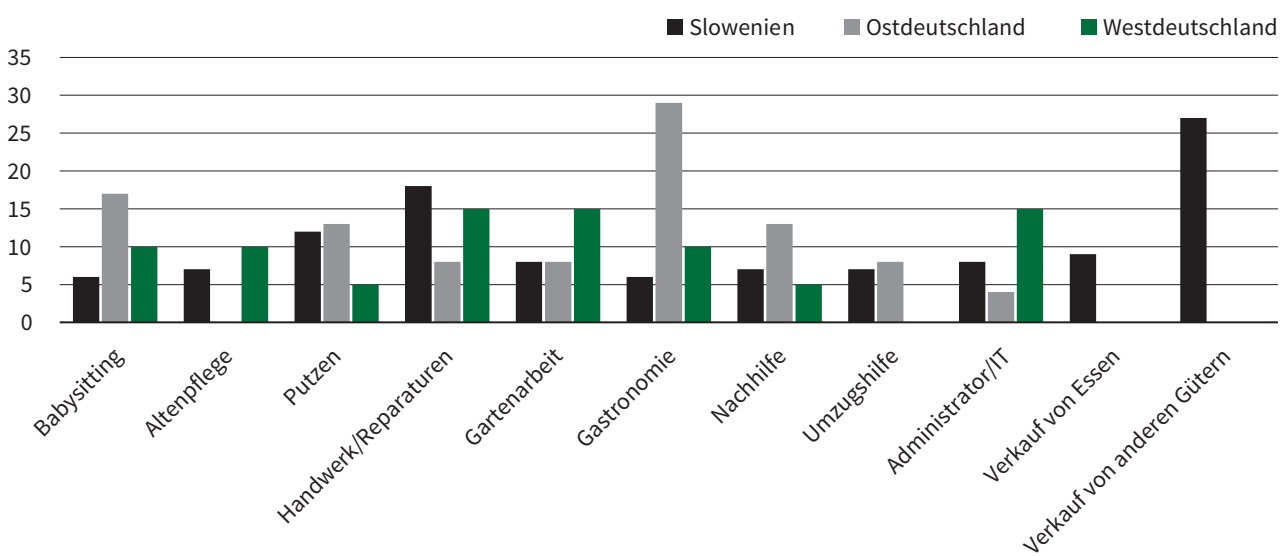
Nachhilfe registriert. In Slowenien wurde eine deutliche Reduktion beim Verkauf von anderen Gütern (von 27% im Jahr 2013 zu 0% in 2019) gemessen. Einen äußerst starken Anstieg verzeichnete man jedoch im Handwerk (von 18% im Jahr 2013 auf 33%) und bei der Umzugshilfe (von 7% auf 17%). In Westdeutschland wurden Handwerk (24%), Gartenpflege (20%) und Nachhilfe (20%) als die am häufigsten genannten Aktivitäten bei Schwarzarbeit genannt.

### FAMILIE UND FREUNDE AN ERSTER STELLE: EIN ZEICHEN DER SOLIDARITÄTSGETRIEBENEN SCHWARZARBEIT?

Die Häufigkeitsverteilungen der Schwarzarbeit nach Tätigkeiten sagen allerdings nichts über die Konsument\*innen sol-

**Abb. 1**

Häufigkeitsverteilung der Schwarzarbeit nach Tätigkeit (2013, in %)

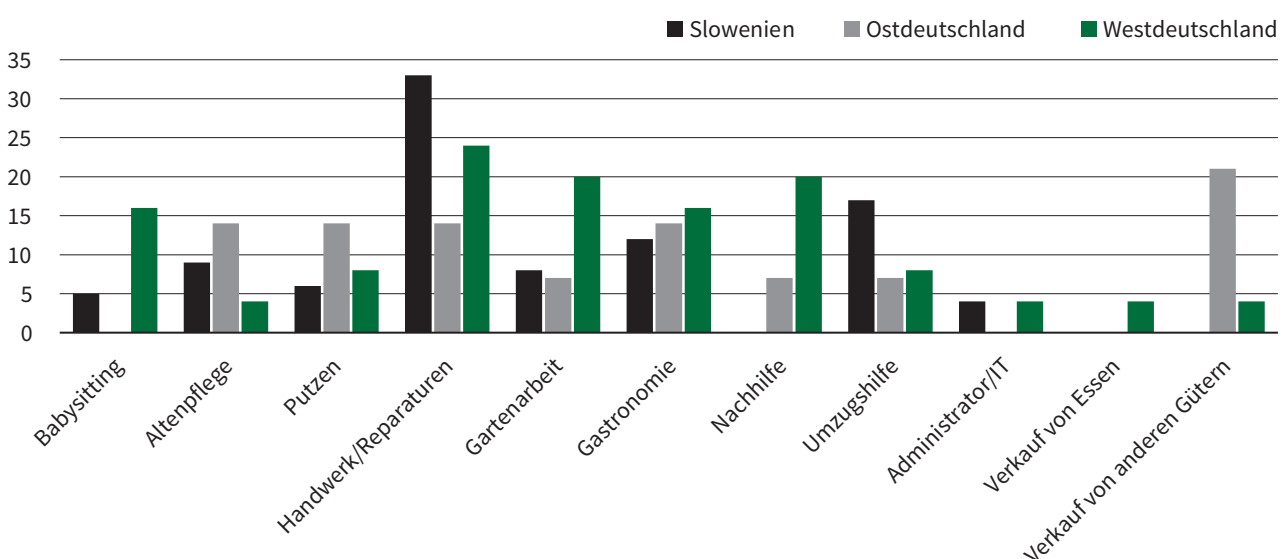


Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

**Abb. 2**

Häufigkeitsverteilung der Schwarzarbeit nach Tätigkeit (2019, in %)



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

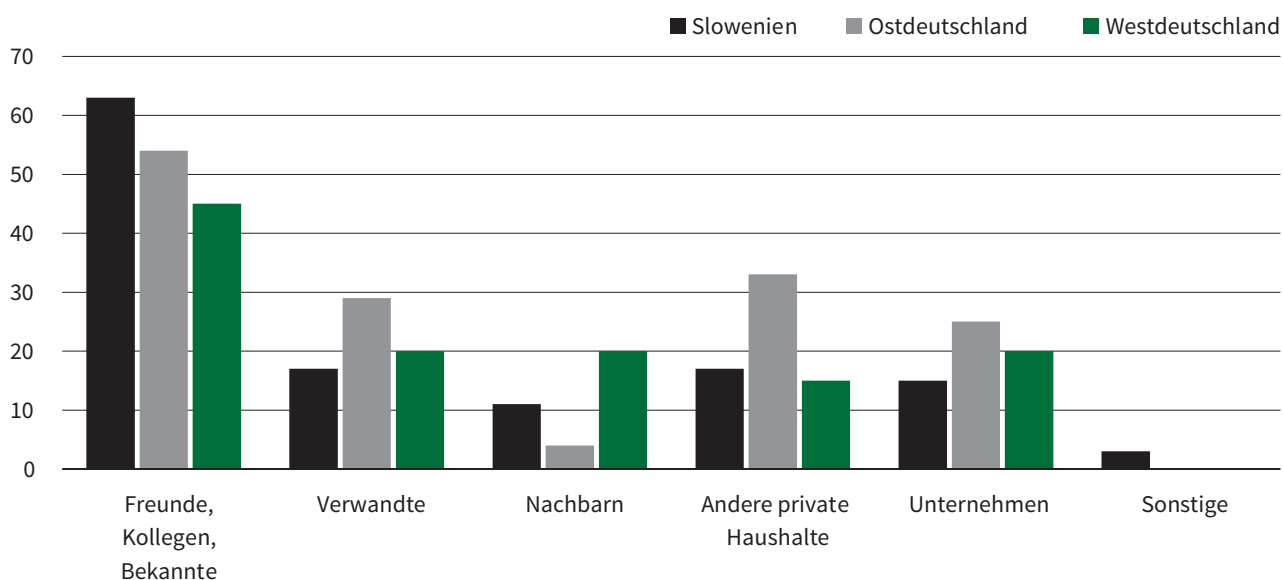
© ifo Institut

cher Dienstleistungen bzw. Güter. Um diese Lücke zu schließen, wurden Schwarzarbeiter\*innen gefragt, für wen sie unangemeldete Arbeit leisteten. Dies könnte auch als ein Indikator für die dominierende Art der Schwarzarbeit interpretiert werden. Die Ergebnisse sind in Abbildung 3 für 2013 und Abbildung 4 für 2019 zu sehen. Wie bereits in Abbildung 1 und 2, wurden hier die Antworten derjenigen berücksichtigt, die angegeben hatten, schwarzgearbeitet zu haben. Die Prozentangaben addieren sich auch hier auf mehr als 100%, da mehrfache Antworten erlaubt waren.

Abbildung 3 und 4 zeigen deutlich, dass die meisten Anbieter\*innen der Schwarzarbeit ihre Dienste für Freunde, Familie oder Nachbarn durchgeführt hatten. Dies gilt für alle

Regionen unabhängig vom Jahr der Befragung und dürfte darauf hindeuten, dass die solidaritätsgetriebene Schwarzarbeit am bedeutendsten ist. Was etwas überraschen mag, war der vergleichsweise hohe Anteil der durchgeführten Schwarzarbeit für Unternehmen in Ostdeutschland (25% im Jahr 2013 und 29% in 2019). Das könnte unter anderem am hohen Anteil der Schwarzarbeit in der Gastronomie liegen, da dort per se Unternehmen tätig sind. Ferner deutet die Häufigkeitsverteilung darauf hin, dass sich solche Schwarzarbeit im kleineren räumlichen Umfeld manifestiert. Die Ergebnisse stehen im Einklang mit den Beobachtungen aus anderen EU-Ländern sowie aus der EU insgesamt. Auch in anderen Ländern wurden Freund\*innen, Kolleg\*innen und Bekannte am häufigsten als

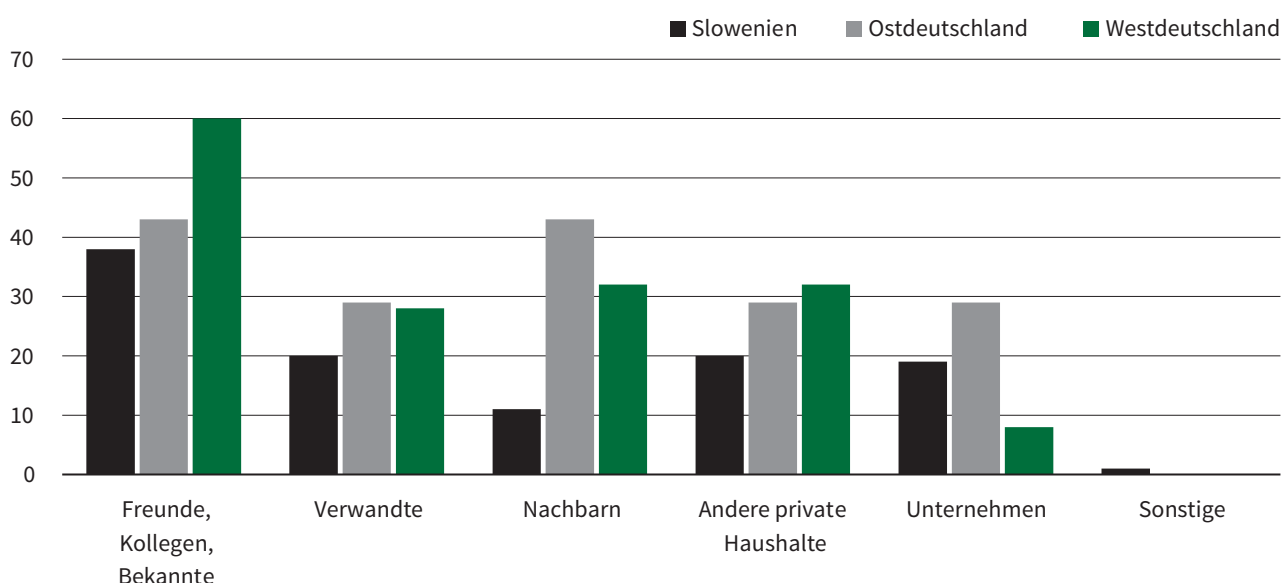
**Abb. 3**  
Schwarzarbeit durchgeführt für [...] (2013, in %)



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

**Abb. 4**  
Schwarzarbeit durchgeführt für [...] (2019, in %)



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut



Zielpersonen für Schwarzarbeit identifiziert (Europäische Kommission 2020).

Bei den Gründen für die Durchführung von Schwarzarbeit bestehen zwischen den Regionen spezifische Unterschiede. Die meisten Befragten in allen Regionen gaben an, dass bei unangemeldeter Arbeit ihrer Ansicht nach beide Parteien profitieren (vgl. Abb. 5), was auch in vielen anderen Ländern der Europäischen Union der Fall war. In der 2019er Umfrage nannten die Ostdeutschen unter anderem niedrige Sozialleistungen (29%) sowie zu hohe Steuern und Abgaben (29%) als entscheidende Faktoren für Schwarzarbeit. Somit lagen diese Ausprägungen weit über den EU-weiten Häufigkeiten von 7% für niedrige Sozialleistungen und 15% bei zu hohen Steuern (Europäische Kommission 2020). Im Westen hingegen beklagten viele Arbeitende zu hohe bürokratische Hürden bei geringfügiger Beschäftigung. Ein bedeutender Unterschied zu Ost- und Westdeutschland wird in Slowenien sichtbar: die Slowen\*innen schienen im Schnitt eine geringere Steuermoral im Vergleich zu Deutschen zu haben, da 2019 rund 21% der Befragten meinten, dass man keine Steuern zahlen sollte, wenn der Staat sich um die Bürger\*innen nicht (hinreichend) kümmert. Im Osten waren es hingegen nur 14% und in Westdeutschland 4%. EU-weit gaben diesen Grund nur 11% der Befragten an. Die höchsten Häufigkeiten in dieser Kategorie wurden in Zypern (53%), Rumänien (48%) und Griechenland (33%) verzeichnet (Europäische Kommission 2020).

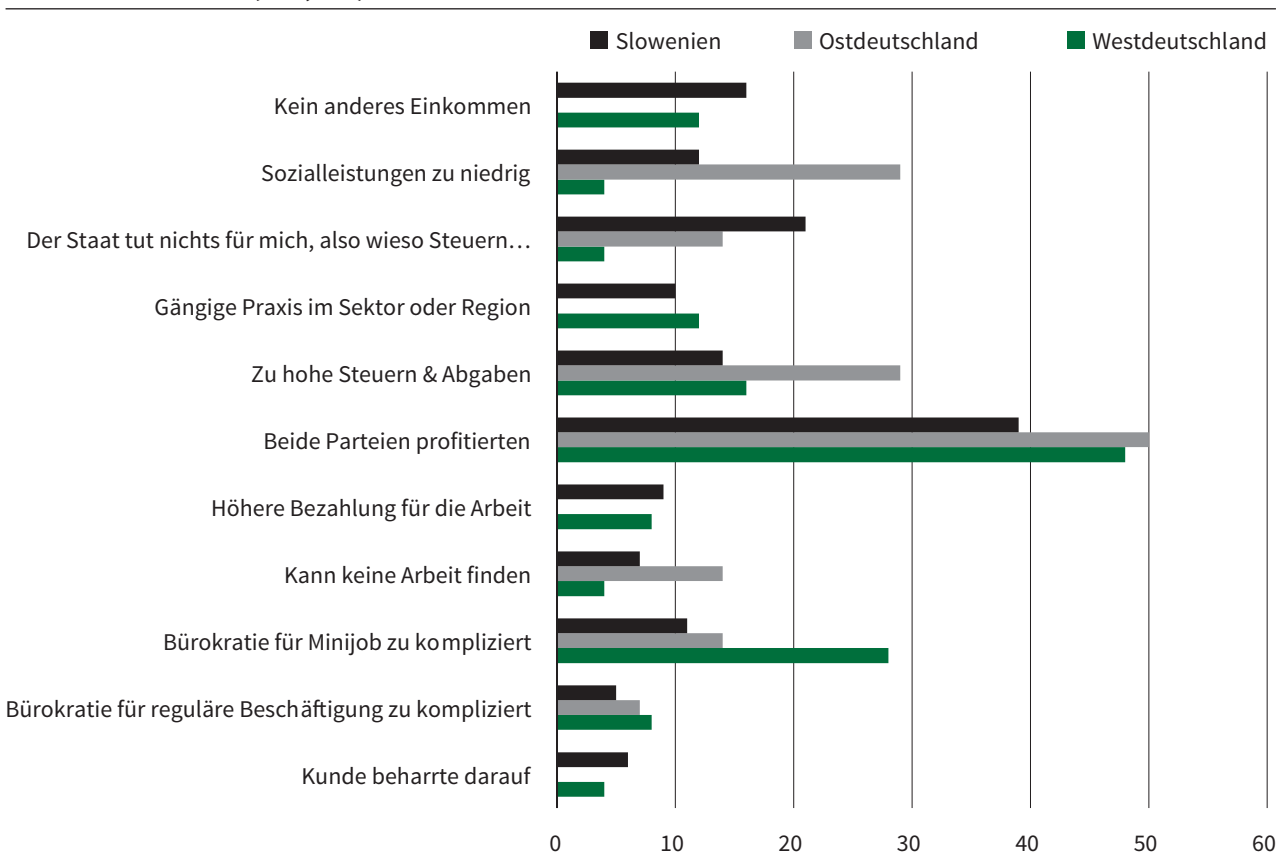
Die Annahme der niedrigen Steuermoral der Slowen\*innen wird zusätzlich durch den berechneten Steuermoralindex un-

termauert. Die Befragten wurden gebeten, fünf Szenarien zu Schwarzarbeit aufgrund ihrer Akzeptanz auf einer Skala von 1 (vollkommen inakzeptabel) bis 10 (vollkommen akzeptabel) zu bewerten (Europäische Kommission 2020). Anschließend wurden die Bewertungen addiert und wieder auf eine 1-10-Skala normiert, um die Vergleichbarkeit zu erleichtern. Ein höherer Wert entspricht also einer geringeren Steuermoral. Slowenien hatte 2019 den höchsten Mittelwert von den drei Regionen mit 2,41 erreicht. Gefolgt wurde es von Ostdeutschland mit 2,05 und Westdeutschland mit 2,03.

**MARGINALE EFFEKTE: SIND OSTDEUTSCHE RISIKOFREUDIGER?**

Tabelle 1 beinhaltet die berechneten durchschnittlichen marginalen Effekte für die drei Regionen basierend auf den Ergebnissen der 2019er Umfrage. Im Gegensatz zu den Koeffizienten der Probit-Regression ermöglichen die marginalen Effekte eine durchaus intuitive Interpretation. So kann der Koeffizient bei kategorialen bzw. Dummy-Variablen als eine prozentuale Änderung der Wahrscheinlichkeit beim Wechsel der Kategorie ausgelegt werden. Bei numerischen Variablen hingegen entspricht der Koeffizient einer prozentualen Änderung bei marginalen Änderungen in den Variablenwerten (Spermann 2009). Ganz praktisch bedeutet das, dass eine höhere wahrgenommene Strafe für Schwarzarbeit mit einer niedrigeren Wahrscheinlichkeit einhergeht, dass ein Individuum schwarzarbeitet. In Westdeutschland würde die Reduktion 2,2% betragen.

**Abb. 5**  
Gründe für Schwarzarbeit (2019, in %)



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Auch in Slowenien scheinen die Sanktionen negativ mit der Wahrscheinlichkeit, schwarzzuarbeiten, zusammenzuhängen (-2,7%); in beiden Fällen sind die Koeffizienten aber nicht signifikant von Null verschieden. Geringe statistische Signifikanzen könnten auch mit den kleinen Anteilen an Schwarzarbeitenden im Datensatz verbunden sein. Beim selbst eingeschätzten Entdeckungsrisiko befinden sich die Koeffizienten ebenfalls im negativen Bereich. Dabei ist das als hoch eingestufte Risiko

aber nur im Westen Deutschlands statistisch signifikant. Etwas anders ist es hingegen in Ostdeutschland: Hier weisen die entsprechenden Koeffizienten jeweils ein positives Vorzeichen auf, was man auf den ersten Blick als Risikofreude interpretieren könnte. Allerdings sind die Werte auch hier nicht signifikant größer als null, so dass diese Schlussfolgerung statistisch nicht zulässig ist.

**Tab. 1**  
**Durchschnittliche marginale Effekte je Region (Umfrage aus 2019)**

Abhängige Variable: Angebot von Schwarzarbeit	Westdeutschland	Ostdeutschland	Slowenien
<i>Wahrgenommene Strafe (niedrig)</i>			
Hohe Strafe	-0,0219 (-1,32)	0,00277 (0,15)	-0,0271 (-1,28)
<i>Wahrgenommenes Entdeckungsrisiko (niedrig)</i>			
Hohes Risiko	-0,0181* (-1,79)	0,00461 (0,32)	-0,0161 (-0,84)
<i>Horizontales Vertrauen in Mitbürger*innen (hoch)</i>			
Niedrig	0,0317*** (2,98)	0,0544*** (3,15)	0,0358* (1,75)
Steuermoralindex	0,00713*** (2,72)	0,00256 (1,09)	0,00555 (1,03)
Lebenszufriedenheit	-0,00219 (-0,28)	0,00762 (0,75)	0,00774 (0,42)
Politische Einstellung (links-rechts)	0,00590** (2,19)	0,00212 (0,74)	-0,000633 (-0,12)
Alter	-0,00134*** (-3,75)	0,0000280 (0,09)	-0,00140** (-2,21)
<i>Geschlecht (weiblich)</i>			
Männlich	-0,0117 (-1,06)	-0,00748 (-0,64)	0,0506** (2,38)
<i>Finanzielle Schwierigkeiten (meistens)</i>			
Manchmal	-0,129 (-1,35)	-0,0218 (-0,44)	-0,0365 (-0,64)
Nie/fast nie	-0,129 (-1,34)	-0,0616 (-1,23)	-0,0747 (-1,47)
<i>Beschäftigungstyp (selbstständig)</i>			
Angestellt	-0,0262 (-1,15)	-0,000132 (-0,00)	N.A. (.)
Arbeitslos/arbeitet nicht	-0,0191 (-0,79)	-0,0173 (-0,60)	N.A. (.)
<i>Wohnort (Dorf/ländliches Gebiet)</i>			
Kleine/mittelgroße Stadt	-0,0270* (-1,82)	-0,0193 (-1,00)	0,0483 (1,25)
Großstadt	-0,0425*** (-3,01)	-0,0284 (-1,43)	-0,0135 (-0,55)
Beobachtungen	800	438	449

Anmerkung: t-Statistiken in Klammern, Signifikanzen: \*p<0,1, \*\* p<0,05, \*\*\* p<0,01, N.A. = nicht schätzbar.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Betrachtet man nun das horizontale und vertikale Vertrauen der Bürger\*innen, hängt das horizontale Vertrauen in allen Regionen positiv mit der Wahrscheinlichkeit zur Schwarzarbeit zusammen. Die Ergebnisse stehen im Einklang mit anderen Studien zu diesem Thema (Williams und Öz-Yalaman 2021; Williams und Francic 2015) Mit 5,4% ist der Zusammenhang am höchsten in Ostdeutschland und ist statistisch hochsignifikant. Hat man also im Umfeld schwarzarbeitende Menschen, die man persönlich kennt, neigt man auch selbst dazu, schwarz zuarbeiten. Der Steuermoralindex ist eine Kenngröße, welche einen Wert von 1 bis 10 annehmen kann. Dabei entspricht ein höherer Wert einer niedrigeren Steuermoral. Mit steigendem Index müsste also auch die Wahrscheinlichkeit, schwarz zuarbeiten, steigen. Die Koeffizienten der Steuermoral sind ebenfalls erwartungsgemäß positiv, allerdings mit Ausnahme von Westdeutschland insignifikant. Fällt also das Vertrauen in staatliche Institutionen, steigt die Wahrscheinlichkeit, schwarz zuarbeiten in Westdeutschland um 0,7%.

Der positive Zusammenhang des Alters und der Wahrscheinlichkeit ist in Westdeutschland und Slowenien hoch signifikant und negativ (obwohl er mit -0,1% sehr gering ist), was darauf hindeutet, dass eher jüngere Menschen in Schwarzarbeit verwickelt sind. Der Einfluss der Lebenszufriedenheit auf Schwarzarbeit ist in allen Regionen insignifikant. Eine bemerkenswerte Beobachtung ist, dass politische Einstellung in Westdeutschland einen signifikant positiven Zusammenhang mit der Entscheidung über Schwarzarbeit hat. Die Ergebnisse zeigen, dass Personen die sich eher als links einschätzen, weniger dazu tendieren, unangemeldet zu arbeiten. Schätzt man sich eher als rechts ein, so steigt die Wahrscheinlichkeit, dass man zu Schwarzarbeit greift um 0,6% in Westdeutschland.

Man würde außerdem vermuten, dass finanzielle Probleme positiv mit Schwarzarbeit verbunden sind, da unangemeldete Arbeit unter Umständen existenzsichernd sein kann. Daraus würde folgen, dass wohlhabende Haushalte Schwarzarbeit meiden, da sie keinen Anreiz haben, zusätzliches un versteuertes Einkommen zu erzielen. Allerdings sind die Einflüsse des Einkommens in allen Regionen statistisch insignifikant, weshalb sich die Vermutung, dass reichere Haushalte weniger schwarzarbeiten, nicht bestätigen lässt.

Die räumlichen Faktoren scheinen nur in Westdeutschland signifikant zu sein. Man beobachtet eine Reduktion in der Wahrscheinlichkeit, sobald die Größe der Siedlung steigt. Dafür kann es zwei Interpretationen geben. Erstens ist es möglich, dass Schwarzarbeit eher in ländlichen Bereichen zu verzeichnen ist, weil in den Dörfern die persönlichen Beziehungen eine wichtigere Rolle für den sozialen Zusammenhalt spielen (solidaritätsbezogene Schwarzarbeit). Zweitens haben die Behörden, welche für das Unterbinden von Schwarzarbeit zuständig sind, ihre Büros in Städten, was unter Umständen die Kontrollmöglichkeiten auf dem Land reduzieren kann. Die etwa 7 000 Zöllner\*innen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) können außerdem Unternehmen relativ einfacher kontrollieren als Privatpersonen (Generalzolldirektion 2019). Diese Argumentation wird unter anderem von Williams und Öz-Yalaman (2021) für die EU insgesamt sowie für mit der 2019er Umfrage teilweise bestätigt. So wird ein ähnlicher Zusammenhang wie bei West- und Ostdeutschland bei Westeuropa und bei nordischen Staaten verzeichnet (bei beiden Siedlungsgrößen nega-

tiv). Die Vorzeichen der Koeffizienten für Slowenien stimmen mit denen der EU und Südeuropa überein (Williams und Öz-Yalaman 2021). Allerdings variieren die Ergebnisse je nach Ort und Region, da etwa Williams und Francic (2015) für Kroatien einen positiven Zusammenhang zwischen Siedlungsgröße und der Wahrscheinlichkeit, schwarz zuarbeiten, identifizierten.

## FAZIT

Schwarzarbeit stellt für den Staat und möglicherweise auch für Unternehmen eine Herausforderung dar. Unfairer Wettbewerb, Steuerhinterziehung und die Nichtgewährung von Arbeitsbedingungen sind nur einige der vielen Probleme, die mit dem Phänomen verbunden sein können. Obwohl die Anteile der Schwarzarbeiter\*innen in den Datensätzen klein sind, dürfte der tatsächliche Umfang der Schattenwirtschaft wesentlich höher sein (Kelmanson et al. 2019). Der obige Vergleich der Angebotsseite zeigte, welche Faktoren die Entscheidung eines Individuums beeinflussen, schwarz zuarbeiten. Die solidaritätsgetriebene (solidarity-based) Schwarzarbeit scheint in allen drei Regionen zu dominieren. Die durchschnittlichen marginalen Effekte zeigten erwartungsgemäß, dass westdeutsche Bürger\*innen sich risikoavers verhalten, wenn sie das Entdeckungsrisiko als hoch einstufen. Allerdings scheint die Höhe der Sanktionen, sei es eine Gefängnisstrafe oder eine Geldbuße, keinen signifikant positiven Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit, schwarz zuarbeiten, zu haben. Dies spricht dafür, weniger auf Strafen als vielmehr auf holistische Maßnahmen zu setzen, welche auch Anreize und soziale Programme beinhalten, zu implementieren. So wurde zum Beispiel das horizontale Vertrauen in die Mitbürger\*innen als bedeutendster sozialer Faktor identifiziert: in allen Regionen wird bei niedrigem Vertrauen ein signifikanter Anstieg der Wahrscheinlichkeit beobachtet. Wenn man also Menschen in seinem Umfeld sieht, die Schwarzarbeit betreiben, neigt man selbst auch dazu, dies zu machen. Daher könnte diese Beobachtung als ein Anhaltspunkt für zukünftige Maßnahmen dienen.

Das bessere Verständnis der Treiber der Schwarzarbeit mit kausaler Interpretation sollte Gegenstand weiterer Forschung sein. Da das Thema sensibel ist und man deshalb das tatsächliche Ausmaß an Schwarzarbeit oft unterschätzt, wären systematische und häufigere Erhebungen etwa auf Bundeslandebene ein wichtiger Schritt Richtung Datenzuverlässigkeit.

## LITERATUR

- Alm, J. und B. Torgler (2011), „Do Ethics Matter? Tax Compliance and Morality“, *Journal of Business Ethics* 101 (4), S. 635–651.
- Allingham, M. G. und A. Sandmo (1972), „Income Tax Evasion: A Theoretical Analysis“, *Journal of Public Economics* 1 (2), S. 323–338.
- Becker, G. (1968), „Crime and Punishment: An Economic Approach“, *Journal of Political Economy* 76 (2), S. 169–217.
- Bundesfinanzministerium (Hrsg.) (2022), *Der Zoll bekämpft Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Sozialleistungsbetrug*, mimeo: Bundesfinanzministerium, Download unter <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Zoll/Schwarzarbeitsbekämpfung/illegal-ist-unsozial.html>.
- Encyclopedia Britannica (Hrsg.) (2022a), *The East German System*, mimeo: Encyclopedia Britannica, Download unter <https://www.britannica.com/place/Germany/The-East-German-system>.

- Encyclopedia Britannica (Hrsg.) (2022b), Market Socialism, mimeo: Encyclopedia Britannica, Download unter <https://www.britannica.com/topic/market-socialism>.
- Europäische Kommission/European Commission (Hrsg.) (2020), Special Eurobarometer 498 Report: Undeclared Work in the European Union, mimeo: European Commission, Download unter <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2250>.
- Europäische Kommission/European Commission (Hrsg.) (2014), Special Eurobarometer 402 Report: Undeclared Work in the European Union, mimeo: European Commission, Download unter <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/1080>.
- Farrar, J., Kaplan, S. E. und L. Thorne (2017), „The Effect of Interactional Fairness and Detection on Taxpayers’ Compliance Intentions”, *Journal of Business Ethics* 154 (1), S. 167-180.
- Generalzolldirektion (Hrsg.) (2019), Der Zoll – Daten und Fakten im Überblick, mimeo: Generalzolldirektion, Download unter [https://www.zoll.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Servicesuche\\_Formular.html?nn=282530&resourceId=254034&input\\_=282530&pageLocale=de&templateQueryString=daten+und+fakten+im+%C3%BCberblick&submit.x=0&submit.y=0](https://www.zoll.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Servicesuche_Formular.html?nn=282530&resourceId=254034&input_=282530&pageLocale=de&templateQueryString=daten+und+fakten+im+%C3%BCberblick&submit.x=0&submit.y=0).
- Hartl, B., Hofmann, E., Gangl, K., Hartner-Tiefenthaler, M. und E. Kirchler (2015), „Does the Sole Description of a Tax Authority Affect Tax Evasion? - The Impact of Described Coercive and Legitimate Power”, *Plos One* 10 (4), S. 1-19.
- Kelmanson, B., Kirabaeva, K., Medina, L., Mircheva, B. und J. Weiss (2019), Explaining the Shadow Economy in Europe: Size, Causes and Policy Options, IMF Working Paper, mimeo: International Monetary Fund (IMF).
- Kirchgässner, G. (2011), „Tax Morale, Tax Evasion and the Shadow Economy”, in: Schneider, F. (Hrsg.), *Handbook on the Shadow Economy*, Edward Elgar Publishing Limited, Cheltenham, United Kingdom, S. 347-374.
- Kluge, J. N. und A. Libman (2017), Sticks or Carrots? Comparing Effectiveness of Government Shadow Economy Policies in Russia, IOS Working Papers No. 364., Institute for East and Southeast European Studies.
- Mohdali, R., Isa, K. und S. H. Yusoff (2014), „The Impact of Threat of Punishment on Tax Compliance and Noncompliance Attitudes in Malaysia”, *Procedia – Social and Behavioral Sciences* 164, S. 291-297.
- Pfau-Effinger, B. (2009), „Varieties of Undeclared Work in European Societies”, *British Journal of Industrial Relations* 47 (1), S. 79-99.
- Renooy, P., Ivarsson, S., van der Wusten-Gritsai, O. und R. Meijer (2004), Undeclared Work in an Enlarged Union: An Analysis of Undeclared Work: An In-Depth Study of Specific Items, mimeo: European Commission.
- Spermann, A. (2009), The Probit Model, mimeo: Uni Freiburg, Download unter [http://portal.unifreiburg.de/empiwifo/teaching/summer-term-09/materials-microeconometrics/probit\\_7-5-09.pdf](http://portal.unifreiburg.de/empiwifo/teaching/summer-term-09/materials-microeconometrics/probit_7-5-09.pdf).
- Williams, C. C. und G. Öz-Yalaman (2021), „Re-theorising Participation in Undeclared Work in the European Union: Lessons from a 2019 Eurobarometer Survey”, *European Societies* 23 (3), S. 403-427.
- Williams, C. C. und J. Francic (2015), „Tackling the Propensity Towards Undeclared Work: Some Policy Lessons from Croatia”, *South East European Journal of Economics and Business* 10 (1), S. 18-31.
- Williams, C. C. und J. Windebank (2005), „Refiguring the Nature of Undeclared Work: Some Evidence from England”, *European Societies* 7 (1), S. 81-102.

Jakub Grossmann, Štěpán Jurajda und Felix Rösel\*

# Bleibender Eindruck: Nicht vertriebene Sudetendeutsche prägen die politische Landschaft in Tschechien bis heute

**Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mehr als 3 Mill. Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei vertrieben. Rund 100 000 unverzichtbare Industriebeschäftigte sowie 100 000 sudetendeutsche Antifaschisten blieben jedoch. Ihr Schicksal war bisher weitgehend unbeleuchtet. Wir zeigen, dass in Regionen mit vielen zurückgebliebenen deutschen Antifaschisten die Kommunistische Partei Tschechiens bis heute stärker verankert ist. Die deutschen Antifaschisten engagierten sich frühzeitig für den Kommunismus und gaben über Parteistrukturen und innerhalb von Familien ihre Werte weiter. Nichtvertriebene können damit eine neue Mehrheitsgesellschaft nach ethnischen Säuberungen mitprägen, auch wenn sie selbst zur Minderheit gehören.**

Auf die Schrecken des Zweiten Weltkriegs in Europa folgte eine Welle von Flucht und Vertreibung. Millionen Menschen mit belarussischen, deutschen, polnischen, ukrainischen und anderen Wurzeln mussten ihre Heimat verlassen als die Grenzen Europas neu gezogen wurden. Rund 80 Jahre später sind Flucht und Vertreibung heute präsenter denn jemals zuvor. Ende 2021 waren weltweit fast 90 Mill. Menschen auf der Flucht – mehr als doppelt so viele wie zehn Jahre vorher und trauriger neuer Rekord seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.<sup>1</sup>

Das Schicksal von Menschen auf der Flucht wurde bereits in zahllosen Studien untersucht und dokumentiert (z. B. Bauer et al. 2013, Becker et al. 2020, Braun et al. 2020; für Überblicksartikel siehe Becker und Ferrara 2019; Becker 2022). Kaum etwas war bisher jedoch über das Schicksal einer wenig beachteten Gruppe bekannt: die wenigen Zurückgebliebenen, die aus unterschiedlichen Gründen der Vertreibung entkommen und in ihrer alten Heimat wohnen bleiben. Sie müssen sich in eine völlig neue Mehrheitsgesellschaft integrieren. Dieser Aspekt von Flucht und Vertreibung wurde bisher wenig erforscht.

Eine neue Studie untersucht, inwieweit die nach 1945/1946 in der Tschechoslowakei verbliebenen Sudetendeutschen das dortige politische Nachkriegsgeschehen beeinflusst haben (Grossmann et al. 2022).<sup>2</sup> Rund 200 000 Sudetendeutsche, das sind rund 6 bis 7% aller 1930 im damaligen Sudetenland lebenden Deutschen, wurden als unverzichtbare Industriebeschäftigte oder aktive Antifaschisten klassifiziert. Sie blieben in der Tschechoslowakei, als rund 3 Mill. andere Sudetendeutsche vertrieben wurden.<sup>3</sup>

Grossmann et al. (2022) zeigen, dass die zurückgebliebenen Sudetendeutschen einen bleibenden Fußabdruck in der politischen Landschaft Tschechiens hinterlassen haben. In Regionen mit mehr zurückgebliebenen deutschen Antifaschisten – zumeist Kommunisten, die sich aktiv gegen das Naziregime eingesetzt hatten – ist die Kommunistische Partei Tschechiens heute immer noch stärker verankert, nicht jedoch die deutsche Identität. Dies zeigt, dass Nichtvertriebene die neue Mehrheitsgesellschaft nach ethnischen Säuberungen dauerhaft mitprägen können – und umgekehrt.

## SUDETENLAND WURDE 1945 ÜBERRASCHEND GETEILT

Die Wirren um das Kriegsende in Europa führten zu einer ungleichen räumlichen Verteilung von deutschen Antifaschisten im Sudetenland. Aufgrund des raschen militärischen Fortschrittes der westlichen Alliierten bei der Befreiung Europas stimmte die Rote Armee im Frühjahr 1945 notgedrungen zu, dass US-Truppen in die westlichen Teile der Tschechoslowakei vorrücken durften. Eigentlich war die Tschechoslowakei zu diesem Zeitpunkt bereits fest der sowjetischen Einflussphäre zugeordnet gewesen; die Rote Armee war allerdings noch intensiv mit der Befreiung Wiens und Berlins befasst. Die Befreiung durch die Amerikaner ist auch heute noch sehr präsent. Pilsen gedenkt mit regelmäßigen Feierlichkeiten und einem eigenen Museum der Befreiung durch die Amerikaner im Jahr 1945.

Die US-Truppen rückten im Mai 1945 bis an die vereinbarte Demarkationslinie vor, die gedanklich die tschechischen Städte Karlsbad, Pilsen und Budweis verband und sich meist entlang von Flüssen, Straßen und Eisenbahnlinien bewegte (vgl. Abb. 1). Der Verlauf der Linie hatte vorrangig logistische Gründe – es sollte eine möglichst direkte Verbindung zwischen US-Truppen in Sachsen und Oberösterreich hergestellt werden. Durch die Demarkationslinie wurde auch das fast ausschließlich von Deutschen besiedelte Sudetenland, das zwischen 1938 und 1945 ins Deutsche Reich eingegliedert war, zwischen Amerikanern (dunkelgrau markiert) und Roter Armee (hellgrau markiert) aufgeteilt.

## MEHR ANTIFASCHISTEN BEI DEN AMERIKANERN

Die Teilung in zwei Zonen hatte weitreichende Folgen für die sudetendeutsche Bevölkerung. Während die Amerikaner sofort

\* Jakub Grossmann ist Researcher und Prof. Štěpán Jurajda ist Professor am CERGE-EI (Center for Economic Research and Graduate Education – Economics Institute) in Prag. Prof. Felix Rösel ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Stadt- und Regionalökonomik an der Technischen Universität Braunschweig und Forschungsprofessor an der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1

Ein Teil des Sudetenlandes wurde 1945 von der US-Armee befreit



Hinweis: Die Abbildung zeigt die Demarkationslinie zwischen westlichen Alliierten und Roter Armee bei der Befreiung Europas im Frühjahr 1945. Ein kleiner Teil des Sudetenlandes wurde von der US-Armee befreit (dunkelgrau hervorgehoben), der größere Teil von der Roten Armee (hellgrau hervorgehoben). Bis Dezember 1945 verließen US-Armee und Rote Armee die Tschechoslowakei.

Quelle: Grossmann et al. (2022), eigene Darstellung.

© ifo Institut

alle Grenzen schlossen und zunächst niemanden aus der Zone heraus- oder in ihre Zone hineinließen, begannen im übrigen Sudetenland „wilde Vertreibungen“. Noch vor dem Potsdamer Abkommen, das die Aussiedelung der Sudetendeutschen offiziell besiegelte, wurden mindestens 700 000 Sudetendeutsche aus dem östlichen Sudetenland vertrieben. Außerdem begann die Rote Armee mit der gezielten Anwerbung von sudetendeutschen Antifaschisten, die im Norden der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland angesiedelt wurden und den Aufbau der Kommunistischen Partei dort vorantreiben sollten.

Als 1946 sudetendeutsche Antifaschisten die Möglichkeit erhielten, doch im Sudetenland zu bleiben, waren viele von ihnen bereits aus dem östlichen Sudetenland verschwunden. Im amerikanisch befreiten Teil des Sudetenlandes lebten dagegen noch mehr Antifaschisten, da es weniger Vertreibungen und keine Abwerbung gab. Historische Daten aus Lokalarchiven zeigen, dass in von der US-Armee befreiten Gemeinden nach Abschluss der Vertreibungen rund 6% der ursprünglichen sudetendeutschen Bevölkerung als Antifaschisten blieben, im öst-

lichen Sudetenland dagegen nur 3% (vgl. Abb. 2). Bei Industriebeschäftigten gab es dagegen keinen Unterschied zwischen beiden Zonen. Die Teilung Sudetenlands in zwei Zonen, die bis Ende 1945 bestanden, hatte also dauerhafte Folgen.

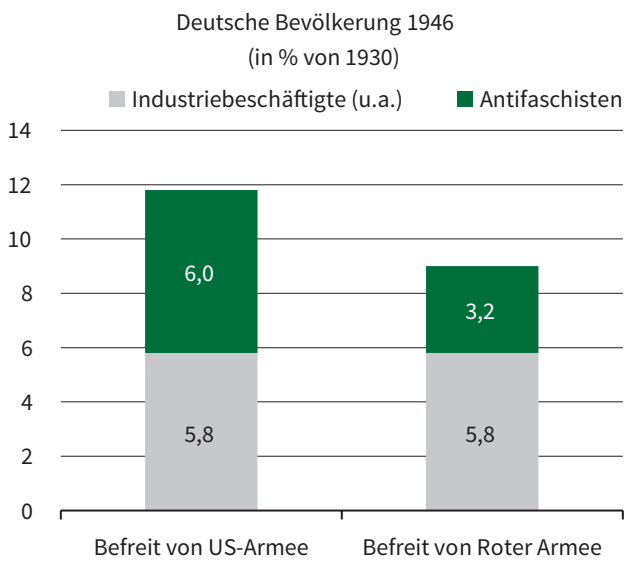
### LANGFRISTIGE FOLGEN IN HEUTIGEN WAHLEN

Die langfristigen Folgen der Teilung Sudetenlands sind sogar bis heute sichtbar. Grossmann et al. (2022) vergleichen die heutige politische Landschaft in früheren Sudetenland-Gemeinden entlang der kurzzeitigen Demarkationslinie zwischen US-Armee und Roter Armee. Die Grenzziehung war wie beschrieben maßgeblich militärisch motiviert, folgte keinen administrativen oder ethnischen Grenzen und die Gemeinden entlang der Grenzen weisen keine Unterschiede vor dem Krieg auf. Auf der amerikanisch befreiten Seite der Grenze verblieben wie gezeigt mehr deutsche Antifaschisten als auf der anderen Seite.



**Abb. 2**

**Mehr Antifaschisten blieben im US-befreiten Sudetenland**



Hinweis: Die Abbildung zeigt den Anteil der verbliebenen deutschen Bevölkerung nach den Vertreibungen in Relation zur ursprünglichen Bevölkerung 1930 in Gemeinden entlang der Demarkationslinie zwischen US-Armee und Roter Armee (Landkreise Karlovy Vary, Kraslice and Loket). Es werden Industriebeschäftigte und einige weitere Gruppen wie z. B. Sudetendeutsche jüdischen Glaubens (grau) und Antifaschisten (grün) unterschieden.

Quelle: Grossmann et al. (2022), eigene Darstellung. © ifo Institut

Die Nachkriegsunterschiede hallen bis heute nach. Spalte (1) in Tabelle 1 zeigt, dass der Stimmanteil für die Kommunistische Partei bei der Parlamentswahl 2017 an der früheren Demarkationslinie sprunghaft und signifikant ansteigt – um rund 8 Prozentpunkte.<sup>4</sup> Wo mehr deutsche Antifaschisten blieben, hat die Kommunistische Partei heute noch immer mehr Unterstützung. Diese Ergebnisse sind ausgesprochen robust: Sie sind in allen Parlamentswahlen seit der tschechischen Unabhängigkeit 1993 sichtbar und bleiben unverändert bei

Hinzunahme von Kontrollvariablen. Auch die Zahl lokaler Kommunistischer Parteigruppen heute sowie die Parteimitgliedschaftsraten vor 1989 sind höher. Rein rechnerisch waren 2017 mit zehn sudetendeutschen Antifaschisten, die nach 1945/1946 blieben, rund drei bis fünf Stimmen für die Kommunistische Partei verbunden. Ein ähnlicher signifikanter Unterschied an der Demarkationslinie ist für die deutsche Identität hingegen nicht festzustellen. Der Anteil der Bevölkerung, der eine deutsche Identität angibt, ist in amerikanisch befreiten Gebieten sogar 2,2 Prozentpunkte geringer – dieser Effekt ist jedoch nicht statistisch signifikant (vgl. Tab. 1, Spalte (2)). Dies erscheint plausibel, da die deutsche Sprache und Kulturpflege nach 1945 zeitweise verboten waren und unterdrückt wurden.

**ANDERE EINFLÜSSE EHER UNWAHRSCHEINLICH**

Grossmann et al. (2022) untersuchen verschiedene andere Erklärungsmöglichkeiten für die langfristigen Effekte. Am wahrscheinlichsten erscheint ein frühes politisches Engagement der sudetendeutschen Antifaschisten, die direkt in der Kommunistischen Partei oder indirekt im Hintergrund den Aufbau kommunistischer Strukturen unterstützten. So finden sich unter den kommunistischen Eliten der 1960er Jahre im amerikanisch befreiten Teil Sudetenlands mehr deutsche Nachnamen als im östlichen Sudetenland. Führende Antifaschisten wie der Geigenbauer Josef Pötlz aus Graslitz wurden sogar Parlamentsabgeordnete.

Heute sind es natürlich nicht mehr die deutschen Antifaschisten selbst, die die Wahlergebnisse beeinflussen, sondern ihre Nachfahren oder die mitgeschaffenen Parteistrukturen. Einen Beleg hierfür liefern Spalten (3) und (4) in Tabelle 1. An den Listen der Kommunistischen Partei bei der Gemeinderatswahl 2018 finden sich mehr deutsche Nachnamen in den 1945 amerikanisch befreiten Gemeinden des früheren Sudetenlandes. Der Anteil der deutschen Nachnamen steigt an der früheren Demarkationslinie sprunghaft um 15 Prozentpunkte. Bei allen anderen Parteien ist dies nicht der Fall. Die bereits direkt nach Kriegsende bestehenden Unterschiede in der Zahl

**Tab. 1**

**„Sprung“-Effekte an der Demarkationslinie von US-Armee und Roter Armee**

	Stimmanteil für die Kommunistische Partei (2017)	Bevölkerungsanteil mit deutscher Identität (2001)	Deutsche Namen unter den Kandidaturen für den Gemeinderat (2018)	
			Kommunistische Partei	Alle anderen Parteien
	(1)	(2)	(3)	(4)
Befreit von US-Armee <sup>a</sup>	0,080*** (0,026)	-0,022 (0,027)	0,152** (0,077)	0,024 (0,077)
Mittelwert der abh. Variable	0,106	0,033	0,158	0,155
RDD-Polynom	Lokal-linear	Lokal-linear	Lokal-linear	Lokal-linear
RDD Bandweite (in km)	18,081	22,149	27,400	14,691

Hinweis: Die Tabelle zeigt den Effekt einer Befreiung durch die Amerikaner im Jahr 1945 auf verschiedene Ergebnisvariablen. Die Beobachtungseinheit sind Gemeinden in Tschechien im früheren Sudetenland. a) Die Ergebnisse wurden mithilfe des Regression-Discontinuity-Design (RDD) ermittelt. Die Ergebnisse geben damit den „Sprung“ in Ergebnisvariablen an der Demarkationslinie zwischen US-Armee und Roter Armee an. RDD-robuste Standardfehler in Klammern: \* 0,1, \*\* 0,05, \*\*\* 0,01.

Quelle: Grossmann et al. (2022), eigene Darstellung. © ifo Institut

der Antifaschisten entlang der Demarkationslinie wurden damit über Generationen hinweg konserviert (vgl. Abb. 2). Auch Befragungsdaten zeigen ein noch immer stärker ausgeprägteres kommunistisches Wertemuster in der amerikanischen Zone von 1945.

Andere denkbare Erklärungsmuster wie eine Verschiebung der Wirtschaftsstruktur, eine ungleichmäßige Wiederbesiedelung des Sudetenlandes, vorher bestehende Unterschiede in den Wahlpräferenzen oder Umzüge werden von Grossmann et al. (2022) geprüft, können jedoch nicht die räumlichen Unterschiede im Wahlverhalten erklären. Zum Beispiel stammten die Siedler in den amerikanisch befreiten Gebieten des Sudetenlandes nicht mehr oder weniger aus früheren kommunistischen Hochburgen als die Siedler in den befreiten Gebieten der Roten Armee.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Vertreibung und ethnische Säuberungen sind bis heute ein aktuelles Thema. Nur wenig ist bisher über diejenigen bekannt, die der Vertreibung entkommen sind und ob sie ihre alte – oder neue – Heimat mitprägen. Eine neue Studie von Grossmann et al. (2022) untersucht den Fall der rund 100 000 nach 1946 im Sudetenland gebliebenen deutschen Antifaschisten. Noch heute genießt die Kommunistische Partei in Tschechien dort mehr Unterstützung und hat aktivere Strukturen, wo mehr deutsche Antifaschisten blieben und den Aufbau des Kommunismus mitunterstützten. Die Identität als Deutsche hat sich durch das Verbot von Sprache und Kultur dagegen verloren. Gebliebene Minderheiten und die neue Mehrheitsgesellschaft beeinflussen sich also durchaus wechselseitig.

## LITERATUR

- Bauer, T., Braun, S., und M. Kvasnicka (2013), „The Economic Integration of Forced Migrants: Evidence for Post-War Germany“, *The Economic Journal* 123 (571), S. 998–1 024.
- Becker, S. (2022), „Forced Displacement in History: Some Recent Research“, *Australian Economic History Review* 62(1), S. 2–25.
- Becker, S. und A. Ferrara (2019), „Consequences of Forced Migration: A Survey of Recent Findings“, *Labour Economics* 59, S. 1–16.
- Braun, S. und N. Dwenger (2020), Settlement Location Shapes the Integration of Forced Migrants: Evidence from Post-war Germany, *Explorations in Economic History* 77: 101330.
- Becker, S., Grosfeld, I., Grosjean, P., Voigtländer, N. und E. Zhuravskaya (2020), „Forced Migration and Human Capital: Evidence from Post-WWII Population Transfers“, *American Economic Review* 110 (5), S. 1 430–1 463.
- Grossmann, J., Jurajda, S. und F. Rösel (2022), „Forced Migration, Staying Minorities, and New Societies: Evidence from Post-war Czechoslovakia“, *American Journal of Political Science*, im Erscheinen.

- 1 Daten des UNHCR (2022), Global Forced Displacement, Download unter <https://www.unhcr.org/globaltrends.html>, abgerufen am 5. Oktober 2022.
- 2 Die Studie ist Teil des Projektes „Lokales Sozialkapital und der Aufstieg des Rechtspopulismus“ von Felix Rösel, das von 2018 bis 2021 durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert und am ifo Institut Dresden durchgeführt wurde. Jakob Grossmann und Štěpán Jurajda wurden im Rahmen des Projektes „The Rise of Populist Parties in Europe“ durch die Volkswagen Stiftung gefördert.
- 3 Die deutsche Minderheit im heutigen Tschechien wird auf ca. 40 000 Personen geschätzt. Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.) (2022), *Deutsche Minderheiten in anderen Staaten Mittelost- und Osteuropas*, Download unter <https://www.aussiedlerbeauftragte.de/Webs/AUSB/DE/themen/minderheiten-ausland/europa/mittel-ost-europa/mittel-ost-europa-node.html>, abgerufen am 5. Oktober 2022.
- 4 Methodisch wurde ein Regression-Discontinuity-Design (RDD) verwendet.



Max Deter und Martin Lange\*

# Konformität in der DDR und Lebensverhältnisse nach der Wende

In diesem Beitrag betrachten wir die Lebensverhältnisse von ehemaligen Unterstützer\*innen und Gegner\*innen des DDR-Regimes über einen Zeitraum von fast drei Jahrzehnten und analysieren, wie sich Lebenszufriedenheit, Arbeitsmarkterfolg und politische Präferenzen im wiedervereinigten Deutschland entwickeln. Unsere Analysen zeigen, dass diejenigen, die in der Friedlichen Revolution für das Ende der Autokratie demonstrierten, im neuen System vergleichsweise zufriedener sind und sich besser auf dem Arbeitsmarkt zurechtfinden. Unterstützer\*innen des Systems, also ehemalige Mitglieder der SED sowie Beschäftigte im staatlich-sensiblen Bereich werden dagegen wesentlich unzufriedener nach der Wende und verlieren ihre ökonomischen Privilegien.

## EINLEITUNG

Vor 33 Jahren kollabierte die DDR-Autokratie. Was folgte war die von vielen langersehnte Freiheit und die Wende zu Marktwirtschaft und Demokratie. Beides stellte das Leben der DDR-Bürger\*innen auf den Kopf. Unklar ist jedoch auch, ob sich jenseits des Systemwechsels das Blatt innerhalb der früheren DDR tatsächlich gewendet hat. Konnten sich also diejenigen, die sich gegen das System stellten, besser entfalten, als ehemalige Unterstützer\*innen der SED-Diktatur?

Ob ehemalige Eliten und Gegner\*innen einer Autokratie ihre Lebensverhältnisse nach einer Demokratisierung verbessern, ist eine bedeutende Frage, die sich unmittelbar auf die Akzeptanz des neuen Systems auswirkt. Auf der einen Seite stellt sich die Frage, ob die alten Eliten auch die neuen Eliten sind. Auf der anderen Seite gilt es zu verstehen, ob es sich für Gegner\*innen einer Autokratie lohnt, gegen das Regime auf die Straße zu gehen und für eine Demokratisierung zu kämpfen (und dabei das eigene Leben zu riskieren). Von anderen sozialistischen Autokratien als der ostdeutschen ist bekannt, dass die alte Nomenklatura die Demokratisierung häufig ohne größeren Schaden übersteht, was ihre Macht, Privilegien und ökonomische Vorteile betrifft (Acemoglu et al. 2015; Aidt et al. 2020). Der Übergang Ostdeutschlands von Autokratie zu Demokratie unterscheidet sich jedoch von vielen historischen Beispielen durch ihre rapide vollständige Transformation des politischen und ökonomischen Systems, die Schaffung der sogenannten „Stasi-Behörde“, mit der die kommunistischen Verbrechen stärker aufgearbeitet wurden, sowie durch die Möglichkeit, Spitzenpositionen in Politik, Wirtschaft und Kultur mit Personen aus Westdeutschland zu besetzen.

In einer neuen Studie dokumentieren wir erstmals, wie sich für Anhänger\*innen und Gegner\*innen der DDR-Autokratie persönliche Lebensumstände wie die allgemeine Lebenszufriedenheit, Einkommen und Arbeitslosigkeit auf dem Weg vom Sozialismus in den Kapitalismus entwickelten. Die Daten stammen vom Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), das dieselben ostdeutschen Bürger\*innen jedes Jahr von 1990 bis 2018 be-

fragt hat. Da die Fragen zur Konformität in der DDR erst 2018 erhoben wurden, betrachten wir in unserer Analysetichprobe die 678 Individuen, die in den 29 Jahren stets an der Umfrage teilgenommen haben. Die Daten erlauben es uns sowohl die Lebenszufriedenheit und den Arbeitsmarkterfolg in der DDR, als auch nach der Wende von denselben Personen zu analysieren. Anhänger\*innen des Systems werden definiert als Individuen, die entweder bis 1989 Mitglieder der SED waren oder im staatlich-sensiblen Bereich (Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Polizei, Grenzschutz etc.) gearbeitet haben. Als Gegner\*innen des Systems werden diejenigen Personen betrachtet, die in der Friedlichen Revolution für den Systemwechsel demonstriert haben. Der Anteil beider Gruppen an der gesamten Stichprobe stimmt ziemlich genau mit offiziellen Statistiken überein. Zum Beispiel gibt fast ein Fünftel der Befragten an, bis 1989 Mitglied in der SED gewesen zu sein. Zudem erklärt ein Viertel der Befragten, 1989/90 demonstriert zu haben, eine Zahl, die mit den Massendemonstrationen in Leipzig und Berlin (am 4. November demonstrierten geschätzt bis zu eine Million ehemalige DDR-Bürger\*innen), aber auch mit den zahlreichen Protesten in allen Teilen der DDR korrespondiert. Die verbleibende Gruppe wird als „Schweigende Mehrheit“ klassifiziert, die im Vergleich zu unserer Definition von Unterstützer\*innen und Gegner\*innen als politisch inaktiv bezeichnet werden kann. Diese Gruppe dient als Vergleichsgruppe bei der Betrachtung der Veränderungen in den Lebensumständen der Befürworter\*innen und Gegner\*innen nach dem Mauerfall.

Die sozio-ökonomischen Lebensverhältnisse werden mit der Lebenszufriedenheit (Skala von 0 – „sehr unzufrieden“ bis 10 – „sehr zufrieden“), dem bereinigten monatlichen Bruttoarbeitslohn sowie mit der Anzahl der Jahre in Arbeitslosigkeit gemessen. Dabei vergleichen wir einmal die Ergebnisse der drei DDR-Gruppen in den Lebensverhältnissen nach der Wende. Zusätzlich wird betrachtet wie sich die Lebenszufriedenheit und die Einkommen im Übergang von Sozialismus

\* Dr. Max Deter ist Post-Doctoral Researcher am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft der Universität Magdeburg; Dr. Martin Lange ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich „Arbeitsmärkte und Sozialversicherungen“ des ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.

zum Kapitalismus entwickelt haben. Informationen über die Lebenszufriedenheit in der DDR werden mit der Frage nach der Lebenszufriedenheit vor fünf Jahren gemessen, die 1990 gestellt wurde. Zusätzlich beinhaltet die Umfrage die Arbeits-einkommen in der DDR zum Zeitpunkt Mai 1989. Diese Daten werden schließlich mit der persönlichen Lebenszufriedenheit sowie dem Einkommen in den Jahren nach 1990 verglichen.

Um zu überprüfen, ob Konformität in der DDR einen Einfluss auf die Lebensverhältnisse im neuen System hat, wird eine Regressionsanalyse genutzt. Diese kann beispielsweise die Korrelation zwischen der Befürwortung des DDR-Systems und der Lebenszufriedenheit messen. Indem wir Kontrollvariablen wie Alter, Geschlecht, individuelle Produktivität (Bildung, Qualifikation) und Repressionserfahrung (Bespitzelung durch das MfS) in die Analyse mit einbeziehen, isolieren wir den Einfluss von DDR-Konformität auf die Lebensverhältnisse nach dem Mauerfall.

## ERGEBNISSE

### Konformität in der DDR und Lebensverhältnisse nach der Wende

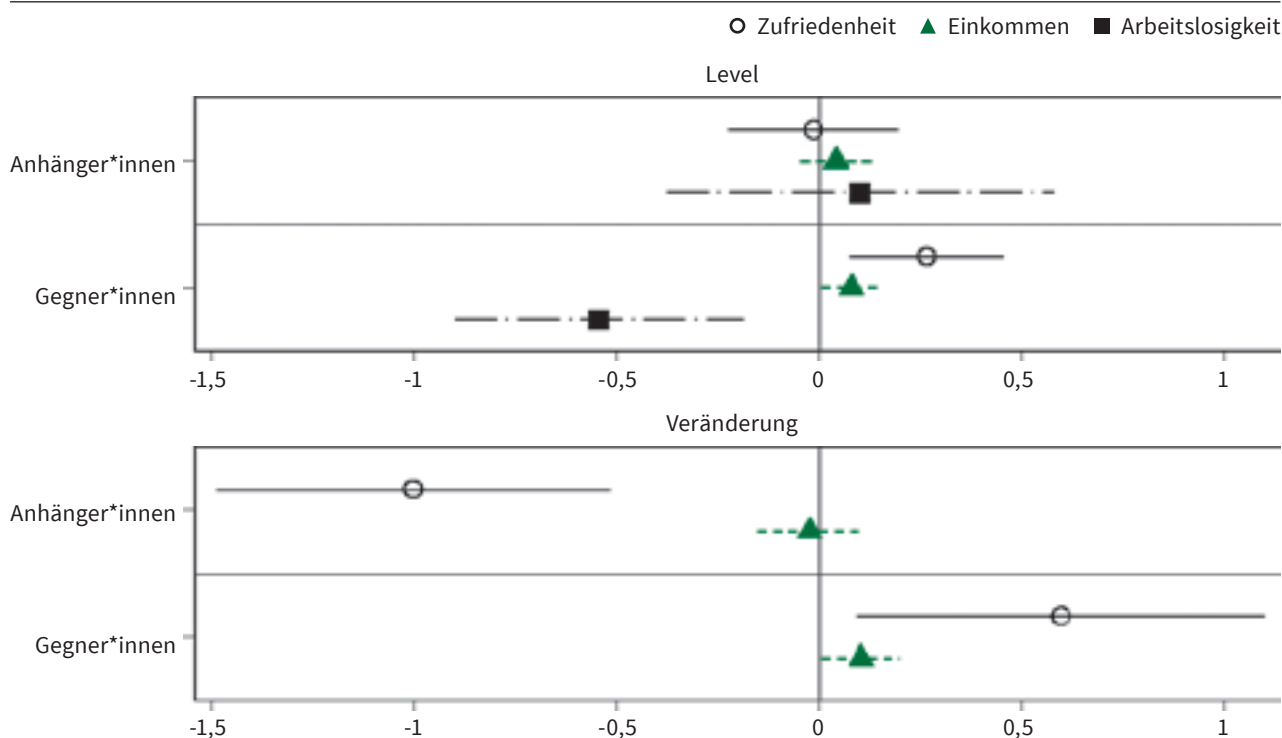
In Abbildung 1 sind die Hauptergebnisse dieser Analyse dargestellt. Die obere Seite der Grafik zeigt die Unterschiede zwischen Anhänger\*innen und Gegner\*innen des Systems zur „Schweigenden Mehrheit“ im Hinblick auf ihre Lebenszufriedenheit, ihre Einkommen und ihre Dauer in Arbeitslosigkeit.

Die Ergebnisse zeigen, dass frühere Anhänger\*innen des Systems in den 29 Jahren nach der Wiedervereinigung keine signifikant besseren Ergebnisse erzielen im Vergleich zur Referenzgruppe („Schweigende Mehrheit“). Dies ist deshalb ein interessantes Ergebnis, weil Studien aus anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks wie Russland, Polen, Ungarn oder Tschechien zeigen, dass die kommunistische Nomenklatura in den ersten Jahren nach der Transition ihre Privilegien behalten hat (Eyal et al. 1998; Geishecker und Haisken-DeNew 2004; Večerník 1995; Wasilewski 1995). Betrachten wir dagegen nun die Ergebnisse für die Gegner\*innen des Systems, das heißt die Demonstrierenden, zeigen sich eine signifikant höhere Lebenszufriedenheit, ein fast 8% höheres Arbeitseinkommen sowie im Durchschnitt ein halbes Jahr weniger Arbeitslosigkeit über die Zeit.

In einem zweiten Schritt (vgl. Abb. 1, untere Seite) wird zudem analysiert wie sich die Lebensverhältnisse auf dem Weg vom Sozialismus zum Kapitalismus veränderten. Die früheren Anhänger\*innen des Systems verlieren einen ganzen Punkt auf der Lebenszufriedenheitsskala. Dies entspricht in etwa einem Verlust an Lebenszufriedenheit, der vergleichbar ist mit dem Verlust eines Arbeitsplatzes (Gielen und Van Ours 2012). Das lässt sich vor allem damit erklären, dass Befürworter\*innen der DDR in der DDR wesentlich zufriedener waren, als die anderen beiden Gruppen. Die Gegner\*innen des Systems dagegen gewinnen fast 0,6 Punkte an Lebenszufriedenheit sowie 10% an Einkommen hinzu im Vergleich zum Leben in der DDR.

Abb. 1

### Lebensverhältnisse nach dem Mauerfall



Anmerkung: Abgebildet sind die Koeffizienten der Regression, das heißt die durchschnittliche Abweichung von der Referenzgruppe in einem 95%-Konfidenzintervall (bereinigt um die Kontrollvariablen). Schneidet das Konfidenzintervall die Null-Linie, liegt ein insignifikanter Unterschied vor. Die obere Seite bezieht sich nur auf Ergebnisvariablen, die nach 1990 erhoben wurden. Die untere Seite beschreibt die Veränderung in den Lebensverhältnissen relativ zu Variablen, die in der DDR erhoben wurden.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

Wie lassen sich nun diese Ergebnisse interpretieren? Die Anhänger\*innen des Systems haben ihre Privilegien (die sie noch in der DDR hatten, zum Beispiel ein höheres Einkommen und eine höhere Zufriedenheit im Jahr 1989) verloren. Dies könnte durch die historisch starke Aufarbeitung und die Installierung von West-Eliten im Osten erklärt werden, die so in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks nicht stattgefunden hat. Was die Gegner\*innen des Systems betrifft, zeigen sich Anzeichen einer Diskriminierung im DDR-System, was sich zum Beispiel in einer sehr geringen Lebenszufriedenheit vor 1989 ausdrücken könnte. Die Stasi stellte beispielsweise sicher, dass die „guten und wichtigen“ Stellen nur diejenigen erhielten, die loyal zur Partei standen, während diejenigen, die illoyal waren die „schlechtesten“ Arbeitsstellen bekamen (Popplewell 1992). Hinzu kam die Angst vor (und die tatsächliche Umsetzung) staatlicher Repression und Bespitzelung. Im neuen System scheinen die Gegner\*innen des DDR-Systems nun zufriedener und produktiver zu sein. Dieses Ergebnis kann möglicherweise mit der historisch verstärkten Aufarbeitung („Stasi-Behörde“) erklärt werden und mit der Möglichkeit, die eigenen Potenziale in einem marktwirtschaftlichen System, das nicht nach politischer Gesinnung diskriminiert, besser zu entfalten.

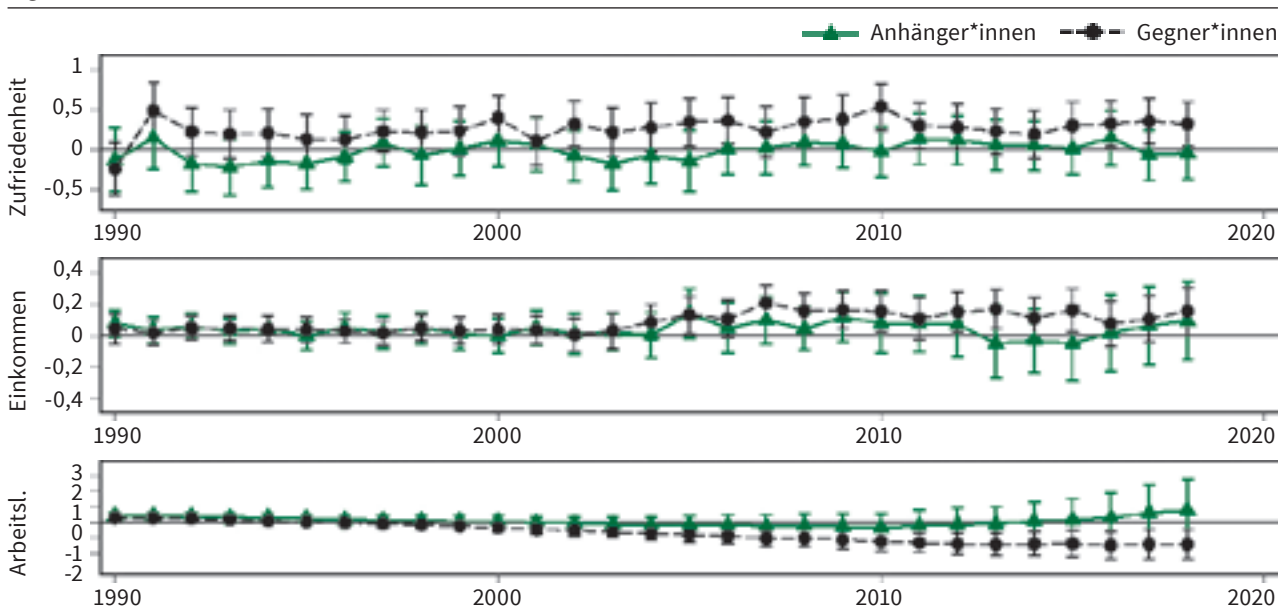
In Abbildung 2 zeigt sich nun, wie sich Lebenszufriedenheit, Einkommen und Arbeitslosigkeit für die beiden Gruppen über die Zeit verändern. Während eine verbesserte Lebenszufriedenheit für die Gegner\*innen des DDR-Systems direkt nach der Wende zu sehen ist, offenbaren sich ihre Einkommens- und Beschäftigungsvorteile im Kapitalismus erst nach über einem Jahrzehnt. Das könnte an dem Arbeitsmarktaufschwung ab 2005 liegen, mit dem, insbesondere im Osten, Millionen neue Jobs geschaffen wurden.

**Was kann die Ergebnisse erklären?**

Eine alternative Erklärung unserer Ergebnisse könnte darin liegen, dass die betrachteten Gruppen schlicht unterschiedlich in ihrem Verhalten auf die Wiedervereinigung reagieren und tatsächlich gar keiner unterschiedlichen Diskriminierung in der DDR unterlagen. Deshalb betrachten wir in einer zusätzlichen Analyse, ob Anhänger\*innen oder Gegner\*innen der DDR Unterschiede in der beruflichen Weiterbildung, bei Beschäftigungswechseln, Arbeiten in Selbstständigkeit oder im Wegzug nach Westdeutschland aufweisen. Jedoch sehen wir keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen in diesen Bereichen. Auch zeigt sich in zusätzlichen Analysen keine positive Diskriminierung von DDR-Gegner\*innen im öffentlichen Sektor, zum Beispiel durch vermehrte Einstellung oder besser bezahlte Jobs von ehemaligen Systemgegner\*innen. Es bleibt deshalb plausibel, dass der Systemwechsel an sich die Möglichkeiten für frühere Anhänger\*innen und – mehr noch – Gegner\*innen des Systems verändert hat. Zum Beispiel könnten die Einkommensverbesserungen von DDR-Gegner\*innen durch den Wegfall von Einschränkungen in der (Hochschul-)Bildung oder der Berufswahl erklärt werden, in der die Talente und Fähigkeiten von Oppositionellen aus politischen Gründen nicht adäquat berücksichtigt wurden. Als die Wichtigkeit der individuellen Fähigkeiten nach der Wiedervereinigung in der Marktwirtschaft eine größere Rolle spielte, scheinen frühere Oppositionelle eher einer Beschäftigung nachgegangen zu sein, die ihrer tatsächlichen Arbeitsproduktivität entsprach.

Zudem stellt sich die Frage, ob die signifikanten Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen den Konformitätsgruppen eher durch die Abschaffung des Staatssozialismus in Ostdeutschland oder die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik hervorgerufen wurde – zwei Ereignisse, die fast zeitgleich passiert sind. Einerseits könnte die Demokratisierung

**Abb. 2**  
Ergebnisse über die Zeit



Anmerkung: Gezeigt werden hier die durchschnittlichen (marginalen) Unterschiede für Anhänger\*innen und Gegner\*innen zur „Schweigenden Mehrheit“ für jedes Jahr in Bezug auf Lebenszufriedenheit, Einkommen und Arbeitslosigkeit mit jeweils einem Konfidenzintervall von 95%.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

(im Frühjahr 1990) bereits unmittelbare individuelle Veränderungen hervorgerufen haben. Andererseits könnte die rasche Wiedervereinigung dafür verantwortlich sein. Das können wir anhand von Daten analysieren, die kurz nach der Demokratisierung (erste freie Wahlen in der DDR im März 1990) aber vor der Wiedervereinigung (Oktober 1990) stammen. Die Abbildung 3 zeigt nun die Veränderung in Lebenszufriedenheit (links, 1985 gegenüber 1990) und Einkommen (rechts, 1989 gegenüber 1990) von Anhänger\*innen und Gegner\*innen des DDR-Systems. Die Grafiken zeigen, dass die früheren Anhänger\*innen des Systems ihre erhöhte Lebenszufriedenheit und ihr höheres Einkommen schon vor der Wiedervereinigung verlieren, während die früheren Gegner\*innen des Systems bereits kleine Zuwächse zu verzeichnen haben, die aber statistisch nicht signifikant sind. Die positiven Gesamtergebnisse für diese Gruppe scheinen deshalb eher durch den mittleren und langfristigen Einfluss der Demokratisierung und/oder der Wiedervereinigung von Deutschland entstanden zu sein. Diese Ergebnisse sind aber eher indikativ, da wir einen Antizipations-effekt der Wiedervereinigung und eine verzerrte Erinnerung an die Vergangenheit in Bezug auf die Lebenszufriedenheit nicht ausschließen können. Zudem finden wir hier keine klare Evidenz, dass ehemalige Gegner\*innen direkt von der Demokratisierung profitierten.

**Konformität in der DDR und politische Präferenzen**

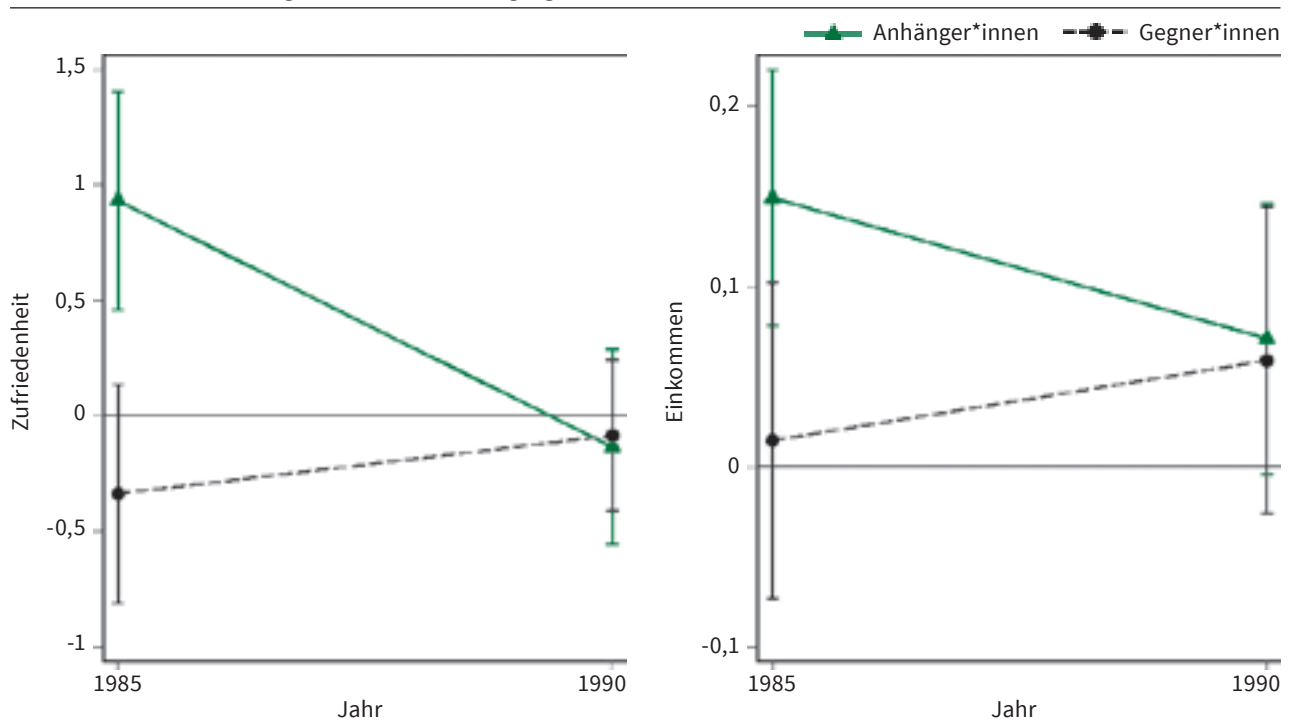
Abschließend analysieren wir, ob Konformität in der DDR nicht nur Unterschiede in den Lebensverhältnissen, sondern auch politische Präferenzen im vereinigten Deutschland voraussa-

gen kann. Die Abbildung 4 zeigt die Korrelation zwischen individueller Konformität und den politischen Präferenzen für die sechs aktuell im Bundestag vertretenen Parteien. Frühere Anhänger\*innen des DDR-Systems präferieren immer noch (28 Jahre später) die Nachfolgepartei der SED, *die Linke* – ein Zeichen von starker ideologischer Persistenz – und signifikant seltener die CDU und die AfD. Frühere Gegner\*innen des Systems dagegen bevorzugen wesentlich seltener als der Durchschnitt *die Linke* und stattdessen eher die CDU und damit die Partei, die stark mit der schnellen Wiedervereinigung unter dem damaligen Kanzler Helmut Kohl assoziiert wird. Interessanterweise haben frühere Gegner\*innen der Autokratie keine verstärkte Präferenz für die AfD, obwohl diese in Ostdeutschland beansprucht, die Nachfolgepartei der Protestbewegung der Friedlichen Revolution zu sein (Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ 2020).

**FAZIT**

Unsere Studie dokumentiert die ökonomischen und politischen Unterschiede zwischen früheren Anhänger\*innen und Gegner\*innen einer staatssozialistischen Autokratie in einer marktwirtschaftlichen Demokratie über fast drei Jahrzehnte. Individuelle Längsschnittdaten, die sowohl die Informationen vor als auch nach Mauerfall beinhalten, erlauben uns, zwischen Anhänger\*innen und Gegner\*innen des DDR-Systems zu unterscheiden und ihre Lebenszufriedenheit und Arbeitsmarkterfolge in zwei sehr unterschiedlichen Systemen zu untersuchen. Die Ergebnisse zeigen, dass die, die sich gegen das System stellten, vom Systemwechsel profitieren, während die An-

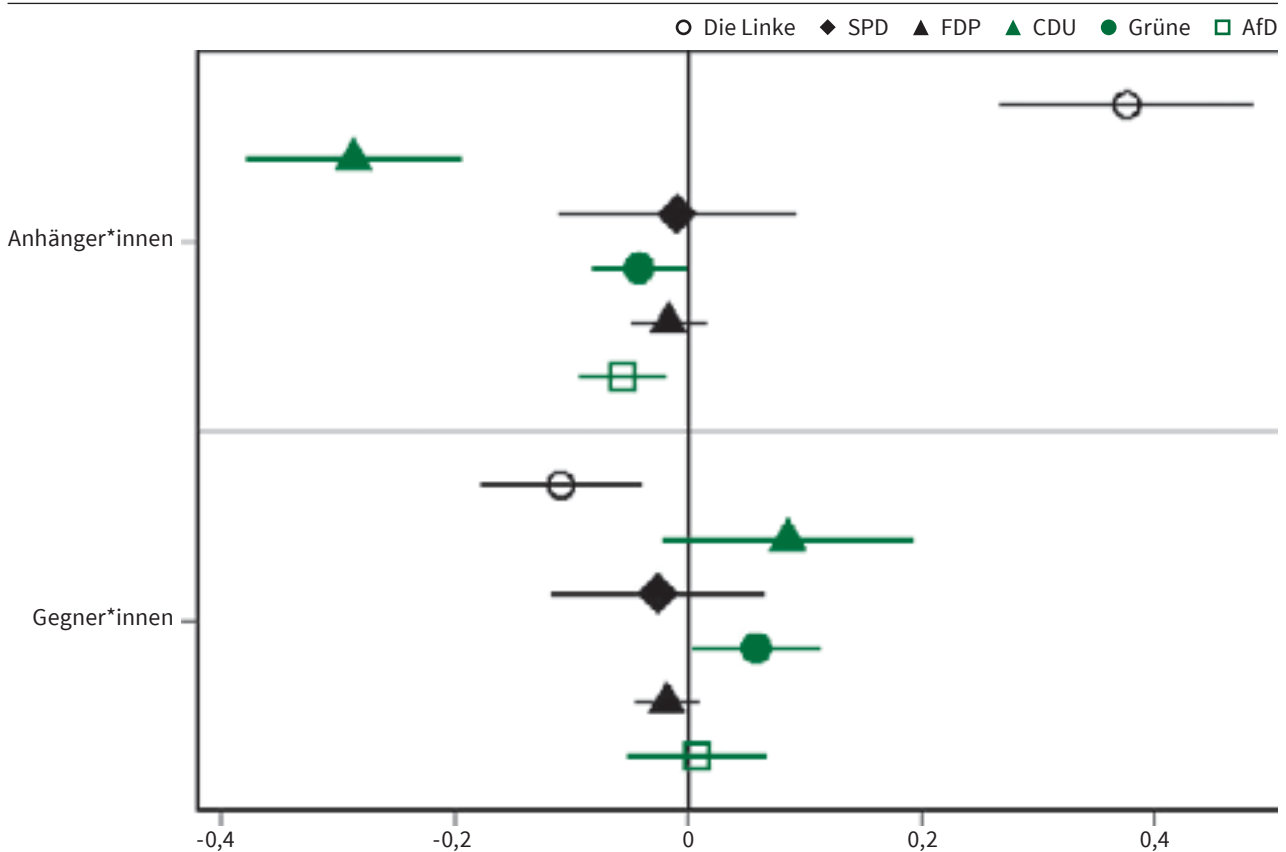
**Abb. 3**  
**Einfluss der Demokratisierung und der Wiedervereinigung**



Anmerkung: Gezeigt wird hier der Einfluss der Konformität auf Lebenszufriedenheit in den Jahren 1985 und 1990 (links) und Einkommen 1989 und 1990 (rechts) mit einem 95%-Konfidenzintervall, wobei für die oben genannten Variablen (Alter, Geschlecht, Produktivität, etc.) kontrolliert wird.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

**Abb. 4**  
**Politische Präferenzen**



Anmerkung: Gezeigt werden hier die Ergebnisse einer Regressionsanalyse mit jeweils der Partei als abhängige und Anhänger\*innen/Gegner\*innen als unabhängiger Variable, wobei für die oben genannten Variablen (Alter, Geschlecht, Produktivität, etc.) kontrolliert wird.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

hänger\*innen des Systems nach der Wiedervereinigung ihre Privilegien verlieren und substanziell unzufriedener mit ihrem Leben werden.

Weitere Untersuchungen zeigen, dass die Resultate nicht mit einem unterschiedlichen Verhalten beider Gruppen erklärt werden können, sondern eher mit dem Systemwechsel an sich. Frühere Anhänger\*innen wurden unmittelbar nach dem Mauerfall unzufriedener, ein Umstand, der die Interpretation stärkt, dass die Demokratisierung entscheidender für die SED-Mitglieder und Beschäftigte im staatlich-sensiblen Bereich war, als die Wiedervereinigung. Die verbesserten Lebensumstände der ehemaligen Gegner\*innen der DDR scheinen nicht von neuen Möglichkeiten, die durch die Wiedervereinigung geschaffen wurden, oder durch eine besondere Behandlung der westdeutschen Eliten erklärt zu werden, sondern scheinen eher begründet in der Aufhebung der Diskriminierung in der DDR.

Unsere Ergebnisse stärken die Interpretation, dass, anders als in anderen ehemaligen sozialistischen Ländern in Osteuropa, eine starke historische Aufarbeitung sowie eine schnelle ökonomische und politische Transformation in Ostdeutschland zu unterschiedlichen Lebensverhältnissen für Konformitätsgruppen geführt haben. Die Studie trägt auch zur Literatur der Eliten-Persistenz bei und dokumentiert, dass frühere Eliten oder hier Anhänger\*innen des Systems der ostdeutschen Autokratie, ihre (ökonomischen) Privilegien nicht behalten konnten. Diejenigen, die für die Demokratie auf die Straße gegangen

sind, sind hingegen im heutigen System zufriedener und in einer besseren ökonomischen Position.

**REFERENZEN**

Acemoglu, D., Naidu, S., Restrepo, P. und J. A. Robinson (2015), „Democracy, Redistribution, and Inequality“, in: Atkinson, A. B. (Hrsg.), Handbook of Income Distribution, Elsevier, Amsterdam, S. 1 885-1 966.

Aidt, T. S., Lacroix, J. und P.-G. Méon (2020), The Origins of Elite Persistence: Evidence from Political Purges in Post-World War II France, CESifo Working Paper Series No. 9 760.

Deter, M. und M. Lange (2022), „Are the Supporters of Socialism the Losers of Capitalism? Conformism in East Germany and Transition Success“, European Journal of Political Economy, im Erscheinen.

Eyal, G., Szelényi, I. und E. R. Townsley (1998), Making Capitalism Without Capitalists: Class Formation and Elite Struggles in Post-Communist Central Europe. Verso.

Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ (Hrsg.) (2020), Abschlussbericht, Download unter <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/abschlussbericht-kommission-30-jahre.html>.

Gielen, A. C. und J. C. van Ours (2014), „Unhappiness and Job Finding“, Economica 81 (323), S. 544–565.

Geishecker, I. und J. P. Haisken-DeNew (2004), „Landing on All Fours? Communist Elites in Post-Soviet Russia“, Journal of Comparative Economics, 32 (4), S. 700–719.

Popplewell, R. (1992), „The Stasi and the East German Revolution of 1989“, Contemporary European History 1 (1), S. 37–63.

Večerník, J. (1995), „Changing Earnings Distribution in the Czech Republic: Survey Evidence from 1988–1994“, The Economics of Transition 3 (3), S. 355–371.

Wasilewski, J. (1995), „The Forming of the New Elite: How Much Nomenklatura is Left?“, Polish Sociological Review No. 110, S. 113–123.



Albert Landsberger\*

# Die Wohnsitzauflage für Geflüchtete: Ein starker Eingriff mit unklarem Ergebnis

Die 2016 eingeführte Wohnsitzauflage stellt einen starken Eingriff in die Freizügigkeit Geflüchteter dar. Sie erlaubt Geflüchteten, den ihnen zugeteilten Wohnsitz nur innerhalb eines begrenzten geografischen Gebietes zu wechseln. Gerechtfertigt wird dieser Eingriff unter anderem mit dem Ziel besserer Integration und der Vermeidung von Segregation. In diesem Jahr sieht sich auch Sachsen, durch den Krieg in der Ukraine, erneut mit einer großen Welle an Geflüchteten konfrontiert. Ein Anlass, im Lichte der Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Wohnsitzauflage die möglichen Auswirkungen auf die ukrainischen Geflüchteten zu untersuchen. Die Auflage kann durch die dauerhafte Unterbringung von Geflüchteten in Regionen mit weniger Landsleuten den Integrationsdruck tatsächlich erhöhen. Jedoch geschieht dies auf Kosten der Arbeitsmarktintegration. Zudem finden Geflüchtete, die in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit untergebracht werden, deutlich langsamer in Arbeit.

## EINLEITUNG

Die Wohnsitzauflage für Geflüchtete mit anerkanntem Schutzstatus nach § 12a Aufenthaltsgesetz, wurde 2016 als Reaktion auf die stark gestiegene Zahl Geflüchteter eingeführt. Von der Auflage betroffen sind alle anerkannten Geflüchteten, die nicht über eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem Umfang von mindestens 15 Wochenstunden verfügen. Ausgenommen sind Geflüchtete, die aufgrund der Hilfe von Angehörigen oder Dritten nicht auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Sie unterliegen nicht der Wohnsitzauflage. Personen, die der Auflage unterliegen, dürfen in den ersten drei Jahren nach Erhalt ihrer Aufenthaltserlaubnis den ihnen im Asylverfahren zugewiesenen Wohnort nicht verlassen. Bei Widerhandlung können sämtliche Sozialleistungen entzogen werden und ein Bußgeld anfallen. Die Verteilung auf die Bundesländer im Asylverfahren geschieht über den sogenannten Königsteiner Schlüssel.<sup>1</sup> Die Wohnsitzauflage kann vor Ablauf der Dreijahresfrist aufgehoben werden, wenn die betroffene Person ein Jobangebot oder eine Ausbildungsmöglichkeit in einer anderen Region vorweisen kann.

Den Bundesländern steht es dabei frei, ob sie die Wohnsitzauflage auf Landesebene oder auf einer niedrigeren Ebene durchsetzen. Sachsen gehört zu den Ländern mit einer „strengeren“ Auflage.<sup>2</sup> Hier wird die Verteilung innerhalb des Landes entsprechend der Einwohnerzahlen vorgenommen (§ 6 Abs. 3 Sächsisches Flüchtlingsaufnahmegesetz). Geflohene, die der Auflage unterliegen, dürfen deshalb nur innerhalb des ihnen zugewiesenen Landkreises ihren Wohnsitz wechseln.

Unabhängig davon auf welcher Ebene sie durchgesetzt wird, stellt die Auflage einen erheblichen Eingriff in die Freizügigkeit der Geflohenen dar. Gerechtfertigt wird dieser Eingriff vor allem mit dem Ziel der besseren Integration. Die räumliche Verteilung von Geflüchteten soll integrationshemmende Segregation verhindern (Bundesregierung 2016). Auch wenn nicht explizit erwähnt, spielt die Verteilung der Kosten eine Rolle. Durch die Zahlung von Einkommensersatzleistungen (Grund-

sicherung für Arbeitssuchende nach SGB II oder Sozialhilfe nach SGB XII), die Unterbringung und weitere integrative Maßnahmen wie Sprachkurse entstehen den kommunalen Trägern Kosten. Durch den Königsteiner Schlüssel und die Wohnsitzauflage werden diese Kosten proportional zur Leistungsfähigkeit auf die Länder aufgeteilt. Das soll eine (finanzielle) Überlastung einzelner Länder verhindern.

Auch die Geflüchteten aus der Ukraine unterliegen der Wohnsitzauflage, wenn sie die Bedingungen hierfür erfüllen. Zwar durften sie zunächst, aufgrund einer Sonderregelung, ohne Visum nach Deutschland einreisen und sich ohne Aufenthaltserlaubnis in Deutschland aufhalten, doch seit dem 31. August 2022 gilt diese Sonderregelung nur noch für drei Monate nach der Einreise. Danach muss eine Aufenthaltserlaubnis beantragt werden. Das heißt, dass ein Großteil der Ukrainer\*innen, die unmittelbar nach Beginn des Krieges nach Deutschland eingereist sind, inzwischen offiziell eine Aufenthaltserlaubnis beantragt haben müssen oder bereits erhalten haben. Somit unterliegen sie der Wohnsitzauflage, wenn sie Sozialleistungen zur Sicherung ihres Lebensstandards beziehen.

## WURDEN DIE ZIELE DER WOHSITZAUFLAGE FÜR GEFLÜCHTETE ERREICHT?

Die Wohnsitzauflage soll eine bessere Verteilung der Geflüchteten und somit auch der finanziellen Lasten zwischen den Bundesländern gewährleisten. Geflüchteten ist es unter Androhung des Entzugs der Sozialleistungen und Bußgeldern schlicht verboten, ihren Wohnsitz an einen Ort außerhalb der gesetzten Grenzen zu verlegen. Als Indiz für die Wirksamkeit kann die sprunghafte Änderung des Anteils der aus humanitären, völkerrechtlichen oder politischen Gründen aufgenommenen Personen, die in den Bundesländern leben, von 2015 auf 2016 genommen werden. Die Tabellen 1 und 2 zeigen die

\* Albert Landsberger ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Anteile in den alten und neuen Bundesländern. 2015 lebten in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg 8,1% bzw. 4,8% aller aus humanitären Gründen aufgenommenen Personen. Nach dem Königsteiner Schlüssel hätten Berlin und Hamburg 2015 jedoch nur 5% bzw. 2,5% dieser Personen aufnehmen müssen. Zu diesem Zeitpunkt konnten alle Personen unmittelbar nach Erhalt ihrer Aufenthaltserlaubnis ihren Wohnsitz noch frei innerhalb Deutschlands wählen.

Im Jahr 2016, nach Einführung der Auflage, entsprach der Anteil der Geflüchteten in Berlin 6,1% und in Hamburg 3,8%. Auch in Nordrhein-Westfalen sank der Anteil stark von 31,4% im Jahr 2015 auf 27,2% im Jahr 2016. Dennoch lebten in Nordrhein-Westfalen noch immer deutlich mehr Geflüchtete als das Land nach dem Königsteiner Schlüssel hätte aufnehmen müssen (21,1%). Besonders stark zugenommen hat der Anteil in Bayern (8,2% auf 10,1%), das trotzdem noch weit hinter dem

Königsteiner Schlüssel (15,5%) zurückblieb. In allen ostdeutschen Bundesländern nahm der Anteil (leicht) zu und näherte sich somit den vorgesehenen Werten an. In Sachsen zum Beispiel hat sich der Anteil von 2,1% auf 2,8% erhöht und näherte sich den vorgesehenen 5,1% leicht an. Diese Veränderungen deuten darauf hin, dass die Wohnsitzauflage Zuzüge in „beliebtere“ Regionen und Abwanderung aus weniger „beliebten“ Regionen (temporär) verringert hat.

Betrachtet man die Zahlen von 2021, so fällt auf, dass die Reduzierung in Berlin und Hamburg anders als in Nordrhein-Westfalen von Dauer zu sein scheint. In Bayern und den ostdeutschen Ländern, bleiben die Anteile höchstens konstant oder gehen im Vergleich zu den Höchstständen im Jahr 2016 wieder zurück. Dies deutet darauf hin, dass Geflüchtete nach Ablauf der Wohnsitzauflage zumindest teilweise von ihrer Freizügigkeit Gebrauch gemacht haben.

**Tab. 1**

**Anteil der alten Länder an allen in Deutschland lebenden Personen mit einem befristeten Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen (Angaben in %)**

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein
2015	9,4	8,2	2,4	4,8	6,9	11,3	31,4	4,3	2,1	3,1
2016	9,8	10,1	2,5	3,8	6,7	11,3	27,2	4,9	2,5	3,6
2017	9,4	10,1	2,3	3,7	7,8	11,2	27,7	5,1	2,1	4,0
2018	9,7	9,9	2,3	3,3	8,0	11,2	28,3	5,1	2,0	4,0
2019	9,8	9,6	2,3	3,4	7,9	11,1	29,3	4,9	1,9	4,0
2020	9,8	9,6	2,4	3,1	7,8	11,1	29,5	4,9	1,9	4,0
2021	9,6	9,2	2,4	3,2	8,0	11,1	30,3	4,8	1,9	4,0
Nachrichtlich: Königsteiner Schlüssel (2021)										
	13,0	15,6	1,0	2,6	7,4	9,4	21,1	4,8	1,2	3,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Institut.

© ifo Institut

**Tab. 2**

**Anteil der neuen Länder und Berlins an allen in Deutschland lebenden Personen mit einem befristeten Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen (Angaben in %)**

Jahr	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
2015	8,1	1,3	1,3	2,1	1,9	1,5
2016	6,1	2,1	1,5	2,8	2,7	2,2
2017	6,2	1,8	1,4	2,8	2,4	2,1
2018	6,0	1,7	1,3	2,8	2,4	2,1
2019	5,9	1,7	1,2	2,7	2,3	2,0
2020	6,0	1,7	1,1	2,8	2,3	2,0
2021	6,0	1,7	1,1	2,7	2,1	1,9
Nachrichtlich: Königsteiner Schlüssel (2021)						
	5,2	3,0	2,0	5,0	2,7	2,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Institut.

© ifo Institut

Zusammen mit der Verteilung der Geflüchteten nach dem Königsteiner Schlüssel verringert die Wohnsitzauflage also die Ballung Geflüchteter in bestimmten Regionen. Das dürfte vor allem westdeutsche Großstädte entlasten, da diese oft bevorzugte Ziele für Geflohene darstellen (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2016). Ob jedoch allein eine bessere Verteilung der Geflohenen und der mit ihnen verbundenen Kosten die Integration verbessern, ist schwer zu beantworten. Nicht nur, dass es kaum Indikatoren gibt, anhand derer der Integrationserfolg gemessen werden kann; hinzu kommt, dass sich nicht beobachten lässt, wie die Situation in den Städten ohne die Wohnsitzauflage wäre. Die Verringerung der Zahlen in den Großstädten trägt vermutlich weniger zu einer aktiven Verbesserung der Integration bei, als dass sie eine Verschlechterung dieser durch Überlastung verhindert.

Was sich jedoch beobachten lässt, sind die Lebensumstände von Geflüchteten in Deutschland. Zu diesem Zweck wurde die IAB-SOEP Migrationsstichprobe ins Leben gerufen. Für sie werden seit 2013 jährlich 3 000 bis 5 000 Geflüchtete in Deutschland befragt. Abgefragt werden unter anderem die Migrations-, Bildungs- und Arbeitsbiografien der Teilnehmenden. Auch soziodemografische und sozioökonomische Informationen (z. B. Alter, Einkommen, Wohnsituation) werden erhoben.

Battisti et al. (2021) benutzen diese Daten, um den Effekt von ko-ethnischen Netzwerken auf den Integrationsprozess zu untersuchen. Unter ko-ethnischen Netzwerken versteht man die Anzahl an Menschen in einer Region, die einen ähnlichen ethnischen Hintergrund teilen.

Die Autor\*innen zeigen, dass die Größe des ko-ethnischen Netzwerkes an dem Ort der Ansiedlung Auswirkung sowohl auf die Integrationsbereitschaft als auch die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten hat. Geflohene, die in einer Region mit einem größeren bestehenden Netzwerk an Menschen aus ihrer Herkunftsregion untergebracht werden, finden im Durchschnitt mit höherer Wahrscheinlichkeit in den ersten drei Jahren nach Ankunft Arbeit. Die naheliegende Erklärung ist, dass soziale Kontakte und Empfehlungen eine wichtige Rolle bei der Jobsuche spielen. Diese können von den Geflohenen in Regionen mit mehr Landsleuten leichter aufgebaut und genutzt werden. Allerdings ist das Humankapital von Geflohenen in diesen Regionen geringer, weil sie wegen ihrer anfänglich guten Arbeitsmarktchancen weniger darauf angewiesen sind, Sprachkenntnisse zu erwerben oder auch an formalisierten Bildungsprogrammen teilzunehmen. Nach vier bis sechs Jahren gleicht sich die Wahrscheinlichkeit, dass Geflohene berufstätig sind, in allen Regionen jedoch an. Die Erkenntnisse von Battisti et al. (2021) legen nahe, dass die langfristige räumliche Verteilung Gefloherer durch die Wohnsitzauflage die Integrationsbemühungen Gefloherer steigert und dadurch Segregation entgegenwirkt. Allerdings scheint dies auf Kosten eines anderen wichtigen Integrationsfaktors zu geschehen; der Arbeitsmarktintegration.

## ERKENNTNISSE ZUR ARBEITSMARKTINTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN

Die Integration von Geflohenen in den Arbeitsmarkt gilt allgemein als einer der wichtigsten Schritte des Integrationsprozesses. Auch der Entwurf eines Integrationsgesetzes, der die Wohnsitzauflage beinhaltet, setzt sich explizit das Ziel, die

Arbeitsmarktintegration zu verbessern. Dafür sollen unter anderem Arbeitsgelegenheiten aus Bundesmitteln geschaffen und Bürokratie abgebaut werden. Bei der Einführung der Wohnsitzauflage spielte die Arbeitsmarktintegration jedoch keine Rolle (Bundesregierung 2016).

Battisti et al. (2021) sind nicht die einzigen, die zeigen, dass die Umgebung, in der sich Geflüchtete niederlassen (dürfen), einen Einfluss auf ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Aksoy et al. (2020) zeigen, dass sich sowohl die Arbeitslosenquote als auch die Einstellung der heimischen Bevölkerung gegenüber Geflüchteten in einer Region auf deren Arbeitsmarktintegration auswirken. Auch sie nutzen die IAB-SOEP Migrationsstichprobe. Geflüchtete, die in einer Region mit hoher Arbeitslosigkeit angesiedelt werden, haben durchschnittlich eine geringere Wahrscheinlichkeit, selbst einer Arbeit nachzugehen. Das bedeutet, dass Geflüchteten, die der Wohnsitzauflage unterliegen und an Orten mit hoher Arbeitslosigkeit untergebracht werden, die Möglichkeit erschwert wird, diesem negativen Effekt durch Abwanderung zu entgehen. Die stark eingeschränkte Mobilität der Betroffenen erschwert die Arbeitssuche beispielsweise durch höheren zeitlichen Aufwand oder schlechtere Informationslage sowohl für Arbeitnehmer\*innen als auch Arbeitgeber\*innen. Damit führt die Wohnsitzauflage dazu, dass der „matching“-Prozess der beiden Seiten ineffizienter abläuft, was für alle Beteiligten von Nachteil ist.

Dazu passt, dass Brückner et al. (2020) einen direkten negativen Zusammenhang zwischen dem Unterliegen einer Wohnsitzauflage und der Wahrscheinlichkeit der Arbeitsaufnahme finden. Ähnlich sieht es mit der Einstellung der örtlichen Bevölkerung gegenüber Geflüchteten aus. Ist die Akzeptanz der lokalen Bevölkerung gegenüber Geflüchteten niedriger, so ist es auch die Wahrscheinlichkeit, dass ein Geflüchteter einen Arbeitsplatz hat. Auch hier hindert die Wohnsitzauflage Geflüchtete daran, Regionen zu verlassen, in denen sie weniger willkommen sind (Aksoy et al. 2020).

Die schlechtere Integration in den Arbeitsmarkt ist nicht nur aus integrativen Gesichtspunkten problematisch, sie kostet auch. Anstatt durch Arbeit auch fiskalisch einen Beitrag zu leisten, führt längere Arbeitslosigkeit zu höheren Sozialausgaben in den aufnehmenden Landkreisen. Davon am meisten betroffen sind die Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit und damit verbundenen Ausgaben ohnehin schon hoch sind.

## DIE VERTEILUNG VON UKRAINISCHEN GEFLÜCHTETEN IN SACHSEN UND DIE POTENZIELLEN AUSWIRKUNGEN DER WOHSITZAUFLAGE

Bevor der Effekt der Wohnsitzauflage auf die in Sachsen aufgenommenen Ukrainer\*innen diskutiert wird, ist es hilfreich, eine Vorstellung über die Zahlen zu bekommen. Nimmt man die Anzahl der in Deutschland registrierten geflüchteten Ukrainer\*innen von 971 000 (UNHCR 2022) und die aktuelle Verteilungsquote für Sachsen von ca. 5% (BAMF 2022), so muss Sachsen etwa 48 600 ukrainische Geflohene aufnehmen.<sup>3</sup> Tatsächlich wurden in Sachsen 50 000 Geflüchtete registriert (Mediendienst Integration 2022). Somit entsprach die Zahl der aufgenommenen Geflüchteten in Sachsen exakt dem, was der Königsteiner Schlüssel vorsieht. Da die Zahl der aus Sachsen abgewanderten Personen in 2022 bisher nur schwach gestiegen ist, kann davon



ausgegangen werden, dass ein Großteil der registrierten Ukrainer\*innen sich noch in Sachsen befindet. 2018 unterlagen durchschnittlich 67% der Geflüchteten mit Schutzstatus einer Wohnsitzauflage (BAMF 2020). Setzt man diesen Anteil auch für die Ukrainer\*innen in Sachsen an, wären ca. 33 500 von ihnen von der Wohnsitzauflage betroffen. Dieser Wert kann als obere Grenze angesehen werden. Geflüchtete, die durch Familie, Freunde oder Helfer\*innen gepflegt werden und deshalb keine staatlichen Leistungen erhalten, unterliegen der Wohnsitzauflage nicht. Dieser Personenkreis dürfte in der jetzigen Krise etwas größer sein als in der Flüchtlingskrise 2015. Dadurch ist der Anteil der Geflüchteten, die von der Wohnsitzauflage betroffen sind, unter den Ukrainer\*innen vermutlich geringer.

Die empirischen Erkenntnisse haben gezeigt, dass Geflüchtete schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden, wenn die Arbeitslosenquote in der jeweiligen Region geringer ist und ein größeres ko-ethnisches Netzwerk besteht. Auf der anderen Seite verlangsamt ein größeres ko-ethnisches Netzwerk sonstige Integrationsbemühungen. Abbildung 1 zeigt zwei Karten von Sachsen. Auf der linken Seite ist Zahl der Ukrainer\*innen zum 31. Dezember 2021 je 10 000 Einwohner in den Landkreisen Sachsens dargestellt. Wenig überraschend war der Anteil an Ukrainer\*innen, die kurz vor Beginn des Krieges in Sachsen gelebt haben, in den drei kreisfreien Städten mit Abstand am höchsten. Damit bestehen dort die größten ko-ethnischen Netzwerke für die ankommenden Geflüchteten. Auf der rechten Karte ist die Arbeitslosenquote zum gleichen Datum dargestellt. Auch hier weisen die kreisfreien Städte hohe Werte auf.

Die Karten zeigen, dass die gefundenen Effekte in den meisten Regionen Sachsens gegeneinander wirken. Dort, wo bereits viele Ukrainer\*innen leben und den Eintritt in den Arbeitsmarkt erleichtern könnten, ist die Arbeitslosigkeit vergleichsweise hoch. In Regionen mit geringerer Arbeitslosigkeit gibt es weniger Landsleute, die die Jobsuche erleichtern könnten. An diesen Orten ist dadurch jedoch der allgemeine Integrationsdruck höher. Doch wirkt sich dieser erst in der mittleren Frist (vier bis sechs Jahre) positiv aus. Angesichts der Tatsache,

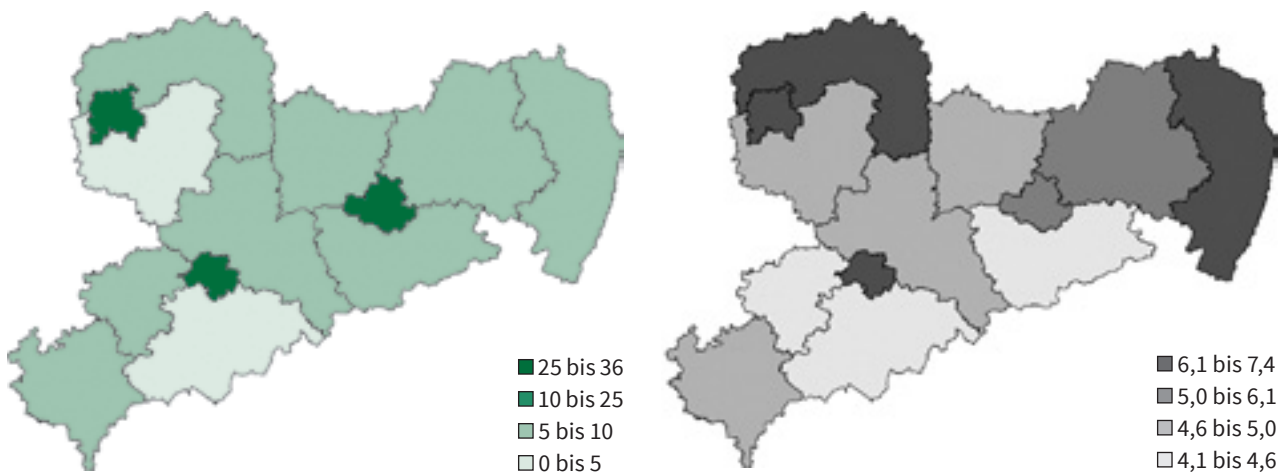
dass bereits jetzt Geflüchtete zurückkehren und die Länge des Krieges unmöglich vorherzusagen ist, ist eine vollständige Integration eventuell nicht nötig oder zeitlich möglich. Das heißt, die Kosten (schlechtere Arbeitsmarktintegration) der Wohnsitzauflage würden bestehen bleiben, aber der Nutzen des erhöhten Integrationsdrucks würde wegfallen. Sollte der Krieg jedoch länger anhalten, wäre eine langfristige Integration der Geflüchteten notwendig. Auch der Aspekt der Verteilung der finanziellen Last wird durch die 2 Mrd. Euro Hilfe des Bundes an die Länder entschärft (Bundesregierung 2022).

Wegen dieser Unsicherheiten erscheint es fraglich, ob die Wohnsitzauflage für ukrainische Geflüchtete tatsächlich sinnvoll ist. Wenn sie ohnehin bald wieder in ihre Heimat zurückkehren sollten, wäre der kurzfristige Arbeitsmarkteffekt gegenüber dem langfristigen Bildungseffekt vorzuziehen. Und selbst wenn sie dauerhaft hierbleiben sollten, scheint die schnelle Arbeitsmarktintegration wegen des (im Vergleich zu Geflüchteten aus dem Nahen Osten und Nordafrika) insgesamt wohl höheren Qualifikationsniveaus sinnvoller zu sein als das Vertrauen auf Integrationseffekte durch Bildung. Zudem würde Freizügigkeit innerhalb des Freistaats den Geflüchteten ein Stück Selbstbestimmung zurückgeben. Man sollte ihnen zutrauen, innerhalb dieses noch immer eng gesteckten Rahmens, die für sie beste Entscheidung zu treffen.

**FAZIT**

Die Wohnsitzauflage ist ein massiver Eingriff in die Freiheitsrechte der Betroffenen. Gerechtfertigt wurde dieser Eingriff mit dem Ziel, Segregation zu verhindern, die Integration zu fördern und die entstehenden Kosten besser zu verteilen. In Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Sachsen wird sie besonders strikt sogar auf Landkreisebene durchgesetzt. Die von ihr verfolgten Ziele werden jedoch nur teilweise erreicht. Das Ziel der Verringerung der Segregation scheint sie zu erfüllen. Geflüchtete tendieren dazu, sich in Regionen mit mehr Landsleuten anzusiedeln. Die Wohnsitzauflage verhindert diese Selbstselektion und zwingt

**Abb. 1**  
**Ukrainer\*innen je 10 000 Einwohner in den Landkreisen Sachsens zum 31. Dezember 2021 (links) und Arbeitslosigkeit (in %) zum 31. Dezember 2021 (rechts)**



Quelle: Statistisches Bundesamt (links), Bundesagentur für Arbeit (rechts), Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Geflüchtete, in Regionen mit weniger Landsleuten zu bleiben. In diesen Regionen scheint in der Tat ein höherer Integrationsdruck, aufgrund des kleineren Umfeldes an Personen aus demselben Kulturkreis, zu entstehen. Erkauft wird dieser Effekt jedoch durch eine langsamere Arbeitsmarktintegration aufgrund des schlechteren sozialen Netzwerkes. Für Geflüchtete sind informelle Kanäle von großer Bedeutung bei der Arbeitssuche. Weiterhin brauchen Geflüchtete, die in Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit angesiedelt werden, länger, um einen Arbeitsplatz zu finden. Auch die durch die Wohnsitzauflage verringerte Mobilität wirkt sich negativ auf die Arbeitssuche aus. Die langsamere Arbeitsmarktintegration verursacht zusätzliche Kosten bei den aufnehmenden Bundesländern durch längere Inanspruchnahme von sozialen Leistungen. Das Ziel der besseren Verteilung der Geflüchteten innerhalb des Bundesgebietes wird durch die Wohnsitzauflage sichergestellt. Die Verteilung der Geflüchteten auf die Bundesländer verhindert, dass vor allem die Stadtstaaten, aber auch die Großstädte in den Bundesländern mit strikter Wohnsitzauflage, durch eine hohe Anzahl an Geflüchteten überlastet werden.

Ob dies alles für die Geflüchteten aus der Ukraine ebenso gilt, ist zwar aus heutiger Sicht unklar, denn niemand weiß, wie lange diese tatsächlich in Deutschland bleiben werden. Je länger der Krieg dort dauert, umso eher muss aber von einem dauerhaften Aufenthalt hier ausgegangen werden. Sachsens kleinteiligere Verteilung der Geflüchteten muss deshalb im Hinblick auf die herrschenden gegenläufigen Effekte kritisch betrachtet werden. Hier sollte den Geflüchteten mehr Autonomie gewährt werden.

## LITERATUR

Aksoy, C. G., Poutvaara, P. und F. Schikora (2020), „First Time Around: Local Conditions and Multi-dimensional Integration of Refugees“, EBRD Working Paper No. 250.

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2020), „BAMF-Kurzanalyse: Entwicklung der Wohnsituation Geflüchteter“, Download unter [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse5-2020-wohnen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse5-2020-wohnen.pdf?__blob=publicationFile&v=7), heruntergeladen am 15. August 2022.

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2022), „Erstverteilung der Asylsuchenden (EASY)“, Download unter <https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/AblaufAsylverfahrens/Erstverteilung/erstverteilung-node.html>, heruntergeladen am 15. August 2022.

Battisti, M., Peri, G. und A. Romiti (2021), „Dynamic Effects of Co-Ethnic Networks on Immigrants' Economic Success“, *The Economic Journal* 132 (January), S. 58-88.

Brücker, H., Hauptmann, A. und P. Jaschke (2020), „Beschränkungen der Wohnortwahl für anerkannte Geflüchtete: Wohnsitzauflagen reduzieren die Chancen auf Arbeitsmarktintegration“, IAB-Kurzbericht No. 3/2020.

Bundesregierung (Hrsg.) (2016), „Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Integrationsgesetzes“, Download unter <https://dserver.bundestag.de/btd/18/088/1808829.pdf>, heruntergeladen am 15. August 2022.

Bundesregierung (Hrsg.) (2022), „Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 7. April 2022“, Download unter <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/2024136/2b9c8c9e35437cf86f840fab2eb052/2022-04-07-mpk-beschluss-data.pdf?download=1>, heruntergeladen am 15. August 2022.

Mediendienst Integration (Hrsg.) (2022), „Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland“, Download unter <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html>, heruntergeladen am 30. August 2022.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2016), „Ankommen und Bleiben – Wohnsitzauflage als integrationsfördernde Maßnahme?“, Download unter [https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2016/11/SVR\\_FB\\_Wohnsitzauflage.pdf](https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2016/11/SVR_FB_Wohnsitzauflage.pdf), heruntergeladen am 16. August 2022.

UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees (Hrsg.) (2022), „Ukraine Refugee Situation“, Download unter <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>, heruntergeladen am 16. August 2022.

- 1 Der Königsteiner Schlüssel wurde ursprünglich konzipiert, um die „Leistungsfähigkeit“ der Länder bei der Finanzierung gemeinsamer Projekte zu berücksichtigen. Der heutige Anwendungsbereich ist deutlich größer. Er wird jährlich neu berechnet und setzt sich zu zwei Dritteln aus dem Steueraufkommen und zu einem Drittel aus der Bevölkerungszahl eines Bundeslandes zusammen.
- 2 Ebenfalls strengere Auflagen gelten in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland.
- 3 Die Zahl der geflüchteten Ukrainer\*innen, die laut UNHCR bereits eine Aufenthaltserlaubnis bekommen haben, liegt in Deutschland bei 670 000. Nimmt man diese Zahl als Grundlage, so müsste Sachsen ca. 33 500 Geflüchtete aufnehmen.

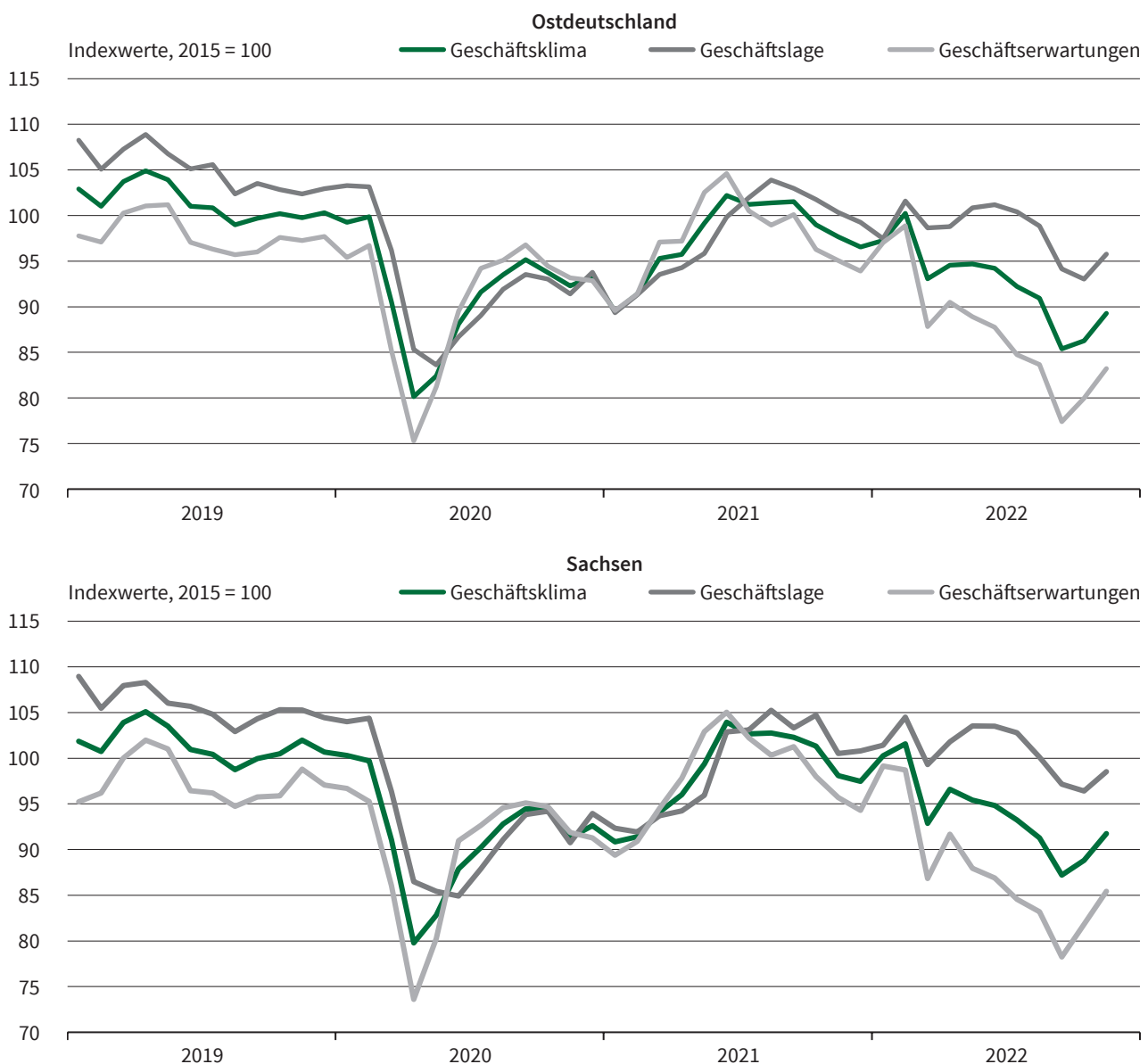
Niels Gillmann und Ernst Glöckner\*

# ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

Das ifo Geschäftsklima Ostdeutschland basiert auf ca. 1 700 monatlichen Meldungen von Unternehmen, von denen ca. 500 aus Sachsen stammen. Die Befragungsteilnehmer\*innen kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Handel und dem Bauhauptgewerbe. Die Unternehmen werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

Abb. 1

ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen (2015 = 100, saisonbereinigt)



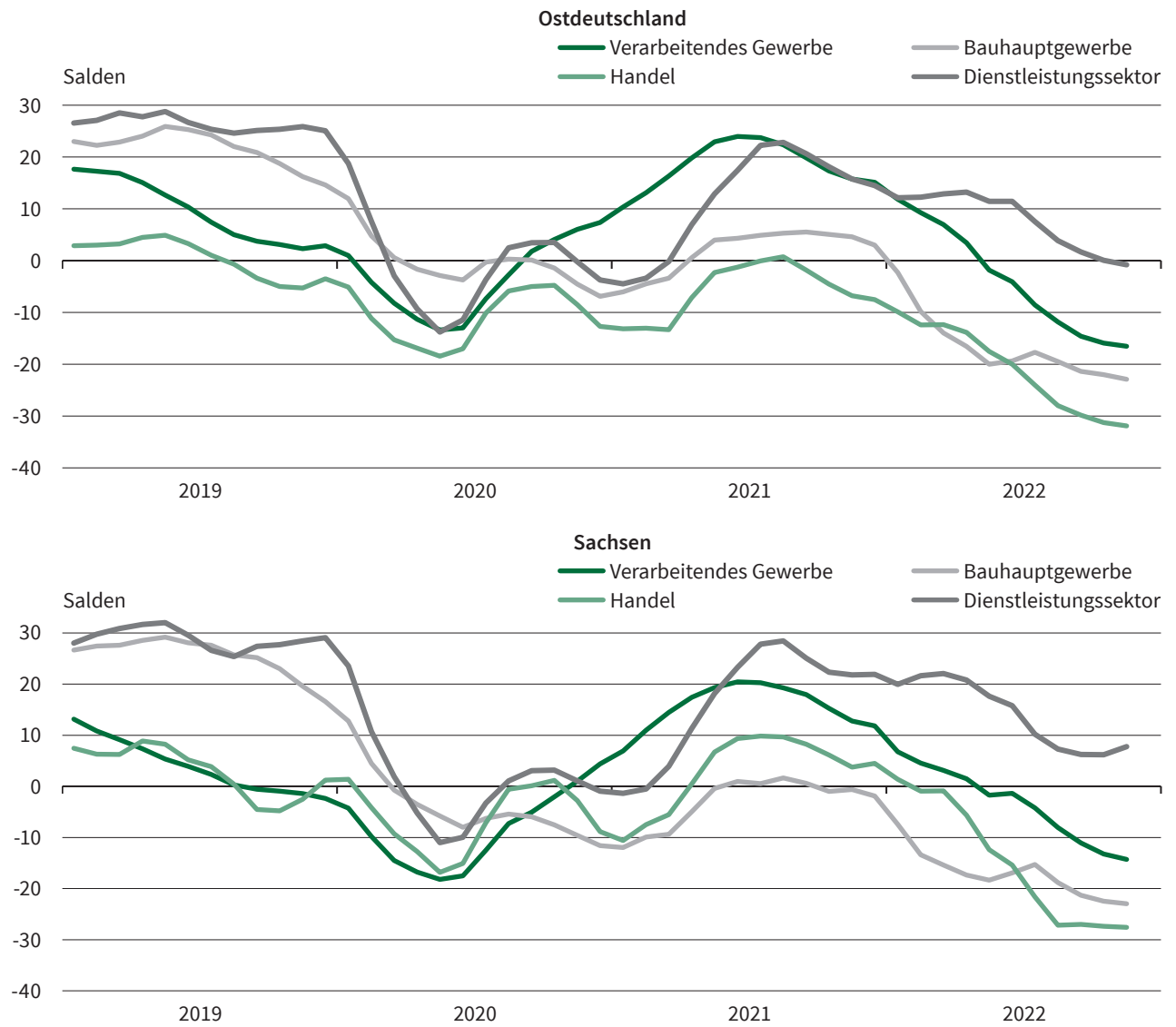
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, November 2022.

© ifo Institut

\* Niels Gillmann und Ernst Glöckner sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.

**Abb. 2**

**ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen** (Salden, saisonbereinigt und geglättet)

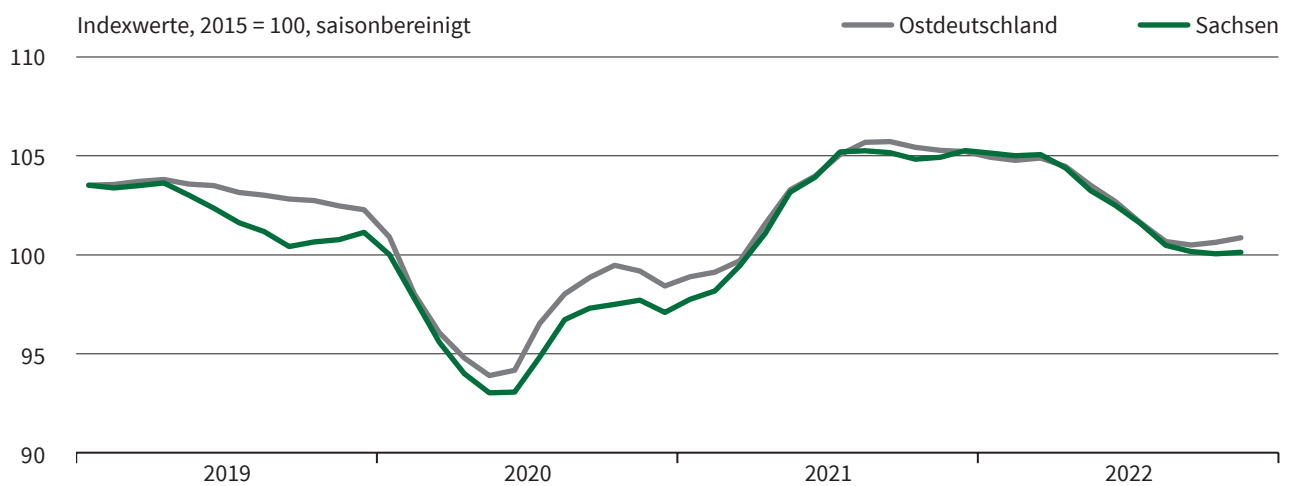


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, November 2022.

© ifo Institut

**Abb. 3**

**ifo Beschäftigungserwartungen** (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



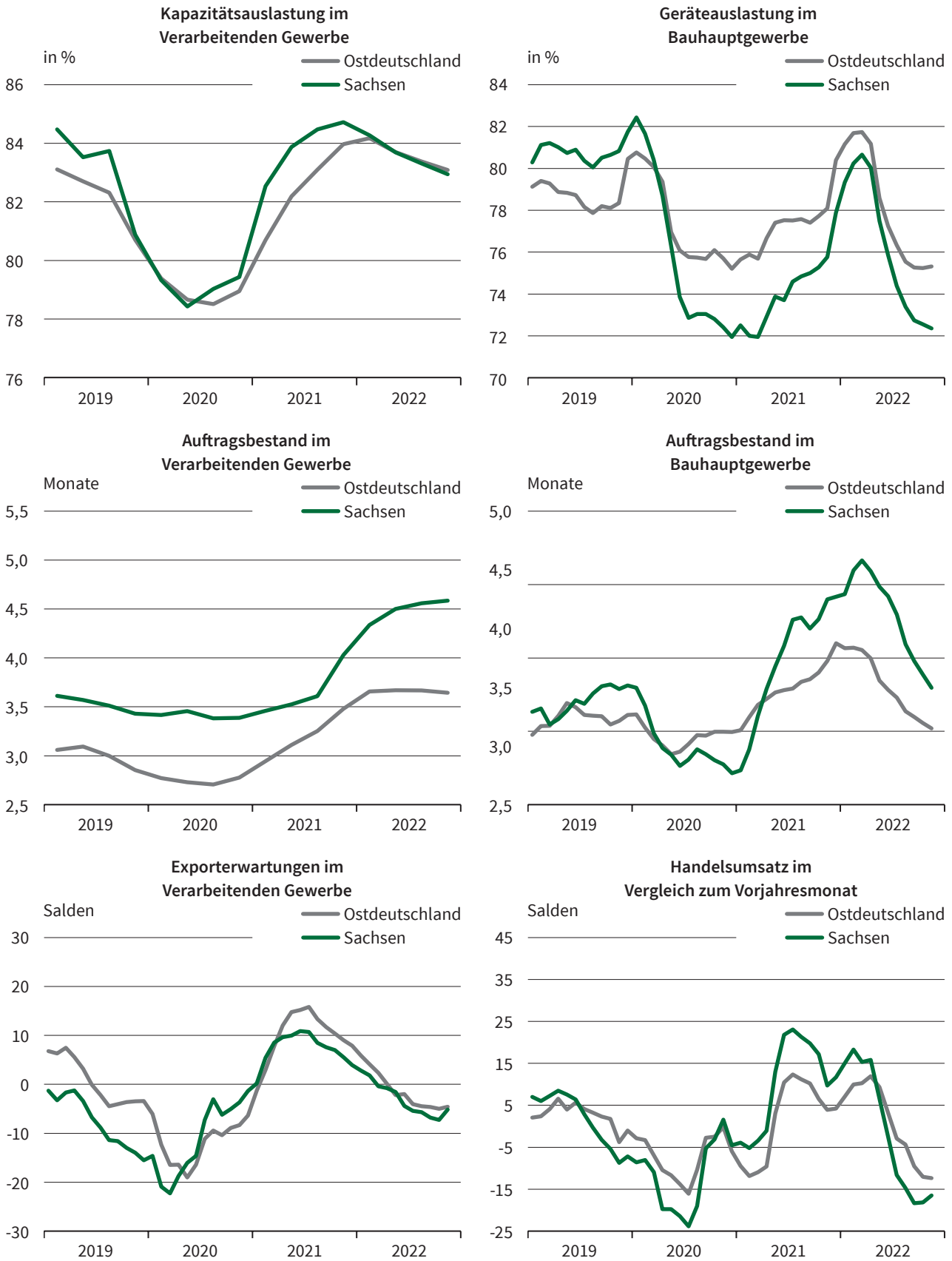
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, November 2022.

© ifo Institut

Abb. 4

**Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen**

Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, November 2022.

© ifo Institut

## ifo Veranstaltungen

Am **14. Dezember 2022** hält Prof. Dr. Jürgen Schupp im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden einen Vortrag zum Thema „Deutschlands beständiger Wandel zum Grundsicherungsstaat“.

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) genießt vor allem in der öffentlichen aber auch in der wissenschaftlichen Debatte um die sozialstaatliche Sicherung in Deutschland seit geraumer Zeit hohe Aufmerksamkeit. Zwar sind wir vor einem grundlegenden Systemwechsel des Sozialstaates noch (sehr) weit entfernt, gleichwohl verweisen Befragungsdaten darauf, dass der öffentliche Diskurs die Dynamik um das Narrativ des Grundeinkommens antreibt. Die in der Coronakrise eingeführte befristete bedingungsärmere Grundsicherung wie auch die von der Ampelkoalition geplante Kindergrundsicherung, der Entwurf des Bürgergeldgesetzes oder das Klimageld werden (auch) als Schritte hin zu einem Grundsicherungsstaat interpretiert. Das im August 2020 gestartete Pilotprojekt Grundeinkommen, das ein Kooperationsprojekt des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und dem Verein Mein Grundeinkommen in Berlin darstellt, kann ebenfalls Erkenntnisse zu individuellen Folgen bedingungsloser Gewährung von Geldzahlungen und zur evidenzbasierten Versachlichung der Debatte beitragen. Der Beitrag versucht neben der allgemeinen Einordnung der gegenwärtigen Entwicklungen des Systems der sozialen Sicherung die Ziele wie Grenzen experimenteller Feldstudien zu Grundeinkommen zu skizzieren. Der Vortrag endet mit Überlegungen einer stärkeren Verzahnung von Klima- und Sozialpolitik.

Jürgen Schupp ist Wissenschaftler und Senior Research Fellow in der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin. Seit 2013 ist er Professor für Soziologie mit Schwerpunkt Empirische Sozialforschung am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin und seit 2009 Mitglied der Faculty der Berlin Graduate School of Social Sciences (BGSS) der Humboldt Universität zu Berlin.

Als früherer Survey-Manager des SOEP hat er langjährige Erfahrungen mit der Planung, Durchführung wie Analyse der Längsschnittstudie gesammelt.

Am **25. Januar 2023** spricht Prof. Dr. Sarah Necker im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden. Sarah Necker ist Leiterin des Ludwig Erhard ifo Zentrum für Soziale Marktwirtschaft und Institutionenökonomik und Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Einen weiteren Vortrag der **Reihe Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** am **8. März 2023** übernimmt Prof. Bernd Fitzenberger, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Nürnberg und Professor für Quantitative Arbeitsökonomik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

In den Räumen der ifo Niederlassung Dresden findet am **13./14. April 2023** der **ifo Dresden Workshop on Macroeconomics and International Finance** statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, ihre aktuellen Forschungsarbeiten zu den folgenden Themen einzureichen:

- Messung und Auswirkungen der wirtschaftlichen Unsicherheit,
- Spillover-Effekte wirtschaftlicher Unsicherheit,
- Wirtschaftliche Unsicherheit und der globale Finanzzyklus,
- Wirtschaftliche Unsicherheit und die Energiekrise,
- Rolle der Geldpolitik bei wirtschaftlicher Unsicherheit,
- Unsicherheit über die Verankerung der Inflationserwartungen.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden ([www.ifo-dresden.de](http://www.ifo-dresden.de)) unter der Rubrik Veranstaltungen.

## ifo Veröffentlichungen

Berlemann, Michael; Methorst, Joel und Marcel Thum (2022), „Do Floods Scare Off Residents?“, *Economics Letters*, im Erscheinen.

Lamprecht, Julian und Marcel Thum (2022), „Opacity in Bargaining over Public Good Provision“, *CESifo Working Paper No. 9 871*.

Konrad, Kai A. und Marcel Thum (2022), „Eine Vermögensabgabe ist keine gute Idee!“, *Wirtschaftliche Freiheit. Das ordnungspolitische Journal*, 4. November 2022, Download unter <http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=31894>.

Konrad, Kai A. und Marcel Thum (2022), „Elusive Effects of Export Embargos for Fossil Energy Resource“, *Energy Economics*, im Erscheinen.

Ragnitz, Joachim (2022), „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Wohnungsmärkte: Das Beispiel Ostdeutschland“, in: Budliger, Hendrik (Hrsg.), *Demografie, Wohnen, Immobilien*. Springer Gabler, Wiesbaden, S. 133-146.



## ifo Vorträge

Heisig, Katharina, „Kinderlosigkeit in Ostdeutschland“, Vortrag auf dem Landesverbandstag des Deutschen Familienverband, Landesverband Sachsen e. V., 5. November 2022, Dresden.

Thum, Marcel, „Übergewinnsteuer“, Vortrag im Rahmen des „HWWI Forum Wirtschaftspolitik“ des HWWI Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, 7. November 2022, Hamburg.

Ragnitz, Joachim, Impulsvortrag auf dem East-West-Forum Mittweida zum Thema „Globalisierung & Re-Globalisierung: Wohin treibt die Weltwirtschaft?“, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences, 8. November 2022, Mittweida.

Ragnitz, Joachim, „Wirtschaftliche Effekte von Großansiedlungen“, Vortrag beim Unternehmerverband Mansfeld-Südharz, 10. November 2022, Kloster Helfta (Eisleben).

## ifo in den Medien (Auswahl)

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland kühlt sich dramatisch ab“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 29. September 2022.

„Stimmung in Ost-Wirtschaft im September dramatisch abgekühlt“, ifo Institut, Niederlassung Dresden, 29. September 2022, [www.focus.de](http://www.focus.de), [www.muenchner-merkur.de](http://www.muenchner-merkur.de), [www.n-tv.de](http://www.n-tv.de), [www.stern.de](http://www.stern.de), [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), [www.welt.de](http://www.welt.de).

„Die versteckten Tücken des Mindestlohns“, Marcel Thum, WirtschaftsWoche online, 1. Oktober 2022, [www.wiwo.de](http://www.wiwo.de)

„Neue Forschungszentren, neue Ansiedlungen – ist der Osten auf der Überholspur? Milliarden für Projekte“, Marcel Thum, Leipziger Volkszeitung online, 2. Oktober 2022, [www.lvz.de](http://www.lvz.de)

„ifo Dresden: Materialknappheit in der Industrie könnte länger dauern“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 18. Oktober 2022.

„ifo-Institut rechnet mit längerem Materialmangel“, Joachim Ragnitz, 18. Oktober 2022, [www.faz.net](http://www.faz.net), [www.rtl.de](http://www.rtl.de), [www.stern.de](http://www.stern.de), [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), [www.welt.de](http://www.welt.de).

„ifo: Material wird noch lange fehlen“, Joachim Ragnitz, Sächsische Zeitung, 19. Oktober 2022, S. 20, [www.saechsische.de](http://www.saechsische.de).

„Inflation und Mini-Zinsen: was das für Sparer bedeutet“, Joachim Ragnitz, MDR Aktuell Radio, 22. Oktober 2022, [www.mdr.de](http://www.mdr.de).

„Die Schiffe kommen wieder, aber der Materialmangel bleibt“, Joachim Ragnitz, Capital online, 24. Oktober 2022, [www.capital.de](http://www.capital.de).

„Keine Last für niemand?“ Standpunkt von Kai A. Konrad und Marcel Thum, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Oktober 2022, S. 20, [www.faz.net](http://www.faz.net).

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland: Klima stabilisiert sich auf niedrigem Niveau“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 28. Oktober 2022.

„ifo: Stimmung ostdeutscher Unternehmen leicht verbessert“, ifo Institut, Niederlassung Dresden, 29. Oktober 2022, [www.handelsblatt.de](http://www.handelsblatt.de), [www.mdr.de](http://www.mdr.de), [www.muenchner-merkur.de](http://www.muenchner-merkur.de), [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), [www.welt.de](http://www.welt.de).

„Stimmung in Ostfirmen verbessert“, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresdner Neueste Nachrichten und Leipziger Volkszeitung, 29. Oktober 2022, S. 1.

„ifo Dresden: Schleswig-Holstein beim Wachstum vorn“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 2. November 2022.

„Wirtschaftswachstum der Länder: ifo sieht Schleswig-Holstein vorne“, Robert Lehmann, 2. November 2022, [www.handelsblatt.de](http://www.handelsblatt.de).

„Nordrhein-Westfalen schrumpft, Schleswig-Holstein wächst“, Robert Lehmann, 2. November 2022, [www.faz.net](http://www.faz.net).

„ifo-Ranking: Wo Deutschland noch boomt“, Robert Lehmann, 2. November 2022, [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de).

„Sachsens Wirtschaft wächst nicht mehr“, Robert Lehmann, Sächsische Zeitung online, 2. November 2022, [www.saechsische.de](http://www.saechsische.de).

„Ökonomen kritisieren Gaspreis-Deckel für Industrie“, Joachim Ragnitz, MDR Aktuell, 3. November 2022, [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland: Die Stimmung steigt wieder“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 28. November 2022.

# ifo intern

Prof. Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, wurde am 21. Oktober 2022 zum Vorsitzenden des Kuratoriums des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) in Wiesbaden gewählt.

# ifo DRESDEN STUDIE 88

---

## AUTOREN

Joachim Ragnitz

---

## ISBN

978-3-95942-108-9

---

## HERAUSGEBER/DRUCK

ifo Institut  
München/Dresden  
2022

---

## UMFANG / FORMAT

A5  
50 Seiten  
Zahlreiche Tabellen

---

## PREIS

15,- Euro zzgl. Versandkosten  
Die Studie kann als  
pdf-Datei kostenlos unter  
[https://www.ifo.de/publikationen/  
ifo-dresden-studien](https://www.ifo.de/publikationen/ifo-dresden-studien)  
heruntergeladen werden.

---

## Alternative Indikatoren zur Messung von Flächen- effizienz

Hintergrund der Studie ist das in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung verankerte Ziel, die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2030 auf unter 30 ha/Tag zu verringern. Hierfür werden im politischen Raum zunehmend Forderungen nach quantitativen Vorgaben für die Flächeninanspruchnahme erhoben, da bisherige freiwillige Maßnahmen nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben. Im Kern der Studie stand zunächst die Entwicklung eines neuen Flächeneffizienzindikators, der zur Bewertung der Flächeninanspruchnahme besser geeignet scheint als der Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche allein. Hierzu wurde unterschieden zwischen wachstumsbedingter Flächennachfrage einerseits und Verbesserung der Effizienz der Flächennutzung andererseits. Weiterhin erfolgte eine kritische Auseinandersetzung mit den derzeit diskutierten Instrumenten der Flächennutzungspolitik.

**ifo** INSTITUT  
Niederlassung Dresden





# Hinweis für externe Autor\*innen

Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autor\*innen die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen. Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter [dresden@ifo.de](mailto:dresden@ifo.de) eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“.

## Formale Anforderungen:

Der Leser\*innenkreis der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ umfasst neben Akademiker\*innen vor allem Entscheider\*innen aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autor\*innen** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach „Rang“ der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

